Antifaschistisches Info Blatt

info

Nr. 87 | Sommer 2010 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

ARCHIVEXEMPLAR KEIN VERLEIH INFOLADEN LEIPZIG

# Endlich mit den Großen spielen?

## Neonazis in der Rockerszene



# Inhalt

AIB 87 2 · 2010

## Rubriken





6



24





42

## Titel



## NS-Szene



## Antifa



## Rassismus



## Gesellschaft



## Braunzone



## Geschichte



## Repression



## International



**Antifaschistisches Infoblatt**

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
www.nadir.org/nadir/periodika/aib/pgp.asc
PGP-Fingerprint:
C144 9F95 4A9E DB0A 5243 180F 850F D010

Titelfoto: © brusher – Fotolia.com

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

# Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Es ist zur traurigen Routine geworden. Wieder einmal gibt es an dieser Stelle von Todesopfern neonazistischer Gewalt in Russland zu berichten. Der 47-jährige russische Richter Eduard Tschuwaschow wurde am 12. April 2010 beim Verlassen seines Wohnhauses von Unbekannten erschossen. Für die Tat werden von der Moskauer Staatsanwaltschaft russische Neonazis verantwortlich gemacht. Zu deren Feindbild war Tschuwaschow wegen seiner Urteile gegen russische Neonazigruppen geworden. Am 25. Februar 2010 sprach er gegen 12 Mitglieder der Gruppierung »Weiße Wölfe« Haftstrafen zwischen 6,5 und 23 Jahren aus. Am 8. April 2010 verurteilte er die Anführer der insgesamt neunköpfigen »Ryno-Bande«, die zwischen August 2006 und April 2007 32 Überfälle auf Arbeiter_innen aus dem Kaukasus und




[1] v.l.n.r.: Eduard Tschuwaschow Dmitrij Kashizyn Kostja Lunkin

Zentralasien beging und dabei 19 Menschen tötete, zu ähnlich langen Haftstrafen. Am 23.Mai 2010 tötete in Moskau eine Gruppe von Neonazis den 27-jährigen Dmitrij Kashizyn. Nach einer Geburtstagsfeier von russischen Musiker_innen und Anhänger_innen der Hardcore-Szene, wurden die etwa 15 verbliebenen Gäste von einer ca. 40-köpfigen Gruppe Neonazis angegriffen und verletzt. Als diejenigen, die fliehen konnten, wieder an den Tatort zurückkehrten, fanden sie Dmitrij in einer Blutlache liegend vor. Ihm waren etwa 15 Messerstiche zugefügt worden. Bei ihrer Attacke schrien die Angreifer neonazistische Parolen. Dmitrij besaß keine Verbindungen zur antifaschistischen Bewegung, er wurde offensichtlich aufgrund sichtbaren Zughörigkeit zur Hardcore-Szene Opfer der Neonazis. Ebenfalls am 23. Mai ermordeten Neonazis den 25-jährigen Antifaschisten, sozialen Aktivisten und Graffiti-Sprayer Kostja Lunkin in Rjasan. Sie passten Kostja vor seinem Hauseingang ab und schlugen mit Steinen auf seinen Kopf ein. In der selben Nacht kam Kostja mit einem Schädel-Hirn-Trauma in die Intensivstation. Am 31. Mai 2010 verstarb er. Die Angreifer wurden durch mehrere Zeug_innen zwar identifiziert und festgenommen, kamen aber später durch Alibis ihrer Eltern wieder frei. Am 26. Mai 2010 gab es einen Bombenanschlag gegen eine tschetschenische Tanzgruppe im südrussischen Stawropol, bei dem sieben Menschen starben und 40 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Rund drei Jahre zuvor war es in Stawropol zu einer Massenschlägerei zwischen Kaukasier_innen und Russ_innen gekommen. Ein tschetschenischer Student wurde damals getötet. Wenige Tage später starben unter ungeklärten Umständen zwei Studenten mit russischem Namen. Expert_innen halten den Anschlag für eine Racheaktion für den Tod der beiden russischen Jugendlichen.

Wir wünschen allen Angehörigen und russischen Antifas viel Kraft und rufen zur Solidarität auf!

Einen wichtigen Sieg im Kampf gegen die extrem rechte BNP haben unsere britischen Genoss_innen zu verzeichnen. Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 2010 verlor die Partei alle ihrer bisher 12 Sitze im Londoner Stadtteil Barking and Dagenham und kam landesweit auf gerade einmal 1,9 Prozent. Verantwortlich hierfür war vor allem eine beispiellose Kampagne der Initiative Hope not Hate, bei der von tausenden Helfer_innen tonnenweise Anti-BNP-Flyer und -Zeitungen verteilt worden waren. Wir gratulieren Hope not Hate, unserem Schwestermagazin Searchlight und allen britischen Antifas zu diesem Erfolg.

Spendet für die russischen Antifas:
A. Hoffmann
Kto.-Nr. 408352201
Postbank Hamburg
BLZ 20010020
Stichwort: Enough/Russland (unbedingt angeben!)

All die ganzen Jahre: Wir bedanken uns an dieser Stelle aufs allerherzlichste bei den Toten Hosen, die uns seit Jahren unterstützen und freuen uns auf viele weitere Jahre mit Euch im Kampf gegen Neonazis und Rassismus!
Zu den Themen dieser Ausgabe wollen wir hier diesmal keine weiteren Worte verlieren – das Inhaltsverzeichnis wird euch die Reichhaltigkeit der Beiträge verraten.

### Aus der Redaktion

Das AIB verwendet einen Unterstrich »_« zwischen männlicher und weiblicher Form eines Wortes als geschlechtsneutrale Schreibweise. Also z.B. »Leser_innen«. Damit wollen wir deutlich machen, dass neben männlichem und weiblichem Geschlecht noch andere Geschlechtsidentitäten existieren und diese ebenfalls in unseren Texten sprachlich darstellen. Ausgenommen sind hiervon Gruppen und Personen, die aufgrund ihrer Ideologie explizit für eine strikt zweigeschlechtliche Gesellschaft – bis hin zum Vernichtungwillen Personen uneindeutigen Geschlechts gegenüber, eintreten. Gastbeiträge können von dieser Konvention abweichen.

## Udo Pastörs in Saarbrücken verurteilt



[1] Der NPD-Funktionär Udo Pastörs wurde aufgrund einer volksverhetzenden Rede über die »Judenrepublik« zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt.

Am 6. Mai dieses Jahres fand vor dem Amtsgericht Saarbrücken der Prozess gegen den Schweriner NPD-Abgeordneten Udo Pastörs wegen Volksverhetzung statt. Pastörs sitzt seit 2006 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Im Februar 2009 sprach er auf Einladung des saarländischen NPD-Landesverbandes auf dessen so genanntem Politischen Aschermittwoch in einer städtischen Halle im Saarbrücker Stadtteil Schafbrücke. Vor etwa 200 Zuhörer_innen hielt Pastörs damals eine »Kampfrede«, die auszugsweise in dem Nachrichtenmagazin Panorama gezeigt und skandalisiert wurde. Darin bezeichnete Pastörs die Bundesrepublik vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise als »Judenrepublik« und hetzte gegen die in der BRD lebenden Türken. Insbesondere seine Rede von der »Judenrepublik« brachte ihm tosenden Applaus ein. Die Saarbrücker Staatsanwaltschaft leitete gegen Pastörs ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Volksverhetzung ein und beantragte erfolgreich die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität.

70 Neonazis aus der Region und eine etwa achtköpfige Neonazigruppe aus Mecklenburg-Vorpommern belegten nahezu alle Plätze im Gerichtssaal. Darunter befand sich die saarländische NPD-Führungsriege um Frank Franz, Peter Marx und Bernd Ehrreich, sowie die Pirmasenser bzw. Dahner NPD-Stadträte Markus Walter und Sascha Wagner. Sie wurden Zeugen der vergeblichen Versuche des Rechtsanwalts Björn Clemens, die Entziehung der Immunität und somit die Grundlage des Verfahrens anzufechten.

Am Ende wurde Pastörs vom Saarbrücker Amtsgericht in einer mehrstündigen Verhandlung zu 10 Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 6000,– Euro verurteilt. Er kündigte an Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen. ■

Die komplette Rede von Udo Pastörs ist auf der Homepage der Antifa Saar / Projekt AK dokumentiert:

www.antifa-saar.org

## Erster HDJ-Prozess nach deren Verbot

Am 11. Mai 2010 mussten sich erstmals seit dem Verbot der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) im März 2009 drei Aktivisten des Vereins wegen ihrer Tätigkeiten in der neonazistischen Jugendorganisation vor Gericht verantworten.

Den Angeklagten Ragnar Dam (aus Rostock, ehem. Berlin), Christian Fischer und Daniela Kühnel (beide aus Vechta) wurden mehrere Straftaten im Rahmen einer »Rasseschulung« in NPD-Räumlichkeiten in Georgsmarienhütte am 13. Januar 2007 vorgeworfen. Dam soll dort als Referent aufgetreten sein und nach seinem Vortrag über »die biologischen Grundlagen unserer Weltanschauung«, bei der er Schwarze als »Kaffer, Neger und Hottentotten« sowie Juden als »langnasige Freunde« bezeichnet hatte, den NS-Film »Der ewige Jude« abgespielt haben. Die rund 30 ZuschauerInnen waren zum Teil minderjährig. Organisiert wurde die Veranstaltung von Christian Fischer, der neben seinen HDJ-Aktivitäten bis heute Funktionär in der niedersächsischen NPD ist. Kühnel kümmerte sich damals um die Referenten und sammelte die Eintrittsgelder ein.

Zusätzlich stand Dam, bis zum Verbot der HDJ im Rang des »Leitstellenführers Nord«, wegen des Verwendens nationalsozialistischer Kennzeichen vor Gericht, weil er beim »Pimpfenlager« 2006 vom 6.–7. Mai in Költzin in damals schon verbotener HDJ-Uniform mit kleinen Kindern Gipsmasken herstellte, auf die er Hakenkreuze malte.

Vor dem Berliner Landgericht räumten die Angeklagten, über ihre einschlägig bekannten Anwälte Carsten Schrank, Andreas Junge und Wolfram Nahrath, die Taten ein, da es Vorabsprachen mit dem Gericht über niedrigere Strafen bei einem Geständnis gab. Allerdings blieb das Gericht dabei im oberen Rahmen, was Haftstrafen auf Bewährung für Dam (17 Monate) und Fischer (12 Monate), sowie eine Geldstrafe für Kühnel von 1800 Euro bedeutete. Das Urteil ist für Dam besonders ärgerlich, erhoffte er sich doch eine Haftstrafe von unter einem Jahr, weil er mit seinem abgeschlossenen Biologiestudium so nicht mehr promovieren kann. Die Staatsanwaltschaft sah keinen Raum für ein Entgegenkommen und fragte in ihrem Plädoyer, wie jemand »mit solcher Bildung ernsthaft solche Rasseideologien vertreten kann«? ■

## Jugendlicher von Neonazi fast totgeprügelt

Am 28. April 2010 wurde der 17-jährige Deutsch-Kurde Berzan B. aus Nürnberg von einem Neonazi fast totgeprügelt. Laut Zeugenaussagen stieg er an diesem Tag gegen 14.00 Uhr an der Nürnberger U-Bahnstation Opernhaus in den Zug. Zeitgleich stieg auch der 24 Jahre alte Peter R., ein bekannter und vorbestrafter Neonazi aus der Region, mit zwei weiblichen Begleiterinnen in den Waggon ein. Eine der beiden Frauen trug eine Tasche der bei Rechten beliebten Marke »Thor Steinar«, welches der 17-jährige wohl mit einer Bemerkung kommentierte. Daraufhin wurde er von Peter R. angegriffen, mehrfach geschlagen und getreten. Nachdem die U-Bahn nur knapp eine Minute später an der Station Plärrer eintrifft, öffnen sich die Türen und ein Zeuge sieht, wie der Neonazi mit seinem Fuß gegen den Kopf des am Boden liegenden Opfers tritt. Als der Rettungswagen eintrifft ist Berzan B. bereits klinisch tot und muss zweimal reanimiert werden. Im Krankenhaus wird er von den Ärzten in ein künstliches Koma versetzt, aus dem er nach fünf Tagen aufgeweckt wird. In der Folgezeit wurde er bereits sieben Mal operiert. Der Täter Peter R., stellte sich einen Tag nach der Tat der Polizei und war zum Tatzeitpunkt auf Bewährung – er war wegen schwerer Körperverletzung verurteilt worden, weil er bei einer Kundgebung der Neonazigruppierung »Freies Netz Süd« zwei Gegendemonstranten angegriffen hatte. Die Tat wirft ein schlechtes Licht auf die Polizei. Noch eine Woche vor dem brutalen Angriff hatten die Beamten in Fürth von einer »Handvoll Rechten« gesprochen, die man beobachte und unter Kontrolle habe. Auch nach dem Überfall war das Verhalten der Polizei in der Region alles andere als angemessen und sorgte für starke Proteste. So wollte die Behörde bis zum Morgen des 1. Mai noch nicht mal bestätigen, daß es sich bei dem Täter um einen Neonazi handele. Erst nach massivem öffentlichen Druck gestand die Polizei den politischen Hintergrund des Verhafteten ein. Doch selbst dabei stellte sie Angreifer und Angegriffenen auf eine Stufe. »Es liegen Erkenntnisse vor, daß sich der 17jährige in der linksextremistischen Szene aufhält; der 24jährige kann nach polizeilichen Erkenntnissen der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden«, hieß es in einer Presseerklärung. Gegen die Verschleierungstaktik der Behörden und das Herunterspielen der Neonazigewalt demonstrierten am 29. Mai 2010 rund 3.000 Menschen in Nürnberg und Fürth. ■

## Neues aus dem »Thor Steinar«-Imperium

Mitte Mai 2010 ist in Schwerin der elfte offizielle »Thor Steinar«-Laden eröffnet worden. Die expandierende Kleidermarke erfreut sich unter Neonazis weiterhin hoher Beliebtheit. In Mecklenburg-Vorpommern existiert jetzt mit dem »Tönsberg« in Schwerin, neben dem »Haugesund« in Rostock, das zweite »Thor Steinar«-Geschäft. Die »Thor Steinar«-Firma »Mediatex GmbH« ist ihrem Firmen-Impressum zufolge mittlerweile umgezogen. Von Königs Wusterhausen ging es ins sechs Kilometer entfernte Mittenwalde. Als Geschäftsführer tritt hier nun ein M. Waespe auf. Im Katalog wird nach wie vor noch Mohammed M. Aweidah als der zuletzt bekannte Mediatex-Unternehmensleiter genannt. Als inländische Geschäftsanschrift fungiert weiterhin die Anschrift in Königs Wusterhausen. Neuer Geschäftsführer ist seit Mai 2010 Marco Wäspe aus der Schweiz. Der Geschäftsmann aus Uster hat Ende 2009 in Zürich die »IBGT BRANDS GENERAL TRADING AG« zum Zwecke der *»Vermarktung von Markenrechten und Lizenzen vorwiegend im Textilbereich, die Produktion von Textilien und Beratungen«* eintragen lassen. Uwe Meusel, welcher zuvor zweiter Geschäftsführer der »Mediatex GmbH« war, musste sich in der letzten Zeit mehrmals vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft hatte dem 34-Jährigen damaligen »Thor Steinar«-Chef vorgeworfen, im Juni 2009 vor dem »Thor Steinar«-Laden in Halle einer Fotografin einen Faustschlag versetzt und versucht zu haben, ihr die Kamera zu entwenden. Nachdem sich Meusel im Mai 2010 diesbezüglich vor dem Amtsgericht Halle entschuldigte, wurde das Verfahren vorläufig eingestellt. Allerdings musste er jeweils 250 Euro an eine gemeinnützige Organisation und an die Journalistin zahlen. Auch in Berlin war Meusel im vorigen Jahr wegen Hausfriedensbruch angeklagt worden; die Sprecherin einer Bürgerinitiative gegen ein »Thor Steinar«-Geschäft in Berlin-Mitte sah sich von ihm bedroht. Am 16. Juli 2008 sollen Uwe Meusel und seine Mitarbeiterin Franziska K. die Galerie der Geschädigten betreten haben und aggressiv aufgetreten sein. Trotz mehrfacher Aufforderung hätten sich Meusel und seine Begleiterin geweigert zu gehen. Auch dieses Verfahren war im Juni 2009 gegen eine Geldauflage eingestellt worden. Meusel musste 4.000 Euro und seine Begleiterin 1.400 Euro zahlen. ■



[1] Der ehemalige Geschäftsführer und »Thor Steinar«-Gründer Uwe Meusel bei einem Gerichtsprozess in Berlin Anfang Juni 2009.

# Aufstieg in die höhere Liga

## Extrem Rechte zwischen Rockerclub und Rotlichtmilieu

Die »alte«, klassische Rockerlandschaft gibt es in Deutschland kaum mehr, die Szene hat sich in den letzten Jahren verändert. Die großen Clubs sind Wirtschaftsunternehmen und stehen sich in dem Bemühen Märkte zu erschließen, vielerorts gegenseitig auf den Füßen. Sie sind gezwungen immer neue Fußtruppen zu rekrutieren, die den Einstieg in bestimmte Geschäftsbereiche ermöglichen, das Terrain in einem Stadtteil oder Ort abstecken und dem Club in einem Ausleseprozess neue Mitglieder zuführen. Easy Rider war gestern, heute geht es um Macht und Business. Da ist man nicht allzu wählerisch bei der Auswahl des Fußvolkes ...

Es sind vier große Motorrad-Clubs (MCs) die um Macht- und Marktanteile ringen: Gremium MC, Outlaws MC, Bandidos MC und die Hells Angels. Ihre Unternehmensstrategien lauten: Erschließung von neuen Geschäftsfeldern, freundliche und feindliche Übernahmen und ein Franchising-Prinzip, in dem sich kleinere Clubs in die Support-Gemeinde eines der Großen einreihen (müssen), von dessen Ruf zehren, von diesem Schutz erhalten, sich diesem jedoch unterordnen und ihm zuarbeiten müssen. Alle anderen Personen, die dem Club nahe stehen und ihm nützlich sind, werden mit einer »stillen Mitgliedschaft«, mit einem »Prospect«(Mitgliedsanwärter)- oder »Hangaround«-Status an den Club gebunden. Die »Prospects« und »Hangarounds« haben wenig zu melden, müssen vielfach unbezahlte Drecksarbeit erledigen und dürfen davon träumen, irgendwann einmal in den elitären Kreis der »Fullmember« (Vollmitglieder) aufzusteigen.

### Die Anschlussfähigkeit von Neonazis und Rockern

Die Unterwürfigkeit von Neonazis gegenüber Rockern ist augenscheinlich. Der Anschluss an eine Rockergruppe bedeutet für viele extrem Rechte einen »Aufstieg« und mitnichten einen Bruch mit ihren Selbst- und Wertebildern. Machtdenken und der Wille zur Beherrschung anderer sind elementare Bausteine rechter Ideologiege-






bäude. Extrem Rechte sind stark in einem sozialdarwinistischen, autoritaristischen Denken verhaftet, das heisst: jederzeit bereit, das Recht des Stärkeren (nach oben) anzuerkennen und nach unten durchzusetzen.

Das Abzeichen (Colour), das Selbstverständnis als »Bruderschaft« sowie archaische Initiationsrituale sorgen für »Corporate Identity«. Das Image der »freien Männer« wird sorgsam gepflegt, wenngleich es durch strikte interne Regelwerke, knallharte Hierarchien und einen respektlosen Umgang mit dem, was als Konkurrenz empfunden wird, ad absurdum geführt wird. Die (angeblich) verschworene Gemeinschaft, die das »Unmännliche« verachtet, die sich selbst genug ist, nichts fürchtet und mit tätowierter Muskelmasse ihr Territorium absteckt, hat in der Parallelgesellschaft der Biker hohe Authentizität. Kurzum: Wer möchte sich schon mit seiner Skinhead-Gang auf der Kirmes um die Kreismeisterschaft prügeln, wenn er doch bei den Hells Angels in der vermeintlichen Champions League spielen kann? Neonazis sind ein leichtes Rekrutierungsfeld für Rocker, wenngleich es – insbesondere bei den »großen« Clubs – nur einzelne »nach oben« zu »Fullmembern«, schaffen. Über die Anbindung von Neonazitruppen bieten sich den Clubs Zugänge in bestimmte Regionen (dort, wo Neonazis ein Machtfaktor »auf der Straße« sind) und in bestimmte Geschäftsbereiche, wie zum Beispiel das Business mit Tattoos oder rechtem Lifestyle.

## Die Fußtruppen

Das an Schärfe gewinnende Gerangel um Macht und Marktanteile, vielfach mit der medialen Schlagzeile vom »Rockerkrieg« belegt, treibt skurril anmutende Blüten. Die Clubs sind auf der Gratwanderung, einerseits möglichst viele Truppen rekrutieren zu müssen und andererseits ihren Elite-Dünkel zu bewahren. Zu groß, zu unüberschaubar darf eine »Bruderschaft« nicht werden. Und für Straftaten, die von den »Männer fürs Grobe« begangen werden, möchte der Club auch nicht einstehen. Die Lösung bietet sich im Aufbau von Fußtruppen – im wahrsten Sinne des Wortes – denn eine tiefere Verbundenheit mit der Rockerszene, geschweige denn ein Motorrad oder ein Mofaführerschein, wird von diesen gar nicht verlangt. So entstehen Gruppen wie »Berliner Härte«, »Gangmember« (mit Schwerpunkt in der Rhein-Neckar-Region), »Regiment 81« (München) oder »Brigade 81« (Berlin). Viele der Mitglieder kommen aus der Boxsport- oder Freefight-Szene, den Bodybuilding-Studios, dem Hooligan-Milieu – und häufig auch aus der extrem Rechten. Sie sind durch identitäre Labels (beispielsweise »81« = HA = Hells Angels) an »ihren« jeweiligen Club gebunden. Wer Mut, Stärke, Loyalität und Aufopferung beweist oder in irgendeiner anderen Art und Weise nützlich ist, der wird es in den Support-Kreis und irgendwann vielleicht sogar zum Vollmitglied schaffen.

## Werdegänge 1

Der Werdegang von Exponenten der extremen Rechten, die den Weg zu Rockergruppen gefunden haben, folgt meist einem klassischen Schema. Beispiel Rhein-Main-Gebiet: Als sich um das Jahr 2005 die »Freien Nationalisten Rhein-Main« (FNRM) hin zur NPD orientierten und auf Weisung der Anführer nun ideologische Schulungen, Parteidisziplin und die »Überwindung der Subkultur« anstand, sahen sich einzelne FNRM-Aktivisten um ihre Erlebniswelt gebracht, die im wesentlichen darin bestand, als »Gang« ihren Machtanspruch in »ihren Gebieten« mit Gewalt durchzusetzen. Mehrere Personen entfremdeten sich von FNRM und NPD und erschlossen sich neuen Erlebnisraum in der Fußball- und Hooliganszene von Eintracht Frankfurt. Sie fanden Anschluss zum Türsteher-Milieu und über Fitness-Studios, in denen sie ihre Muskeln aufpumpten, gerieten sie in Kreise der Händler und Konsumenten von Anabolika. Es dauerte nur wenige Monate, bis sich ihnen die Türen zu Clubhäusern der Hells Angels öffneten und das T-Shirt der Hooligangruppe wurde durch Support-Kleidung der Hells Angels ersetzt. Da manchem die Geduld fehlte, sich im beschwerlichen Ausleseprozess hochzudienen, wanderten einzelne nun zum Hells-Angels-nahen →




Club »Black Devils MC« weiter. Sie leben heute in einer Zwischenwelt von Fußballszene, sogenannten Rotlicht-Aktivitäten und nach wie vor bestehenden Kontakten zu »alten« Neonazi-Kameraden, mit denen man um die Häuser zieht oder Konzerte besucht. Die neuen Freunde, sei es aus der Fußball- oder Rockerszene, zucken die Schultern: man wisse, dass die Person noch »ziemlich weit rechts« stünde, aber im Clubhaus oder bei der Fußballschlägerei würde er nun mal kein politisches Wort verlieren. Wo, bitte schön, sei nun das Problem?

### Werdegänge 2

Augenscheinlich ist die Entwicklung, dass große MCs nicht nur warten, bis Leute Anschluss zu ihnen suchen, sondern sich aktiv bemühen, nützlich erscheinende Gruppen und Personen an- und einzubinden. Dass die Hells Angels in Berlin vor wenigen Monaten Geheimverhandlungen mit dem Bandidos-Chapter Centro führten und diesen den Übertritt von der Bandidos-Bruderschaft in die Hells Angels-Bruderschaft mit angeblich 250.000 Euro schmackhaft machten, zeigt, was eine »gute Truppe« wert sein kann. Bei den Berliner Ex-Bandidos handelt es sich um Personen mit vornehmlich migrantischem Hintergrund. Sie wurden ins Berliner Hells Angels Charter Turkey integriert. Ein Anhänger sieht sich daraufhin im Hells Angels-Gästebuch veranlasst, gegen die Bandidos zu wettern: »Also, was sich diese B...... im Norden erlauben ist doch der Oberhammer. Das Gesindel hängt jetzt in ganz Deutschland nur noch mit dem Scheiss rechten Gesindel rum. Sogar eine ganze N.D führungsrige haben die jetzt übernommen. Aber damit schneiden die sich ins eigene Blut. Seit dem es Hells Angels MC Turkey gibt, sollen alle wissen wo und wer zu wem steht.« (Fehler im Original). Dass sich die Berliner Hells Angels bis heute stark aus der rechten Hooliganszene des Fußballvereins BFC Dynamo Berlin rekrutieren, wird dabei genauso ausgeblendet, wie die Tatsache, dass nur wenige Wochen später die Polizei im brandenburgischen Fürstenwalde, 60 Kilometer von Berlin entfernt, vier Männer aus dem Kreis der Hells Angels festnahm, die rassistisch motivierte Überfälle auf Flüchtlinge begangen haben sollen.

Die nachfolgend in einem eigenen Artikel beschriebene Expansionsstrategie der Hells Angels in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zeigt auf, dass zum Strukturaufbau flächendeckend auf Neonazis zurückgegriffen wird. Dass selbst bekannte Neonazis aus Mittelhessen, so beispielsweise von der »Kameradschaft Vogelsberg«, die überhaupt erst seit dem Jahr 2009 im Umfeld der dortigen Hells Angels festgestellt werden, nun kurzerhand in Kutten des Hells-Angels-Support-Clubs »Red Devils« gepackt und zur Verstärkung nach Niedersachsen beordert wurden, zeigt zudem den hohen Organisierungsgrad des Unternehmens.

### Grenzverläufe

Die große Frage ist, wie verträglich die zunehmende Identifizierung mit den MCs mit politischem Aktionismus ist. Denn die Clubs haben kein Interesse, dass sich vor ihren Treffpunkten neben den Observationsteams der polizeilichen Abteilung »Organisierte Kriminalität« nun auch der Staatsschutz einreiht. Denn das schafft Angriffsfläche und gefährdet die Geschäfte. Dass manche Clubs auch multiethnisch zusammengesetzt sind, lässt weiter vermuten, dass sich eine »White Power«-Szene dort mittelfristig kaum wird etablieren können.

Was wird nun aus den Neonazis werden? In den Orten, beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet, in denen die Neonazis wenig Macht und Dominanz ausstrahlen und in denen selbst das »Milieu« multiethnisch aufgestellt ist, werden sie, je mehr sie sich an die Clubs binden, ihre politischen Aktivitäten und Ambitionen einschränken bzw. zurückstellen müssen. Organisationen wie die NPD werden für »ihre« Aktivitäten – Aufmärsche, Wahlkämpfe und Flugblattaktionen – Mitstreiter verlieren. Doch das Problem verschwindet nicht, es verlagert sich. Biker-Treffs bieten Raum und Schutz für extrem rechte Konzerte. Das Business mit rechtem Lifestyle wird mit dem Knowhow und unter dem Schutz der Bikertruppen erheblich professioneller und schwerer angreifbar. Neonazis erlangen beispielsweise über den Zugang zu Türsteher-Jobs Macht und Einfluss, wenngleich sie sich bei der Arbeit häufig »zurückhalten« müssen.

Was aus einem der zuvor beschriebenen ehemaligen Schläger der FNRM wird, muss nun das Gericht beantworten: Er sieht einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Drogenhandel entgegen.

### Eindeutigkeit

Eine differenzierte und genaue Betrachtung des Verhältnisses zwischen den Rockerclubs und Neonazis ist wichtig: Wer mit der Support-Kleidung eines Clubs posiert ist noch lange kein »Member« oder »Prospect«. Und so schnell wie die Begeisterung einzelner Neonazis für Rockergruppen entflammt, so jäh endet sie auch, wenn ihnen klar (gemacht) wird, dass diese Liga für sie einfach zu hoch ist.

Doch je stärker die Position der Neonazigruppen in den einzelnen Regionen ist, desto selbstbewusster werden sie »ihre« Politik in den Clubs vertreten können bzw. in einzelne hinein tragen können.

Hoch problematisch sind die Entwicklungen in einigen kleineren MCs. Kann tatsächlich alles nur Zufall sein, wenn ein Club seine Homepage »Heimatseite« nennt, diese mit dem Zahnrad schmückt (das Zahnrad war unter anderem im Nationalsozialismus Teil der Organisationssymbolik der »Deutschen Arbeitsfront«) und zum 33-jährigen Bestehen Shirts herstellen lässt die den stilisierten Reichsadler zeigen, der in seinen Klauen die Zahl »33« trägt?




Und sind Neonazis schon Teil der Rockerszene, wenn sie so tun, als wären sie welche? In der südhessischen Bergstraße und im Odenwald rekrutiert eine Gruppe namens »Old Germans Nomads« massiv Personen aus der extremen Rechten. Um Streitigkeiten bei »Gebietsansprüchen« zu vermeiden, sind die »Old Germans Nomads« kein »offizieller« MC, kopieren jedoch den Rocker-Habitus bis ins Detail: Als Gruppenabzeichen dient ein eisernes Kreuz mit Totenkopf, Mitglieder heißen Member und wer mitmachen will durchlebt eine »Anwärterzeit« von sechs Monaten und darf in dieser Zeit noch kein »Vollcolour« tragen. Von den großen Rocker-Clubs der Region wurden sie einige Zeit teils umworben, teils misstrauisch beäugt. Die meisten Mitglieder der »Old Germans Nomads« sind eng mit der Neonaziszene im Rhein-Neckar-Kreis verbunden. Einzelne nehmen an neonazistischen Aufmärschen teil, etliche Member kommen aus der ehemaligen »Kameradschaft Bergstraße« oder aus dem Umfeld der rassistischen Hammerskins. Dass der »Old Germans MC Nomads« nicht in der »Champions League« spielt, lässt sich für die dort untergekommenen Neonazis verschmerzen. Der Club vermittelt zumindest das Gefühl, eine Liga über der Kameradschafts-Kreisklasse zu spielen.

Ob der Club tatsächlich in den oberen Ligen mitspielen kann, werden die nächsten Monate zeigen. Nachdem sich führende Old Germans der Bandidos-Support-Gemeinde anschlossen, rückten am 15. Mai die Mannheimer Hells Angels uneingeladen zur Gartenparty an. Die Old Germans riefen die Polizei, die mit einem Großaufgebot Schlimmeres verhinderte.

### Der Friedensschluss

Am 26. Mai diesen Jahres vereinbarten die Hells Angels und Bandidos mit großer Medienbegleitung eine Art Waffenstillstand: Die »Territorien« wurden ausgehandelt und sollen in Zukunft respektiert werden, ausserdem sollen ein Jahr lang keine neuen Chapter und Charter[1] der Clubs entstehen. Verkündet wurde der Frieden unmittelbar vor der Innenministerkonferenz, in der die Möglichkeiten für ein bundesweites Verbot von Hells Angels und Bandidos ausgelotet wurden. Demnach überwiegen Zweifel, wie »ernst« diese Inszenierung zu nehmen ist. Doch sollte der »Friedensschluss« tatsächlich Bestand haben und auch die Support-Gemeinden und die Fußtruppen erreichen, dann könnte die Massenrekrutierung beider Seiten zumindest vorläufig ein Ende haben – und die Straßenschläger und Neonazis, die man bislang mit offenen Armen aufnahm (da es für sie allerlei Verwendung gab) würden nun vor so manch verschlossener Clubheimtür stehen. Dies würde jedoch auch bedeuten, dass viele von ihnen mangels Alternative in ihren Kameradschaften und Neonazibanden verbleiben. Gewonnen wäre dadurch auch nichts. ■

Dass sich Neonazis Rockergruppen anschließen, war bereits nach dem Verbot der rechtsterroristischen »Wehrsportgruppe Hoffmann« im Jahr 1980 zu beobachten. Mitglieder der Hoffmanntruppe schlossen sich dem »Stander Greif MC« an, ein neonazistischer Rockerclub mit Sitz im Stuttgarter Raum und Ablegern in verschiedenen Bundesländern. Das Symbol (Colour) von Stander Greif, ein Schwert auf dem Buchstaben »H«, war dem Truppenkennzeichen der 9. SS-Panzer-Division »Hohenstaufen« nachempfunden. Die »Nazi-Rockerclubs«, die in den 1980er Jahren aktiv waren, neben dem »Stander Greif MC« auch der »MC National« und andere, gibt es heute nicht mehr. Sie lösten sich auf, viele ihrer Mitglieder wanderten in größere Clubs weiter.

Der Artikel erschien im Januar 2010 in dem Buch »Dunkelfeld – Recherchen in extrem rechten Lebenswelten rund um Rhein-Main«, herausgegeben von argumente. Netzwerk antirassistischer bildung, Bildungswerk Anna Seghers und dem Antifaschistischen Infobüro Rhein-Main. Er wurde für diese AIB-Ausgabe überarbeitet und aktualisiert.

1| Bei den Bandidos heißen die lokalen Gruppen Chapter, bei den Hells Angels hingegen Charter.

# Neonazis und Rocker

## Gemeinsamkeiten, Beziehungen und Doppelmitgliedschaften

Die Überstellung der Verbotsverfügung überraschte die Betroffenen. Am frühen Morgen des 29. Aprils 2010 standen Sondereinsatzkräfte der Polizei vor den Clubhäusern der »Hells Angels« in Flensburg und der »Bandidos« in Neumünster – vermummt und schwer bewaffnet. Ohne Vorwarnung hatte am 17. März ein »Hells Angel« in Ahnhausen bei einer Durchsuchung auf einen Polizisten geschossen. Diesmal fiel kein Schuss. Die Beamten konnten ungestört die Clubzeichen an den Häusern entfernen.

Andreas Speit

Erst vor wenigen Monaten hatten die »Bandidos« in Neumünster ihr Clubhaus eröffnet und ihr Logo angebracht: Einen Mexikaner mit Sombrero auf dem Kopf, in den Händen Pistole und Machete. Als angeblicher Hausherr galt Peter Borchert (vgl. AIB # 85). Die Verbotsverfügung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums nahm Borchert als Vize der »Bandidos« aber nicht in Empfang. Der ehemalige NPD-Landesvorsitzende und Vorbild der neonazistischen »Aktionsgruppe Kiel« (vgl. AIB # 84) saß da schon wieder in Haft. Am frühen Morgen des 27. April 2010 hatten Beamte die Wohnung von Bochert gestürmt. Verdacht: Mit mehreren »Bandidos« soll er am 13. Januar 2010 zwei »Hells Angels« in einem Schnellrestaurant in Neumünster niedergestochen haben. Bereits zehn Jahre hat der 36-Jährige wegen eines Tötungsdelikts und mehrfachem Waffenhandel in Gefängnissen verbracht.

In Neumünster waren für den drahtigen »Kerl« die Wege kurz. Keine zehn Minuten lagen das Neonazizentrum »Club 88« und das örtliche Quartier der Rockergang »Bandidos« in der Kummerfelder Straße auseinander. In beiden Häusern war er willkommen. »Ist er Rechtsextremer oder Rocker?« Mit einem Lächeln überlegte er im Flur des Hamburger Landgerichts und sagte: »Vielleicht verstehe ich mich als Revolutionär. Nein, als Revolteur gegen die bürgerliche Ordnung«. In der Haft, erzählte er am 4. Mai kurz vor einer Verurteilung wegen Körperverletzung und Beleidigung, hätte er viel gelesen. Gern hebt er hervor: auch Autoren der »Konservativen Revolution«, einer extrem rechten Geistesströmung der 1920er-Jahre. Hier will einer nicht bloß als brutaler Krimineller erscheinen. Seinen Werdegang möchte er auch als »antibürgerlichen Lebensstil« verstanden wissen.

Beziehungen zwischen Neonazis und Rockern finden sich seit Jahren immer wieder. Vor allem im Türsteher- und Security-Geschäft begegnen sich beide Szenen. Aus gegenseitiger Achtung zwischen Rocker-Chef und Neonazi-Kader des jeweiligen Ortes könne eine Zusammenarbeit entstehen, beobachten Insider.

Nicht Respekt sondern Geld ist für die Sicherheitsbehörden der Hauptgrund für die Neonazi-Rocker-Verbindungen. »Die haben sich zusammengeschlossen, um aus dem Schutz der Gruppe heraus kriminelle Geschäfte zu betreiben«, sagt Stefan Jung vom Landeskriminalamt Schleswig-Holstein. Man zähle die »Bandidos« der organisierten Kriminalität zu. Ihre Einnahmequellen: Drogenhandel, Waffengeschäfte, Schutzgelderpressung und Prostitution. Das bestätigt auch ein Sprecher des Landeskriminalamts Bayern: »Im Bereich der Rockerkriminalität fallen hier vor allem die Bandidos auf«.

Die Weste der »Bandidos« trägt auch Sascha Roßmüller, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Bayern und Mitarbeiter der NPD-Fraktion in Sachsen. Eine Aufnahme auf der Website der »Bandidos Regensburg« zeigt den 37-Jährigen, den rechten Arm um einen anderen Rocker gelegt und die linke Hand zur Pistole geformt. Längst hat Roßmüllers »Bandido«-Mitgliedschaft in der Neonaziszene Debatten ausgelöst. Schließlich tritt gerade die NPD gerne als Vorkämpferin gegen Kri-




[1] Das Bandidos-Mitglied Peter Borchert (1 v.l.) am 1. Mai 2008 bei einem Neonaziaufmarsch in Hamburg.

minalität auf. Auf dem Neonazi-Szeneportal »Altermedia« pöbeln die Kommentatoren, was ein NPD-Kader bei einer Bande »aus kriminellen Türken und Arabern« zu suchen habe. Hintergrund: Die »Bandidos« stehen im Ruf in der Regel eher Einwanderer und Migranten aufzunehmen als die »Hells Angels«. Holger Apfel, NPD-Fraktionschef der sich in Sachsen gern als bürgerlicher Nationaldemokrat gibt, verteidigt den »engagiert kämpfenden Parteifreund«. Für den bayrischen NPD-Geschäftsführer Axel Michaelis ist die Mitgliedschaft bei einem Rockerclub sowieso bloß »reine Privatsache«. Lange wollte Roßmüller selbst nichts zu seiner »Privatsache« sagen. Die Vorwürfe brachen aber nicht ab. So erklärte er Tage später: »Ich bin kein eindimensionaler Apparatschik, mich gibt's auch als Privatmensch«. Der multikulturelle Touch der Bandidos störe ihn nicht: »Ich hatte auch mal einen Türken als Fußballkameraden«. Von kriminellen Aktivitäten der Rockergruppe will er aber »nichts wissen«, betont stattdessen »hinsichtlich Zusammengehörigkeit, (...) Couragiertheit und intellektuellem Niveau in bester Gesellschaft« zu sein. Dieses Urteil, so der stämmige Bartträger weiter, könne er »über viele politische Gremien oder gar Parlamente leider nicht fällen«.

Wie viele »Borcherts« und »Roßmüllers« sich im Rockermilieu umtun, weiß niemand. »Uns sind einzelne Kontakte von Rechtsextremen und Rockern bekannt«, erklärt eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums und verweist auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei. In dieser hieß es 2008, dass das Ministerium trotz »vereinzelter bestehender Kontakte« von keiner »nachhaltigen Politisierung der Rocker« ausgeht. Allzu viel wissen die deutschen Sicherheitsbehörden aber nicht über das Miteinander von Rechten und Rockern, weil »Hells Angels« oder »Bandidos« beispielsweise gar nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Das Ministerium erklärt warum: Bei den Rockergruppen lägen keine ausreichenden Anhaltspunkte vor, dass sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung operierten.

In Neumünster trägt Borcherts »Kumpel« Alexander Hardt auch die schwarzen Weste mit dem Logo der »Bandidos«. Er kommt ebenso von rechts. An der Produktion des Rechtsrock-Projekts »Kommando Freisler« war Hardt zusammen mit dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise beteiligt. In Neumünster wirkt er bei der »Aktionsgruppe« mit. Über das Internet bot der Rocker und Neonazi einen »Polenschlüssel« an. Unter der umgangssprachlichen Bezeichnung wird ein Generalschlüssel verstanden, der von Autodieben benutzt wird. Als Büroanschrift diente Hardt der »Club 88«. Über seine Einkünfte möchte Borchert wenig reden. Er sagt nur, seit seiner Ausbildung in der Jugendhaft zum Metallbauer keine geregelte Anstellung mehr ausgeübt zu haben.

»Bei allen Differenzen finden sich im Gruppenverhalten der Rockerclubs Positionen die Rechtsextremen entgegenkommen«, sagt Rena Kenzo, Mitgründerin des »Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus«. Sie verweist auf Hierarchien, Probezeiten, Rituale und Ehrenkodizes der geschlossenen Rockergemeinschaften, die es so ähnlich auch in rechtsextremen Gruppen gebe. Dazu komme noch der Charakter eines Bundes durchtrainierter und gewaltbereiter Männer, für die Frauen nur als Beiwerk oder auszubeutende Subjekte vorhanden seien. Auch der Hang zu Waffen, als Mittel und Fetisch, dürfte nicht vergessen werden, sagt Kenzo weiter. »Eine Pistole, die Macht, das hat natürlich etwas... «, betonte Borchert selbst im Gerichtsflur.

Das Geschäft geht vor der Politik, meint Jung vom LKA. Die »Schwarze Schar MC« scheint beides offen vereinen zu wollen. In Gägelow kaufte sich die »Schwarze Schar« ein Clubheim. Dem Betreiber gehörte in Wismar zuvor der Neonazi-Szeneladen »Werwolf-Shop« (vgl. AIB # 73 & # 75). Auf ihrer Website erklären die Rocker ihre Namenswahl: Die »Schwarze Schar« war ein »Freikorps« während der napoleonischen Kriege. Vollmitglied kann laut Website nur werden, wer einen Chopper mit mindestens 800ccm besitzt und sich zu »seiner deutschen Herkunft« bekennt. ■

# Brandenburger Mischung

**Auch nordöstlich von Berlin hat sich eine Mischszene aus Bikern und Neonazis formiert. Es geht um Lifestyle und Kommerz – Politik inklusive.**

### Rockergewalt oder Antifamord?

Die Nachricht klang dramatisch: Auf dem Heimweg vom Sommerfest der Brandenburger DVU in Finowfurt seien fünf »Kameraden« angegriffen worden, meldete die (wenig später verbotene) Berliner Kameradschaft »Frontbann 24« im Juni 2009. »Zwanzig Verbrecher der Antifa« hätten ihre Opfer »überfallen und niedergestochen«. Die Untat verlange nach Reaktionen: »Es werden jetzt diverse Aktionen geplant, Nur durch gemeinsames, konsequentes Auftreten und Präsenz können wir diesen Linksfaschisten die Stirn bieten.« Tags darauf wurden gar Gerüchte kolportiert, dass mittlerweile »ein Kamerad den Stichverletzungen erlegen« sei. In den Presseberichten zum Vorfall war indes nichts von einem Toten zu lesen – und auch nicht von messerstechenden Antifas oder von Neonazis. Es habe eine brutale Aktion von Rockern der »Bandidos« gegen führende Mitglieder der »Hell's Angels« gegeben, hieß es. Die »Berliner Zeitung« schrieb: »Bei den 23 bis 27 Jahre alten Verletzten, die am Sonntag gegen 3 Uhr bei einer Attacke in Finowfurt verletzt wurden, handelt es sich nicht um einfache Mitglieder, es sind Chefs der ›Hells Angels‹. Bei einem der drei Schwerverletzten haben die Angreifer versucht, ihm mit Axthieben das rechte Bein abzutrennen.« Das DVU-Sommerfest, von dem die Angegriffenen gekommen sein sollen, wurde in keinem Bericht erwähnt. Teilweise zurecht, denn inzwischen ist klar, dass die Opfer nicht als Neonazis, sondern als Biker von verfeindeten Rockern angegriffen wurden.

### Mischszenen in Nordost-Brandenburg

Wie auch anderswo in der Bundesrepublik schwelt im Nordosten Brandenburgs ein Konflikt zwischen Rockergruppen, der teilweise äußerst brutal ausgetragen wird. Die Auseinandersetzungen sind nicht politischer Natur, sondern es geht um Einfluss in der Bikerszene. Doch in den vergangenen Jahren haben sich Teile der Neonazis den Rockern angenähert, Mischszenen sind entstanden. Das passt punktuell zusammen, denn habituell sind die beiden Spektren über Männlichkeitskult und Gesten von Kampfeslust einander ähnlich genug. Die Rockerklubs, in denen sich Neonazis bewegen, werden durch deren Präsenz nicht zu Neonaziklubs umgeformt, aber bis zu einem gewissen Grad politisch aufgeladen. Sie sind Orte des Austauschs der Szenen, Bewegungsgrund, sozialer Rückzugsraum und Geschäftsfeld für Neonazis. Umgekehrt wirkt die Nähe zur Rockerszene auf die Neonazis zurück. Das belegt die Episode vom »Antifamord«-Fehlalarm nach dem DVU-Sommerfest. Später, im August 2009, konnte die Polizei gerade noch verhindern, dass eine Wahlkampfkundgebung der DVU in Eberswalde von einer Gruppe bewaffneter Männer überfallen wurde. Die Angreifer kamen vom »Chicanos MC Barnim«, der den Bandidos nahe steht. Sie wollten durchaus nicht mit ruppigen Rockermethoden gegen eine DVU-Veranstaltung intervenieren, sondern gegen ihre Rockerkonkurrenz vorgehen – und die verteilten zufällig gerade Flugblätter unterm DVU-Sonnenschirmchen. Zwei Tage später verbot das Brandenburger Innenministerium die Barnimer Gruppe der »Chicanos« – übrigens ohne den Hinweis, dass der versuchte Überfall in Eberswalde der konkrete Anlass für die Verbotsverfügung war.

### Eine Dragsau und sein Nazishop

Die 2004 gegründeten »Dragsäue« aus Eberswalde sind ein Beispiel für die Verquickungen zwischen Neonazi- und Rockerszene in der Region. In der Szenezeitschrift »Bikers News« vom Januar 2010 wird der Klub porträtiert: Zur Fünfjahresparty im vergangenen Herbst im Eberswalder Klubhaus spielte eine Liveband. Gäste kamen »sogar von der Insel Usedom« angereist, es gab ein Lagerfeuer, Halloween-Verkleidungen und Stripperin. Als Kontaktmöglichkeit führt die »Bikers News« die Handynummer eines »Dragsäue«-Mitglieds namens Gordon an. Beim fraglichen jungen Mann handelt es sich um Gordon Reinholz, der über die gleiche Telefonummer die Geschäfte seines »Nationalen Medienvertriebs« abwickelt – ein knallharter Neonaziversand. Daneben betreibt Reinholz (Jahrgang 1979) auch einen Survival-, Kleidungsdruck- und Neonaziladen in Eberswalde sowie den Hooligan-Kleidungsversand »Ready To Fight«.





[1] Gordon Reinholz (links) und Christian Banaskiewicz (mitte) bei einer Neonazi-Demonstration am 21. Oktober 2006 in Berlin.

[2] Der frühere Berliner NPD-Kandidat Gordon Reinholz mit Lappen auf dem Kopf auf einer Rocker-Party.

Screenshot dokumentiert von der Internetseite der Dragsäue auf www.hank-klausel.magix.net

Reinholz war Anführer der überregional wichtigen Kameradschaft »Märkischer Heimatschutz« (MHS). Frustriert von der damals stagnierenden Organisierungsarbeit und angesichts steigendem Antifa- und Repressionsdruck hatte Reinholz die Kameradschaft Ende 2006 aufgelöst. Er blieb seiner nazistischen Ideologie treu, zog sich vom Straßenaktivismus aber weitgehend zurück. In der Folge näherte er sich der Rockerszene an und war zum Beispiel 2008 bei einer AC/DC-Night-Party des »Born to be wild MC« in Berlin zu Gast. Eine fast deckungsgleiche Entwicklung machte der aus Angermünde stammende Christian Banaskiewicz durch, ebenso ein MHS-Kader der ersten Stunde. Von der Kameradschaft ging es gleichfalls zur »Born to be wild«-Party und dann ins Kleingewerbe. Banaskiewicz ist weiterhin Neonazi und nimmt hin und wieder an einschlägigen Demonstrationen teil[1], betreibt sonst aber von Joachimsthal aus die Kleidungsversände »Rockshop 66« und »4 Skins«. Bei einer Sommerparty der »Dragsäue« im Jahr 2008 bot er seine Produktpalette an einem Verkaufsstand an.

Auf Fotos von verschiedenen »Dragsäue«-Partys ist gut zu erkennen, wie sich die Szenen vermengt haben. Reinholz ist in »Dragsäue«-Kluft zu sehen, klassische Biker posieren beim Bier und allerorten Gäste in »Thor Steinar«-Jacken, »Lunikoff«-Mützen, »88«-Aufnähern und T-Shirts mit der Aufschrift »Nationaler Widerstand«. Bei der Halloween-Party lief jemand im Ku-Klux-Klan-Outfit inklusive weißer Zipfelmützen-Vermummung auf und hielt das vermutlich für humorvoll. Teile der aktuell aktiven Kameradschaften und der NPD sind bei den »Dragsäue«-Partys mittendrin dabei.

## Keine Politik

Der Klub selbst betont in Stellungnahmen, keine Machtansprüche in der Rockerszene stellen zu wollen. »Wir sind kein MC, MF oder sonstiges«, heißt es auf einer Webseite abwiegelnd. Auch mit Politik habe man nichts am Hut. Auf ein antifaschistisches Flugblatt, in dem die Neonazipräsenz bei den »Dragsäuen« angesprochen wurde, reagierte der Klub empört: »Uns war und wird immer egal sein, was unsere Gäste oder einzelne Mitglieder für eine politische Meinung haben. Wir werden auch keinen deswegen vorverurteilen und somit diskriminieren.« Das ist nur so zu verstehen: Die »Dragsäue« wollen zwar nicht unbedingt NPD-Parteitage in ihrem Klubhaus abhalten, Neonazis als Mitglieder und im Umfeld sind aber hochwillkommen. Allerdings wird auch vermerkt, dass man inzwischen, warum auch immer, mit Reinholz gebrochen habe: Der sei nämlich »seit Februar 2010 nicht mehr mit dem Club in Verbindung zu bringen«.

Eng befreundet sind die »Dragsäue« derweil mit den »Burgunden« aus dem uckermärkischen Schwedt. Die Gruppe, die auf ihrer Homepage germanentümelnde Textchen veröffentlicht und einen Thorshammer im Logo trägt, erklärt: »Wir haben nicht vergessen, dass unsere Vorfahren Germanen waren. Deshalb, haben wir uns nach einem der ältesten germanischen Stämmen benannt.« Auch die Schwedter Germanenrocker sind nach eigener Einschätzung »in alle Richtungen unpolitisch.« An anderem Ort bekundet ein »Burgunde«: »Wir bewegen uns in Bikerkreisen um Spaß zu haben und beteiligen uns an keinerlei politischer Arbeit.« Vorn mit dabei bei den »Burgunden« ist Andy Kucharzewski, der für die NPD in den uckermärkischen Kreistag gewählt wurde. Nach parteiinternen Querelen trat Kucharzewski im Oktober 2009 aus der Partei aus, behielt aber sein Mandat. Mittlerweile hat er sich an die »Freien Nationalisten Uckermark« angenähert und ist Dauergast bei Neonazi-Demonstrationen in der Region. ■

1| Beispielsweise am 1. Mai 2010 in Berlin.

# Von der NPD zum MC in Thüringen

## »Rechtsradikale Schnupperstunden« im Umfeld der Rockerszene

Seit April 2010 läuft in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt ein Prozess gegen fünf Personen, die dem regionalen »Bandidos MC« zugerechnet werden. In diesem stehen sich zwei ehemalige NPD-Funktionäre gegenüber: Michael H. als angeklagter »Bandido« und Martin R. als Zeuge und Mitglied der Erfurter »Garde 81«, einem Unterstützerklub der mit den »Bandidos« verfeindeten »Hells Angels«[1].

Seit langem war bekannt, dass in Thüringen einige frühere NPD-Funktionäre ihren Weg in die Reihen der Gruppierung »Garde 81« gefunden haben sollen. Eine eindeutige Präferenz für diesen Club scheint es unter früheren Neonazis aber nicht zu geben, denn auch in den Reihen der »Chicanos Apolda« – einem Supporter-Club der »Bandidos« – hatte sich ein früherer Neonazi etabliert. Im Umfeld der »Bandidos« wurden jedoch schon 2008 vereinzelte Verbindungen zu rechten Personen bekannt.

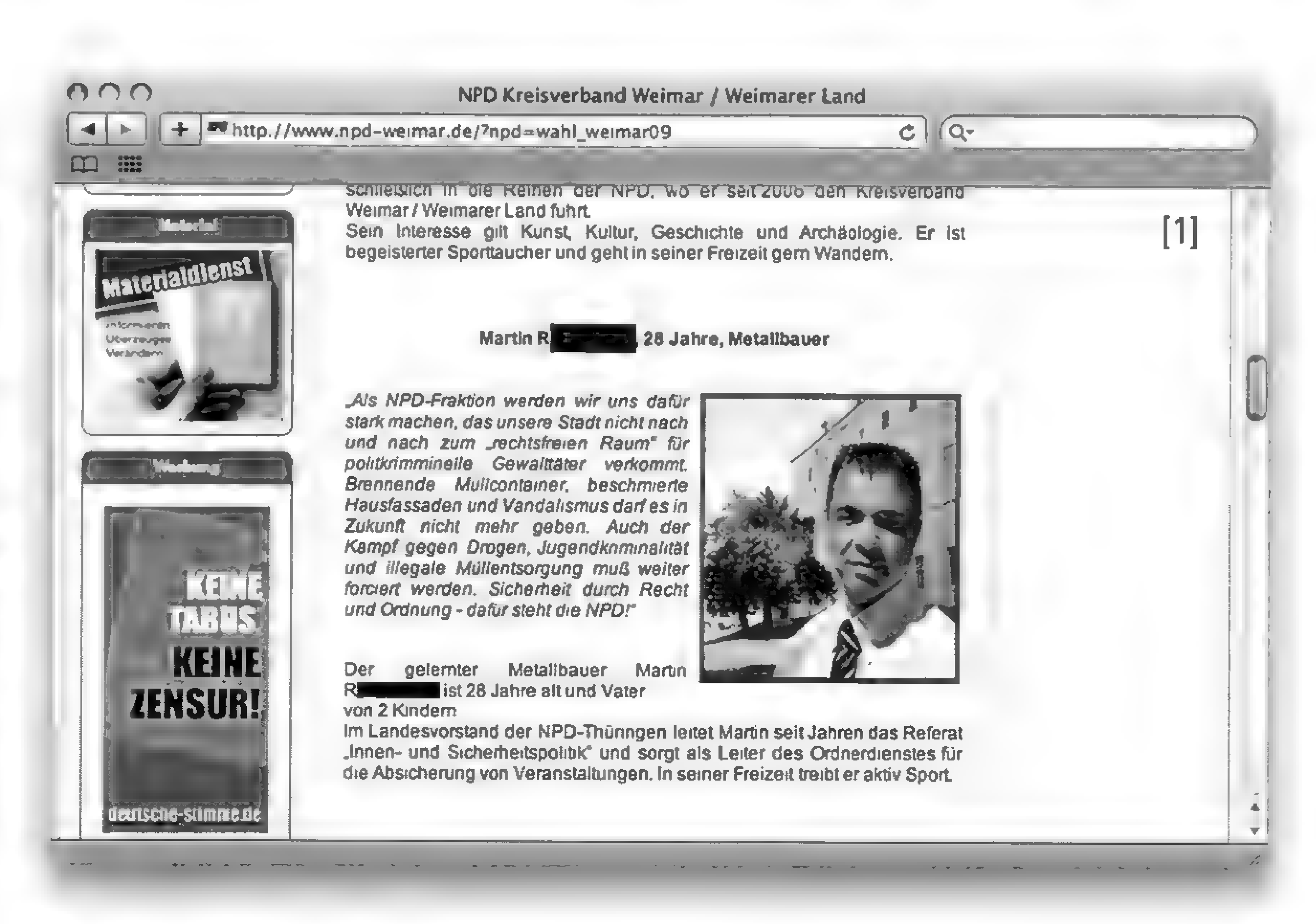
### »Rechtsradikale Schnupperstunden« im Umfeld der »Bandidos« Jena

Das »Bandidos-MC«-Chapter Jena, ansässig in Oberweimar, geriet vor einiger Zeit in die Kritik von Antifaschist_innen, da in ihrem Tattooshop »Fat Barrio« bis zum Frühjahr 2008 die Modemarke »Thor Steinar« verkauft wurde, welche vor allem in der rechten Szene beliebt ist. Da die »Bandidos« aber offenbar nicht als rechts bzw. nicht als politisch gelten wollen, wurde diese Marke aus dem Verkaufssortiment genommen. Stattdessen wurde zeitweilig das linke Label »Mob action« angeboten.

Unabhängig davon gibt es Berichte von Kenner_innen der Weimarer Szene, nach denen der ehemalige NPD-Kader Michael H. seit Frühjahr 2008 »Member« bei den »Bandidos«-Supportern »Chicanos Apolda« sein soll. Er war in der regionalen NPD zeitweilig verantwortlich für Finanzen und galt als gewaltbereit. Dieses Jahr war Michael H. einer der Angeklagten im sog. Thüringer »Bandidos«-Verfahren«. Laut Verfassungsschutz soll er es zwischen 2007 und 2008 zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD in Weimar gebracht haben.[2]

Neben ihm gelangten offenbar noch eine Reihe anderer Personen aus der Region, die bisher eher als der Schläger- und Neonaziszene zugehörig galten, in das Umfeld des regionalen

[1] »Sicherheit durch Recht und Ordnung – dafür steht die NPD!« erklärte Martin R. auf einer NPD-Internetseite. Mittlerweile wird er der Rocker-Gruppe »Garde 81« zugerechnet. Im Landesvorstand der NPD-Thüringen leitete Martin R. zuvor jahrelang das Referat »Innen- und Sicherheitspolitik«.




Screenshot dokumentiert von der Internetseite der NPD-Weimar.

»Bandidos«-Chapters. Dies scheint kein gut behütetes Geheimnis zu sein: Laut einem Interview aus der Thüringer Landeszeitung (TLZ) vom Juli 2008 hätten die »Bandidos« »eine Menge Personen aufgenommen, die in der rechtsextremen Weimarer Szene unterwegs waren.« Das sah der lokale Polizeichef Gregor Zeh im Zuge eines CDU-Podiums zur regionalen Sicherheitslage im Juni 2008 laut Regionalzeitung anders: »Nicht bekannt sind in Weimar auch personelle Überschneidungen führender Bandidos mit der rechtsextremen Szene. Im Graubereich der Mitläufer ist das anders. Sogenannte ›Hangarounds‹ bei den Bandidos absolvieren demnach auch rechtsradikale ›Schnupperstunden‹«[3].

Im Mai 2010 musste ein Sprecher des Verfassungsschutzes zum Fall Michael H. schließlich einräumen: »Darüber hinaus gibt es weitere Hinweise auf die Zugehörigkeit einzelner auch führender Rechtsextremisten zu Gruppierungen, die der organisierten Rockerkriminalität zugerechnet werden.«

Nachdem der langjährige Weimarer »Bandidos«-Vize Dominico M. sich im März 2010 der Staatsanwaltschaft gestellt und als Kronzeuge gegen den ehemalige Präsidenten des Motorradclubs »Bandidos« in Thüringen, Janez E., ausgesagt hatte, löste sich die »Bandidos«-Gruppierung in Weimar schließlich auf. Vor Gericht wurde Domenico M. u.a. mit den Worten »Blut und Ehre« beschimpft. »Blut und Ehre« war zwischen 1926 und 1945 Motto und Grußformel der nationalsozialistischen Jugendorganisation »Hitlerjugend«. Abgeleitet von »Blut und Ehre« steht »Blood and Honour« bis heute für ein internationales Netzwerk neonazistischer Skinheads im Musik und Konzert-Business. Offenbar scheint mit der Treue zum Club mittlerweile aber auch bei anderen früheren »Bandidos« recht flexibel umgegangen zu werden.

Das Landeskriminalamt (LKA) geht davon aus, dass sich das ehemalige Thüringer »Bandidos«-Chapter vermutlich einem anderen Motorradclub anschließen und das Clubhaus in Oberweimar auch weiterhin nutzen will. Der ehemalige »Bandidos«-Präsident soll demnach angekündigt haben, dem Motorradclub »Mongols MC« beizutreten. Dieser MC ist bisher vor allem in Nordamerika aktiv und verfügt in Deutschland über kein Chapter. Aus Ermittlerkreisen hieß es laut MDR allerdings auch, dass der Ex-»Bandidos«-Chef bei den »Hells Angels« in Dresden vorgesprochen habe. Hier soll ihm aber ein Übertritt verwehrt worden sein.

## Vom regionalen NPD-Vorstand zur »Garde 81«

Der so genannte Erfurter »Bandidos«-Prozess wurde im April 2010 mit großem Sicherheitsaufwand inszeniert. Ein Szenario, das für Antifaschist_innen eigentlich kaum von Interesse gewesen wäre, wenn aus den Aussagen nicht auch Verbindungen von Rockern zu früheren Neonazis öffentlich geworden wären.

Der Kronzeuge bestätigte dem Gericht, dass mindestens zwei Neonazis aus Weimar, darunter ein früheres Kreisvorstandsmitglied der NPD, Mitglied der »Garde 81« seien, eines Unterstützervereins der »Hells Angels«. Auch ein Mitglied der »Garde 81« erklärte vor Gericht, er wisse, dass sein Bekannter aus der »Garde 81« in der NPD sei, aber das habe ihn nicht interessiert.[4] Der Zeuge erwähnte dann noch ein weiteres Mitglied aus der Neonazi-Szene. Dieser Kumpel, der 2008 angeblich im »Bandidos«-Clubhaus zusammengeschlagen wurde, gehörte früher zum NPD-Kreisvorstand in Weimar. Hierbei soll es sich nach Berichten regionaler Szenekenner_innen um Martin R. handeln, der auch als Zeuge vor Gericht auftrat. Als 17-jähriger Neonazi-Skinhead hatte R., 1997 mitten in Weimar, mit zwei Mittätern einen vietnamesischen Gemüsehändler in seinem Laden angegriffen und mit einem Messer lebensgefährlich verletzt. Hierfür wurde er zu zwei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt.[5] Danach taucht er Anfang der 2000er Jahre als Demonstrant bei Aufmärschen des »Thüringer Heimatschutzes« auf. Zum Führer der Kameradschaft »Braune Aktionsfront – Sektion Weimar« aufgestiegen, war er öfter Redner auf Kundgebungen. Nach Medienberichten war er auch für den Thüringer Ordnungsdienst der NPD zuständig. Mitte der 2000er Jahre wurde er zum stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden.

Martin R. ist offenbar nicht der Einzige, der den Weg aus der rechten Szene zur »Garde 81« fand.

So soll nach Medienberichten sogar der als »Statthalter« der »Hells Angels« in Erfurt geltende Rene K. früher Verbindungen zur Neonazi-Szene gehabt haben.[6]

## Rocker als Sicherheitsfrage

Zeitweilig existierte ein »Sicherheitsbericht« der Stadtverwaltung Weimar, der Anfang des Jahres 2008 von der CDU-Stadtratsfraktion eingefordert worden war. Hier wurden als die Sicherheit gefährdende Gruppierungen in einem Atemzug der MC »Bandidos«, Anhänger des rechten Hooliganlabels »Problemkinder« sowie – ganz extremismustheoretisch – die Gäste linksalternativer Treffpunkte genannt. Nach öffentlicher Kritik wurde der Bericht neu geschrieben.

Regionale Medien griffen in der Diskussion um diesen Bericht zwar immer wieder das Thema »Bandidos« / Organisierte Kriminalität sowie Neonazi- und Gewaltszene auf, ein größerer öffentlicher Diskurs blieb aber aus. Ein solcher wäre zukünftig sicher geeignet, um sachlich und fundiert auf die Problematik der unscharfen Grenzen zwischen kriminellen Milieus, Gewaltszenen und Neonazis hinzuweisen, ohne sich dabei vor einen sicherheits- und ordnungspolitischen Karren konservativer PolitikerInnen spannen zu lassen. ■

1| Kai Mudra / 19.05.10 / TA /TLZ: Verfassungsschutz nennt weiter gestiegene extremistiscne Aktivitäten
2| ebd.
3| Michael Helbing / 26.06.2008/TA: Nur ein Teil der Wirklichkeit
4| Kai Mudra / 20.04.10 / TA/ TLZ: Kronzeuge sagte erneut im Bandidos-Prozess aus
5| Thüringische Landeszeitung vom 27. und 29.9.1997 und 21.5.1998.
6| Kai Mudra / 19.05.10 / TA /TLZ: Verfassungsschutz nennt weiter gestiegene extremistische Aktivitäten

# Rote Teufel mit braunen Brüdern

## Red Devils in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen

Die Mitgliedschaft von NPD-Funktionären oder ehemaligen »Blood and Honour«-Aktivisten im Rockermilieu sind keine Einzelfälle (siehe AIB # 61 und # 65). Auch in einigen Chartern der »Red Devils« finden sich rechte Hooligans, Neonazi-Securitys und Kameradschaftsführer unter den Mitgliedern und Gästen.

### Rocker Nachschub aus dem braunen Sumpf

Die »Red Devils«, als größter Hells Angels Supporter Club, eröffneten im Mai 2010 ihr 50. Charter in Grevesmühlen (Mecklenburg Vorpommern). Sie verstehen sich als sogenannter »Outlaw Motorcycle Club«, auch Onepercenter[1] genannt, also dem kleinen Teil der Motoradfahrer, die sich selber als Rocker bzw. Outlaws mit eigenen Gesetzen verstehen und sich bewußt von den Wochenend-Bikern abgrenzen. Im Kampf um Marktanteile in der Grauzone zum kriminellen »Schattenkapitalismus« sowie der Tattoo-, Türsteher- und Kampfsportszene zementieren sie den Machtbereich der Hells Angels, stellen Gebietsansprüche gegenüber der Konkurrenz und fungieren als lokale Statthalter. Im Zuge des Wettrüstens der großen »Outlaw MCs« sprießen neue Supporter-Clubs wie Pilze aus dem Boden und andere Clubs werden übernommen. So sind auch in Niedersachsen zahlreiche neue Charter der »Red Devils« vor allem im Einflussbereich der »Hells Angels« Hannover entstanden. In einem Milieu, in dem Vorstrafen wegen Körperverletzung als gute Visitenkarten gelten und unter Expansionsdrang ständig neue Mitglieder benötigt werden, sind auch Neonazis und rechte Hooligans willkommen. Diese fühlen sich ihrerseits zu hierarchischer Männerbündelei, Outlaw-Inszenierung und Gewaltfetischismus hingezogen. Kein Wunder, dass sich Neonazis auf den Partys in den Clubhäusern wohlfühlen und aus Kameraden »Member« bzw. »Brüder« wurden. Solche Mischszenen, welche den Neonazis in Kutte Prestigezuwachs und neue Geschäftsfelder versprechen und den Rockern neue gewalterfahrene Verstärkung sichert, bergen auch Spannungen. Öffentliche verbale Distanzierung von ehemaligen Neonazi-Aktivisten oder die Bandidos-Mitgliedschaft von NPD-Funktionären sorgen in der rechten Szene für Aufsehen. Die MCs hingegen versuchen eher ein »Nazi-Image« zu vermeiden, da Negativschlagzeilen für die Geschäfte schädlich sind.

### Nachwuchs um jeden Preis...

Eine solche Image-Pflege wird bei einigen »Red Devils« Chartern offensichtlich nicht besonders groß geschrieben. Hier scheint die Rekrutierung im Zweifel wichtiger zu sein als die Außenwirkung. Beispiele im Einflussbereich des Charter Hannover belegen diese Entwicklung: In Helmstedt dekorierten die »Red Devils« ihr Clubhaus mit einer »White Power«-Fahne und dem rassistischen NPD-Wahlplakat »Gute Heimreise«. Fotos zeigen den Helmstedter »Sergeant at Arms« (zuständig für die Sicherheit im Club) mit SS-Totenkopf am Barret. In Seesen wurde Thomas Wipperich, bekannt als Betreiber der neonazistischen Szeneläden »Tap Out Store« (Seesen) und »Ragnarök Shop« (Halberstadt), Präsident des örtlichen »Red Devils« Charters. Auf der Tattoo-Convention der hannoverschen Hells Angels war er als Tätowierer samt Verkaufsstand präsent. Auch bei den 2009 gegründeten »Red Devils MC Wolfenbüttel« lässt sich sehen woher der Zuwachs der »Roten Teufel« kommt. Kaum einer der Mitglieder kommt aus der Bikerszene. Ihre »Lorbeeren« verdienten sie sich eher als Hooligans, Türsteher, Bodybuilder oder eben in der Neonazi- und Rechtsrockszene. Präsident ist hier der 33-jährige Micha M. Der Kampfsportler gehört der rechtsoffenen Hooligantruppe »Alte Kameraden« an und

1| Dieses wird in den Clubemblemen der vier großen Clubs und ihrer Supporter meist als eine 1% symbolisiert
2| Malina gilt als einer der erfolgreichsten Konzertorganisatoren der norddeutschen Neonaziszene, regelmäßig veranstaltet er Konzerte mit bis 800 Gästen
3| Auf Videos der »Fettenschweine« sind u.a. »Anti-Antifa« und andere extrem reche Symbole zu sehen
4| Der Ruf als Neonazis eilte diesen Securitys in der Region vorraus, immer wieder beschwerten sich alternative Jugendliche, dass ihnen aufgrund ihres Aussehen oder ihrer politischen Einstellung der Zugang zu Veranstaltungen verwehrt wurde.




arbeitet als Sicherheitsfachkraft mit Waffensachkundenachweis. Fotos zeigen ihn bei einer Feier von Hooligans und Neonazis, darunter exponierte Personen wie Oliver Malina, dem »Kameradschaftsführer« des Neonazimusiknetzwerkes »Honour & Pride«.[2] Dieser Kameradschaft und dem Charter Wolfenbüttel wird auch Dennis K. zugerechnet. Er ist Domaininhaber der Homepage der Devils in Wolfenbüttel. Fotos zeigen ihn im »Blood & Honour« Shirt oder im Kreise von Aktivisten aus dem lokalen Neonazi-Spektrum. Zu diesem zählt auch Mario B., der ebenfalls seine Neonazi-Shirts gegen die Kutte der Wolfenbütteler »Red Devils« tauschte. Seit Jahren ist er auf Neonazidemonstrationen oder in der Hooliganszene anzutreffen. Vom rechtsorientierten Fanclub des Eintracht Braunschweig namens »Fette Schweine/Hungerhaken« ist er zur rechten Hooligan-Truppe »Kategorie Braunschweig«[3] gekommen.

### Vom Neonazi-Ordnerdienst, über die Tür zum MC

Ähnliches ist beim Charter Salzwedel zu beobachten. Hier rekrutieren sich maßgebliche Teile des Clubs aus dem Kameradschaftsspektrum der »Freien Nationalisten Altmark West« (FNAW) bzw. dem ehemaligen Neonazi-Ordnerdienst »Selbstschutz Deutschland«. Bereits in den Jahren zuvor veranstalteten die FNAW ein »Schottenfest« auf dem Clubgelände der »Speedkings Altmark« bei dem Neonazi-Mannschaften



im Schottenrock mit Kraftmeier-Spielen wie Tauziehen oder Baumstammwerfen gegeneinander antraten. Neben dem politischen Aktivismus und der Tätigkeit im »Selbstschutz Deutschland« arbeiteten zahlreiche Neonazis als Türsteher in der Region Salzwedel. Mit dabei die langgedienten Neonazis Kay Schweigel und Dennis S. Beide galten als preisgünstig und durchsetzungsfähig bzw. brutal und rechts.[4] Ein erster Professionalisierungsversuch der rechten Türsteher-Szene erfolgte mit der Gründung der Firma »S&S Security«, die trotz des Klangnamens »SS-Security« ihre Aufträge auch bei Abi-Partys im nahen Wendland bekam. Offiziell war die Firma in Braunschweig auf eine unverfängliche Person eingetragen, aber Telefon- und Faxkontakt verwiesen auf den bekannten Dennis S. Die Kontakte der rechten altmärker Türsteher zum Hells Angels-Umfeld wurden erstmals bei einer »Fightnight« in Salzwedel deutlich, zu der im Juni 2008 der Freefighter, Kampfsportschulen-Betreiber und Hells-Angels Anwärter Marcel U. lud. Zu den Gästen zählten hier Mitglieder der FNAW inklusive des Neonazis Mirko Appelt als Chef vom »Selbstschutz Deutschland«, welcher mittlerweile ebenfalls Hells Angels-Anwärter ist. Im Juni 2009 gründete sich das »Red Devils Charter Salzwedel«, zu-




*Bei einem Gespräch zwischen Spätaussiedlern und Red Devils konnten „alle Missverständnisse aus dem Weg geraumt" werden – mit einem Handschlag bekräftigten Dennis S. und Pavel G. gestern, dass es Szenen wie in der Diomarkt-Nacht nicht mehr geben werde. Foto: Meineke*

**Biker und Migranten begraben Kriegsbeil**

Aussprache nach Diomarkt-Schlägerei / Auseinandersetzung beigelegt

nächst unter der Führung eines Präsidenten, der nicht überregional als Neonazi verschrieen war. Aktueller Präsident ist jedoch Kay Schweigel, seine rechte Hand und »Sergeant at Arms« ist sein Weggefährte Dennis S. Ein Foto zeigt die beiden samt ihrem Charter auf einem Rockertreffen. Ganz offen trägt Präsident Schweigel unter der Kutte ein »White Power«-Keltenkreuz-Shirt. Nur zwei Monate vor offizieller Clubgründung war Schweigel zusammen mit Neonazis der FNAW bei einem Neonazi-Aufmarsch in Lüneburg anzutreffen. Die »S & S Security« ist mit Gründung des Salzwedeler Charters in der Sicherheitsfirma »Pro Guard Salzwedel« aufgegangen, die – ihrer Internetpräsenz zufolge – den Firmensitz auch im Clubhaus der »Red Devils« Salzwedel hat und deren Geschäftsführer Dennis S. ist. Wie mit unliebsamer Konkurrenz umgegangen wird, zeigt ein Vorfall in Lüchow: Salzwedeler »Red Devils« attackierten Mitarbeiter eines Ordnerdienstes bei einem Rockkonzert und forderten diese auf, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen. ■

[1] Der ehemalige Chef vom »Selbstschutz Deutschland« Mirko Appelt (rechts) auf einem NPD-Sommerfest am 4. August 2007 in Sangershausen.

[2] 1.v.r.: Der »Sergeant at Arms« der »Red Devils Charter Salzwedel« Dennis S. präsentiert sich in klassischer Politikerpose in der Altmark-Zeitung.

Faksimile AZ vom 13. September 2009

# Frank Rennicke

## Vom »Sänger für Deutschland« zum Bundespräsidenten-Kandidat

»Sänger für Deutschland« lautet der Titel eines Buches über den extrem rechten Liedermacher Frank Rennicke. Tatsächlich ist er der bekannteste und auch aktivste neonazistische deutsche Liedermacher. Aber er ist weitaus mehr - Rennicke stellt eine wichtige Integrationsfigur für das Spektrum von jugendkulturellem Neonazismus, den Kameradschaften und der NPD dar.

Jan Raabe

### Vom Jugendalter an

Rennicke wurde 1964 in Braunschweig geboren, sein Elternhaus hatte nach Eigenangaben keine Bezüge zur extremen Rechten. Angeblich war es »ein NPD-Plakat, das ihn ansprach« und ihn seinen Weg in die extreme Rechte einschlagen ließ. Keine unwahrscheinliche Geschichte, ist die Verankerung der NPD in Niedersachsen zu dieser Zeit doch bekannt. In den 1980er Jahren schließt er sich der »Wiking-Jugend« (WJ) an. In dieser nach dem Vorbild der Hitlerjugend aufgebauten Jugendorganisation wird er nicht nur im Sinne des Nationalsozialismus politisiert, sondern beginnt auch ab Mitte der 1980er Jahre mit Gitarre und Gesang Lieder vorzutragen. Anfangs sind es die Runden am Lagerfeuer bei denen er seine Lieder spielte, später nimmt er diese auch auf Kassetten auf.

### »Protestnoten für Deutschland«

Die erste Produktion auf der Rennicke seine Lieder einem breiteren Publikum präsentierte erschien 1987 unter dem Titel »Protestnoten für Deutschland«. Schon diese erste Musikkassette kann als prototypisch für viele Produktionen Rennickes gelten. Musikalisch ist er der erste, der die Liedermachertradition, mit Wurzeln in der Bündischen Jugend und dem Wandervogel, aus ihrem Kontext herauslöst. Rennicke war der erste, welcher aus dieser Tradition kam und unter Beibehaltung des musikalischen Stils in den Kreisen der NPD und wenig später auch der rechten Jugendkultur populär wurde. Die akkustische Gitarre ist dabei nicht nur ein einfach und ohne jeden Aufwand zu nutzendes Instrument, sondern sie ist auch Sinnbild einer Kultur, welche ohne Technik auskommt. Schon die Instrumentierung des Liedermachers ist Teil seiner rückwärtsgewandten Ideologie. Auf Fahrt und Lager erfüllt vor allem das gemeinsame Singen eine wichtige Funktion für die Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühl, es festigt die Gruppen. Die Traditon von Rennickes Liedern reicht von der Bündischen Jugend bis zum Nationalsozialismus. Auf erstere bezieht sich auf der »Protestnoten für Deutschland«-Kassette das Lied »Unsere Stunde, die wird kommen«. In diesem heißt es: »Liegt auch die Nacht noch über dem Land, und hält die Zukunft verborgen. Einmal da wird auch das Dunkel gebannt, einmal da blüht uns der Morgen. Unsere Stunde, die wird kommen, und Deutschland entsteht wieder neu«. Bei dem Lied handelt es sich um das Bundeslied der »Heimattreuen deutschen Jugend«, neben der WJ die wichtigste völkische Jugendorganisation der damaligen Zeit. Schon auf Rennickes erster Produktion ist dessen Intention, die Verbreitung der Ideologie des Nationalsozialismus, deutlich zu erkennen. Das ist durch die gut verständlichen Liedtexte weit aus besser möglich als im Rechts-Rock. Für das klassisch politische Liedgut steht auf der Kassette der Titel »Ich bin stolz, dass ich ein Deutscher bin.« in welchem es angeblich Deutsche waren, die die Kultur, die Wissenschaft und eigentlich die ganze Welt erschufen. Ebenfalls typisch für den Liedermacherstil ist »Das Heimatvertriebenen Lied«. Lieder in denen es um Trauer und das Beklagen von Ungerechtigkeiten geht, passen zum Stil. Das Lied erzählt entkontextualisiert vom Leid einer aus dem Sudetenland vertriebenen jungen Frau, über die Hintergründe der Umsiedlung erfährt man selbstverständlich nichts. Auch das Spiel mit dem Verbotenen übte Rennicke schon damals. Das alte Soldatenlied »Auf, auf zum Kampf« ist in der Version aus dem Nationalsozialismus mit den Textzei-



len »Dem Adolf Hitler haben wir's geschworen« verboten. Rennicke läßt diese weg und ersetzt sie mit der Parole »Deutschlands Einheit, die ist noch nicht verloren. Drum schauen wir mutig, in die neue Zeit.« Schon der erste Tonträger Rennickes enthält all jene Elemente wie die ca. 30 Kassetten und später CDs die er bis heute veröffentlicht hat. Dabei schöpft er musikalisch aus den unterschiedlichsten Quellen. Das Trauerlied zu Ehren des Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess »Damals im Mai« unterlegte er mit der Musik des Kirchenliedes »Von guten Mächten wunderbar geborgen« und verlieh er dem Lied so eine sakrale Stimmung. Rennicke bediente sich bei Volks- und Wanderliedern, aber auch beim politischen Gegner. Auf seiner 1996 erschienenen CD »Andere(r) Lieder« covert er u.a. den Razzia-Walzer der 3 Tornados und Gunter Gabriels »Mann mit der Fackel«. Auch bekannte Volkslieder und Schlager addaptierte Rennicke um seinen eigenen Texten auf der musikalischen Ebene Schwung und Akzeptanz zu geben. So versah er z.B. das Lied »Eine Seefahrt die ist lustig, eine Seefahrt die ist schön« mit dem Text »Diese Rasse, die ist klasse, diese Rasse, die ist stark! Und wer was anderes da meint, hat im Gehirne wohl nur Quark! Diese Rasse, die ist klasse und sie ist so tierisch gut – seh' ich einen dieser Rasse, leb' ich auf und mir geht es wieder gut!« Rennicke versuchte in seinen Texten geschickt illegale Inhalte zu vermeiden, aber trotzdem eindeutige Botschaften zu vermitteln. Wenn er anläßlich des 20. April singt: »Ich fei're heute Adis Ehrentag, weil ich den Adolf gerne mag. Den find' ich stark, der ist ok, von wegen, das ist alter Schnee« wissen die Zuhörer wessen Geburtstag hier besungen wird. Auch wenn Rennicke im Text dann singt »Das war ein Mann, der Doktor Adolf Scherf«. Scherf war ein österreichischer Sozialdemokrat, der wie Adolf Hitler am 20. April Geburtstag hatte. Rennicke fragt zum Ende des Liedes scheinheilig »Wen soll man denn sonst an diesem Tage feiern?« Das Spiel mit der Strafbarkeit gelang Rennicke jedoch nicht immer.

### Verurteilungen

Immer wieder geriet er ins Blickfeld von Polizei und Justiz. Immer wieder wurden Liederabende von der Polizei aufgelöst oder verhindert. Eine Reihe seiner Tonträger wurden als jugendgefährdend indiziert. Am bedeutendsten war jedoch der Prozess um das »Heimatvertriebenenlied«. In dem 1984 von Rennicke geschriebenen Lied heißt es »Es gehen die Fremden in den Dörfern umher, tun so, als wäre es unsere Heimat nicht mehr.« Im Refrain heißt es »Amis, Russen, Fremdvölker raus – endlich wieder Herr im eigenen Haus!« 1999 wurde im Rahmen von Hausdurchsuchungen gegen ihn vorgegangen. Das Amtsgericht Böblingen sah in dem Lied am 22. November 2000 den Straftatbestandteil der Volksverhetzung nach § 130 und verurteilte Rennicke zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten, die zur Bewäh- →




rung ausgesetzt wurde. 70.000 Euro wurden eingezogen. Im Revisionsverfahren hob das Landgericht Stuttgart am 15. Oktober 2002 das Urteil auf und verurteilte Rennicke wegen achtfacher Volksverhetzung und wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (er vertrieb indizierte Tonträger) zu einer Freiheitsstrafe von 17 Monaten, welche zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Bundesverfassungsgericht hob am 25. März 2008 diese Urteile auf und verwies sie an das Landgericht Stuttgart zurück. Dort steht die Verhandlung immer noch aus.

### Produzent

Frank Rennicke veröffentlichte im laufe seiner musikalischen »Karriere« ca. 30 Tonträger, auf unzähligen Samplern ist er mit Liedern vertreten. Selbstverständlich auch auf den Schulhof-CDs der NPD. Seine Tonträger, zuerst waren es Musikkassetten, später CDs, produzierte er ausschließlich im Eigenverlag und vertrieb diese auch selbst. Dadurch sicherte er sich einen großen Anteil an den Einnahmen. Rennicke ist einer der wenigen Musiker der Neonaziszene, der zumindest einen großen Teil seines Lebensunterhalts mit der Musik decken dürfte.

### Konzerte

Mit ca. 500 Auftritten seit 1991 ist er wohl einer der aktivsten Musiker der Neonaziszene überhaupt. In den 1990er Jahren waren es vor allem Auftritte im Rahmen von Kulturveranstaltungen diverser Organisationen, vor allem der NPD, der JN aber auch der WJ, der FAP oder der GfP. Später spielte er auch im Rahmen von Rechtsrock-Konzerten mit Bands wie »Blutstahl« oder »Sleipnir« zusammen. Rennicke war/ist ein fester Programmbestandteil bei Veranstaltungen wie den Pressefesten der NPD, den Aufmärschen zu Ehren von Rudolf Hess oder denen anlässlich der Bombardierung Dresdens. Auch vom Randbereich des Neonazismus wurde er eingeladen. So trat er u.a. bei Burschenschaften und auf Vertriebenentreffen auf. 2005 absolvierte er im Rahmen einer NPD-Delegation Auftritte in Moskau und Petersburg, zudem trat er auch in England, Schweden, Belgien, Österreich und Frankreich auf. Überraschenderweise setzten sich die BesucherInnen von Rennickes Konzerten – bei vielen seiner Liederabende erscheinen 100–200 Teilnehmende – nicht aus der Generation der 50-jährigen und älter zusammen, sondern aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Er ist mit seinen romantisch kämpferischen, aber auch mit einem gewissen Witz gepaarten Liedern in der Lage, diese anzusprechen. Dass er inzwischen international innerhalb der extremen Rechten wahrgenommen wird, belegen nicht nur seine Konzerte im Ausland, sondern auch das 2004 in Schweden eine CD erschien, auf der schwedische Liedermacher Songs von Rennicke nachspielen.

### Bombenstimmung

Die Bedeutung von Frank Rennicke wird im allgemeinen nur in seiner Tätigkeit als Liedermacher gesehen. Damit wird seine Position und Bedeutung innerhalb des Neonazismus unterschätzt.

»Bombenstimmung« herrschte in der neonazistischen Szene 1995, der Staat hatte eine Reihe wichtiger Organisationen, unter ihnen die FAP, die NF und die WJ verboten. In der Szene kursierte das Konzept »Eine Bewegung in Waffen«. Genau in diesem Moment übergab Peter Naumann, der 1987 wegen Sprengstoffattentaten zu vier Jahren Haft verurteilt wurde und in der Szene als das »Bombenhirn« bekannt war, den staatlichen Ermittlungsbehörden zehn Waffenlager mit diversen Gewehren, Pistolen und insgesamt 27 Kilogramm Sprengstoff. Mit dabei waren auch Frank Rennicke und der damalige Chef der »Nationalistischen Front« Meinolf Schönborn. Hier wird deutlich, dass es sich nicht um



eine persönliche Aktion von Naumann gehandelt hat, sondern um einen symbolischen Akt. Dass Rennicke als Repräsentant der traditionsorientierten Strömung des Neonazismus auftrat, verdeutlicht seine Stellung. Weiteres Beispiel aus diesem Bereich ist aber auch der Auftritt als Redner bei einem Gedenkmarsch zu Ehren von Jürgen Rieger.

## Der vierte Kandidat

Anfang 2009 gab die NPD bekannt, dass sie in Absprache mit der DVU, Frank Rennicke für die Wahl zum Bundespräsidenten am 23. Mai 2009 nominiere. Das verwunderte, hatte dieser doch bisher keine bedeutenden Parteiämter inne gehabt. Doch mit ihm, der mit seinem eher konservativ bürgerlichem Erscheinungsbild nicht dem Stereotyp des Neonazis entspricht, erhoffte man sich wohl von Seiten der NPD etwas mediale Aufmerksamkeit. Diese Rechnung ging aber nicht auf. Nur die Medien der extremen Rechten, wie die »Deutsche Stimme« und die »Nationalzeitung« berichteten über Rennnickes Kadidatur, die etablierten Medien ignorierten ihn. Rennicke war vom Ablauf der Wahl, in der er kaum Erwähnung und auch nicht mehr als vier der insgesamt 1223 Stimmen erhielt, so enttäuscht, dass er eigens die Broschüre »Der vierte Kandidat – Bericht eines totgeschwiegenen Bewerbers« schrieb. Trotzdem schickt ihn die NPD bei der am 30. Juni 2010 anstehenden Neuwahl für das Amt des Bundespräsidenten erneut ins Rennen.

## Völkischer Spießer mit Nachwuchs

Frank Rennicke stellt den Prototyp des Traditionalisten dar, sein CD Titel »Ich bin nicht modern« könnte als Lebensmotto gewertet werden. Nicht nur weil er in seinen Liedern das »Gestern« inklusive des Nationalsozialismus verherrlicht, sondern auch was sein Erscheinungsbild und seine Lebensgestaltung betrifft. Zur letzten Wahl des Bundespräsidenten erschien der Seitenscheitelträger in Trachtenhemd, -janker und Lederhose, für ihn eine nicht untypische Bekleidung. Rennicke, der seit 1989 verheiratet ist und sechs Kinder hat, baut inzwischen im fränkischen Altengreuth einen alten Hof aus. Er, der sich als »Vorzeigemenschen« bezeichnet, will dort zusammen mit anderen Kameraden eine Siedlung fernab der »multikulturellen« Großstädte gründen.

Rennicke ist der wohl bedeutendste neonazistische Liedermacher, er kann als stilprägend bezeichnet werden und ist das Vorbild für hunderte von Kameraden die zur Gitarre greifen. Seine Bedeutung erschöpft sich jedoch nicht in dieser Tätigkeit. Er ist ein wichtiger Vertreter des traditionellen Neonazismus und anerkannter Kader von der NPD bis hin zum militanten Neonazismus. Dass Rennicke, der sich in die Mitte der Volksgemeinschaft träumt, jedoch für die »Autonomen Nationalisten« kein Verständnis hat und sie als »Bürgerschreck« bezeichnet, ist in seiner kulturkonsverativen Haltung begründet, welche die Wahrung der Tradition höher schätzt als die Gewinnung neuer Anhänger.

»Nachwuchs« hat Rennicke auch im übertragenem Sinn. Ca. 25 bis 30 Liedermacher mit extrem rechtem Hintergrund sind derzeit in der BRD aktiv. Für diese war Rennicke stilprägend und ist bis heute das große Vorbild. Auch wenn die anderen Aktivitäten in der extremen Rechten nicht unterschätzt werden dürfen, so ist es doch seine Bedeutung als Liedermacher, die Rennicke aus den Reihen der Vielzahl an Funktionären und Kadern des Neonazismus heraushebt. ■

# Neonazis, Lügen und Videos

## Auch nach dem Brandanschlag ist in Zossen der Groschen nicht gefallen

**Dass das »Haus der Demokratie« in Zossen in einer schäbigen Holzbaracke untergebracht war, könnte für diesen Ort nicht sinnfälliger sein. Dass diese in der Nacht zum 23. Januar 2010 einem Brandanschlag von Neonazis zum Opfer fiel, passt ins Bild.**

Zossen ist eine jener brandenburgischen Kleinstädte, für die das Wort Tristesse noch eine freundliche Beschreibung des trostlosen Alltag darstellt. Zum Jahreswechsel 2009/2010 kam es dort mehrfach zu Hakenkreuzschmierereien, gezielten Sachbeschädigungen und Morddrohungen gegen engagierte Einzelpersonen. Bei einem Anschlag Ende Januar brannte das »Haus der Demokratie« komplett nieder (vgl. AIB # 86). Obwohl mehrere Täter ermittelt werden konnten, halten örtliche Neonazis nicht die Füße still, sondern setzen auf den Rückzug in die Parteistrukturen der NPD.

Das Brandenburger LKA hatte die Brandstiftung schnell aufgeklärt: Binnen weniger Tage war der damals 16-jährige Daniel S. als Haupttäter ermittelt worden und gestand. Er sei in der Szene jedoch nur ein Mitläufer, der sich mit der Tat habe profilieren wollen, hieß es. Deswegen suchte man nach möglichen Anstiftern und wurde unter anderem bei den beiden maßgeblichen Protagonisten der Neonaziszene in Zossen, Daniel Teich und Christoph Sch., sowie bei Julian B. aus Berlin-Rudow fündig, der enge Kontakte zu den Beiden pflegt und bereits 2008 nach rassistischen Brandanschlägen ins Visier der Polizei geriet.[1]

Einem Ermittlungsansatz zufolge zeichnen die Neonazis um Teich und Sch. für die meisten Taten in Zossen verantwortlich. Ganz offen gibt Teich zu, im Juli 2009 das Wohnhaus des Sprechers der lokalen Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« besprüht und ihm im August sogar mit Mord gedroht zu haben.[2] Zudem war er dabei als, kurz nach der Eröffnung, in das »Haus der Demokratie« eingebrochen, das Inventar verwüstet und ein Feuerlöscher entleert wurde.

### Freie Kräfte machen mobil

Bis dato gehörten die Zossener Neonazis zu den »Freien Kräften Teltow-Fläming« (FKTF). Der Name dient dabei vor allem als Überbau für örtliche, in losen Cliquen organisierte Neonazis in einzelnen Schwerpunktregionen des Landkreises, wie eben Zossen, aber auch Ludwigsfelde und Blankenfelde. Antifaschist_innen erkannten schnell, dass der kreisweite Anspruch, den der Name suggerieren soll, real nicht erfüllt werden kann. Es wird von einem Mobilisierungspotenzial von insgesamt rund 50 Personen ausgegangen.

Zuletzt wurden im Februar sechs Mitglieder der FKTF, unter ihnen Teich, wegen »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole« verurteilt. Sie hatten im Mai 2009 auf einem Flugblatt die BRD als »erbärmlich feigen Staat« bezeichnet.

Intern geriet der Zossener Zusammenschluss seit September 2009 zunehmend in die Kritik, weil sie gegen


[1]

1| http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/brandanschlaege-dritter-neonazi-in-verdacht/1251072.html
2| Vgl. Spiegel 19/10.05.2010
3| VS-Bericht Brandenburg 2009
4| Der Skandal beschäftigte tagelang die Lokalredaktion der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« (MAZ), die in Boulevardmanier titelte: »Entsetzen in Chor und Kirche: Neonazi Rainer Link war im Berliner Oratorienchor bislang unauffällig.«, in: MAZ vom 23.12.2008
5| Rainer Link in »SCHMAZ«, ein Flugblatt mit Gegendarstellungen zur MAZ-Berichterstattung
6| Ebd. und MAZ vom 26.11.2008 http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11370390/61939/

andere Abmachungen eigenmächtig einen misslungenen Aufmarsch von »gerade einmal 20 eher Minder- denn Volljährigen«[3] aus Zossen und Umgebung organisiert hatten. Unter den Teilnehmenden befand sich auch Julian B.

### Zossen zeigt Gesicht

Gegen den Aufzug protestierten damals mehrere hundert Antifaschist_innen, Anwohner_innen und Mitglieder der Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht«. Eine Selbstverständlichkeit war das nicht, denn besonders sensibel war man vor Ort beim Umgang mit Neonazis in der Vergangenheit nicht gewesen. Das änderte sich erst im November 2008 schlagartig, als der damals bereits überregional bekannte »Reichsbürger« Rainer Link für einen Eklat sorgte. Als vor seinem Internetcafé in der Berliner Straße »Stolpersteine« für während der Nazizeit ermordete jüdische Bürger_innen verlegt werden sollten, forderte der Neu-Zossener deren Entfernung und griff einen Anwesenden sogar tätlich an.[4]

Der Vorfall offenbarte der Gemeinde erst, wer da eigentlich seit 2006 in bester Innenstadtlage unter ihnen weilte. Damals gründeten beherzte Zossener_innen die Initiative »Zossen zeigt Gesicht«.

### Zossener Verhältnisse

Offen antisemitische Hetze gegen die »Schuldkultsteine«[5] bis hin zur Schmähung: »Wenn ich gewusst hätte, dass in dem Haus jemals Juden gewohnt haben, hätte ich das Objekt nie gekauft«[6], führten dazu, dass sich die örtliche Kameradschaft der »Freien Kräfte« hinter Link sammelte. Seitdem war Zossen Schwerpunktregion der Szene. Einzelne Neonazis konnten sogar bei Link im Internetcafé arbeiten. Zudem wurden Treffen mit VertreterInnen der örtlichen DVU und Horst Mahler im Laden beobachtet.

Dennoch kam es im folgenden Jahr bereits zum Zerwürfnis, an dessen Ende der Selbstmord Links stand. Seine Angestellten fanden nach eigenen Angaben kinderpornografisches Material auf seinen Rechnern, welche wenig später bei einem Einbruch verschwanden. Die Polizei stieß nach Razzien bei Sch., Teich und anderen wegen der bereits erwähnten Flugblätter eher zufällig auf diese Dateien. Es hieß: »Mehrere Bilder [zeigten] L. gemeinsam mit Kindern in einer Weise (...), dass die Fahnder einen Anfangsverdacht wegen Kindesmissbrauchs erkannten«.[7] Es folgten Ermittlungen gegen Link. Am 30. November 2009 fand man ihn samt Abschiedsbrief und mehreren leeren Tablettendosen tot in seiner Wohnung. Doch mit seinem Selbstmord spitzte sich die Auseinandersetzung erst richtig zu: Auf dem neonazistischen Internetportal »Altermedia« bekannten sich die Computer-Diebe zu ihrer Tat mit der Begründung, die Rechnerdaten erst auswerten und sichern und »dann anonym der Polizei zukommen«[8] lassen zu wollen. Diese Motive überzeugten jedoch nicht alle Anhänger Links, die dahinter wahlweise staatliche Verschwörung oder »Kameradenverrat« witterten.

Doch selbst nach diesen Vorkommnissen und dem Brandanschlag, ging es munter weiter: Bei einer Gedenkkundgebung zur Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 2010 auf dem Zossener Marktplatz, erschienen Teich, Sch. und B. mit rund 15 Gleichgesinnten, um durch »Lüge«-Rufe, Trillerpfeifen und einem Hitlergruß die Anwesenden zu provozieren. Die massiv präsente Polizei schritt nicht ein, eine polizeiliche Videoaufnahme der Aktion war im nachhinein plötzlich gelöscht. Anwesende mussten erst bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten, damit gegen die Neonazis und letztlich auch die Polizisten »unter dem Aspekt der Strafvereitelung im Amt« ermittelt wurde.[9] Seither gibt es eine Sonderkommission des LKA zur Aufklärung der Zossener Vorfälle.




[1] Aufmarsch auf dem Gehweg: 20 Neonazis protestierten gegen die Eröffnung des Hauses für Demokratie am 12. September 2009. Hier im Bild: die Zossener Neonazis Christoph Sch. (1.v.r.), Daniel Teich (2.v.r.) und Julian B. (1. v.l.)

Neuerdings lässt sich in der Neonaziszene eine Entwicklung beobachten, wie sie nicht zum erste Mal angesichts von Repression vollzogen wird: Immer häufiger wird in Zossen unter dem Label der NPD agiert. Obwohl bereits vor dem Brandanschlag NPD-Wahlkampf und ähnliches in der Region ausschließlich von »Freien Kräften« oder auswärtigen Kameraden getragen wurde, da Parteistrukturen de facto nicht existierten. Nun wird versucht, das Potential im Landskreis zu einem NPD-Kreisverband zusammenzufassen. Veranstaltungen, die vorher unter dem FKTF-Label (neuerdings auch »Nationale Sozialisten Zossen«) stattfanden, laufen jetzt unter dem der NPD.

Die Lokalpolitik verkennt die Problemlage bis heute konsequent. Die Zossener Bürgermeisterin Michaela Schreiber von der kommunalen Listenvereinigung »Plan B« etwa, kritisiert die Bürgerinitiative als zu »linkslastig«[10] und warnt nach Neonaziaktionen vor »Links- und Rechtsextremisten«. Obwohl dieses Verhalten durch den Brandanschlag auch bundesweit wahrgenommen und kritisiert wurde, hält sie an ihrer Linie fest und ist sich dabei der Unterstützung lokaler Parteigliederungen sicher. Antifaschist_innen sehen sich daher nicht nur mit sich verfestigenden Neonazistrukturen in Zossen konfrontiert, sondern auch mit einem politischen Klima, das ihr Engagement eher kriminalisiert als unterstützt. ■

7| MAZ vom 02.12.2009
8|http://de.altermedia.info/general/kinder-porno-verdacht-warum-sich-rainer-link-das-leben-genommen-haben-soll-02-12-09_38003.html
9| http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/Polizisten-im-Visier-der-Staatsanwaltschaft;art25,2855289
10| http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/verein-wirft-buergermeisterin-politische-brandstiftung-vor/1674522.html

# »Pro NRW«: Der Riese unter den Zwergen

## NRW-Landtagswahlergebnisse der extremen Rechten

Mit 1,4 % der Zweitstimmen hat »pro NRW« bei der Landtagswahl im einwohnerstärksten Bundesland die extrem rechte Konkurrenz abgehängt. Die NPD erreichte nur noch 0,7 % (2004: 0,9 %) und den »Republikanern« kamen beinahe zwei Drittel ihrer Wählerschaft abhanden. Sie landeten bei 0,3 % (2004: 0,8 %).

Tomas Sager

107.476 BürgerInnen votierten mit ihrer Zweitstimme für »pro NRW«. Von den Wahlzielen der »Bürgerbewegung« – anfänglich war ernsthaft ein Einzug ins Landesparlament angepeilt worden, später ging es mehr um einen »Achtungserfolg« irgendwo oberhalb von zwei Prozent – blieb man aber deutlich entfernt. Die höchsten Ergebnisse erzielte »pro NRW« in Duisburg IV (4,6 %), Gelsenkirchen II (4,1 %), Gelsenkirchen I (4,0 %), Duisburg II (3,9 %), Duisburg III und Leverkusen (jeweils 3,8 %), Remscheid (3,6 %), und im Rhein-Erft-Kreis I (3,5 %). Kaum etwas zu holen gab es hingegen im Münsterland mit den schwächsten Ergebnissen in zwei Steinfurter Wahlkreisen (0,2 %). Dabei war »pro« in einzelnen Fällen auch in Regionen erfolgreich, in denen es bei der Kommunalwahl 2009 für einen Wahlantritt noch nicht gereicht hatte, so in Duisburg, Remscheid und Solingen. In Köln hingegen kam »pro NRW« nur auf 2,5 % stadtweit; bei der Kommunalwahl hatte »pro Köln« 5,4 % geholt.

### »Eine rechtspopulistische Plattform schaffen«

Trotz der verfehlten Wahlziele zeigte sich »pro NRW«-Chef Markus Beisicht insgesamt zufrieden. »Die Bürgerbewegung ist stärker als alle verbrauchten, alten Rechtsparteien zusammen, obwohl diese mit allen Mitteln um einen Erfolg gekämpft haben.« Insbesondere freute er sich, dass »pro« künftig in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung kommt. Beisicht: »Wenn wir jetzt auch finanziell ordnungsgemäß staatlich aufgepäppelt werden, dann besteht eine sehr gute Chance, eine sehr gute Perspektive, dass wir in fünf Jahren das umsetzen, was wir eigentlich schon heute umsetzen wollten.« Bundesweit sei es das Ziel, »die Voraussetzungen für die Schaffung einer modernen, demokratischen,I rechtspopulistischen neuen Plattform zu schaffen«.

»Pro Deutschland«-Chef Manfred Rouhs blickt derweil schon mal auf die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im nächsten Jahr. Nun gelte es, alle Kräfte in der Hauptstadt zu konzentrieren. Rouhs sehe, so »pro NRW«, »seinen politischen Schwerpunkt zukünftig in Berlin« und sei »daher von seinen Aufgaben« als Leverkusener Fraktionsgeschäftsführer »einvernehmlich entbunden« worden.

Die nicht neonazistische Konkurrenz im Lager der extremen Rechten ließ »pro NRW« weit hinter sich. Die REP kamen nur noch auf 23.330 Stimmen. 2004 waren es 67.220 gewesen. Lediglich in drei Wahlkreisen erreichten sie eine 1 vor dem Komma: Düsseldorf IV (1,2 %), Herne I (1,2 %) und Aachen III (1,0 %).

Auf die NPD entfielen 55.400 Zweitstimmen. 2004 hatten 73.969 BürgerInnen ihr Kreuzchen bei der neonazistischen Partei gemacht. Erwartungsgemäß erzielte die NPD überdurchschnittliche Ergebnisse vor allem im Ruhrgebiet und im Südwesten des Landes. Die Wahlkreise mit den höchsten Werten: Bochum III – Herne II (1,6 %), Unna II und Düren I (jeweils 1,5 %), Dortmund I, Düren II – Euskirchen II, Märkischer Kreis I, Oberhausen I, Essen I – Mülheim II (jeweils 1,4 %), Heinsberg I (1,3 %).

### Ausnahmslos desolat

Noch ehe sich die NPD zum Wahlergebnis äußerte, meldeten sich »parteifreie« Neonazis vom »Koordinierungs-




netz Ruhr-Mitte«, der früheren »AG Ruhr-Mitte«, zu Wort. »Pro NRW« habe »das geschafft, was der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer seit Jahren als unmöglich darstellt. Mit einem starken Schwerpunktwahlkampf weit über 1 Prozent einfahren«, bilanzierten sie. Einen Wahlkampf der NPD habe es in weiten Teilen des Landes nicht gegeben. Öffentlichkeitswirksame Aktionen der NPD hätten sich »auf das ›Dagegensein‹ bei ›pro‹-Veranstaltungen« beschränkt. Unter »Personen wie Claus Cremer und dem von ihm seit Jahren installierten Marionettenvorstand« könne man keine »nationale Arbeit verrichten, erst recht keine radikale Oppositionsarbeit«. Die »Kameradschaft Hamm« ergänzte: »Wenn in einer Millionenstadt wie Köln (0,3 %) oder in vielen anderen Regionen kein vernünftiger Wahlkampf gemacht wird, kann die Partei auch nicht erwarten, daß die Wähler die NPD als ernstzunehmende politische Kraft erkennen.«

In Durchhalteparolen übte sich direkt nach der Wahl NPD-Chef Udo Voigt. »Wir haben die besseren Argumente, wir sind die wirkliche Alternative und wir werden weiter kämpfen«, ließ er trotzig verlauten und richtete seine Hoffnungen darauf, dass irgendwann die jetzigen Nichtwähler die NPD in Massen unterstützen: »Wir wissen, dass Millionen Wahlberechtigte (in NRW waren es fast die Hälfte) ›Gewehr bei Fuß‹ stehen, aber von ihrer Waffe – gemeint ist der Stimmzettel – noch die Finger lassen. Das ist heute so, kann sich morgen aber schon sehr wesentlich ändern.« Von einer kritischen Analyse des Ergebnisses hielt er wenig: »Wir können sicher selbstkritisch den einen oder anderen Fehler bei uns suchen und finden, an der Großwetterlage ändern wird dies auch nichts.«

Eine Woche nach der Wahlpleite bohrte der NRW-Landesvorstand der Partei dann doch etwas tiefer: »Strukturelle Defizite im größten Bundesland« seien eine der Ursachen für das schlechte Abschneiden. In der Tat bewies die Wahl vom 9. Mai 2010 erneut, dass die NPD in Teilen des Landes kaum bis gar nicht mit arbeitsfähigen Strukturen präsent ist. Das betrifft vor allem das Münsterland, Ostwestfalen sowie weite Teile der ländlichen Regionen in Südwestfalen und am Niederrhein. Doch auch in einigen Großstädten hat die NPD erhebliche Probleme. In den Kölner Wahlkreisen reichte es gerade einmal für Ergebnisse zwischen 0,1 und 0,5 %, in Bonn für 0,2 %. In Duisburg – ehemals so etwas wie eine »Hochburg« der Partei in NRW, zugleich aber auch einer der Kreisverbände, denen parteiintern Inaktivität vorgehalten wird – halbierte sich das Ergebnis verglichen mit der Bundestagswahl vom vorigen September in etwa.

Die NRW-NPD beließ es bei ihrer Analyse des von ihrem Vorstand »ausnahmslos als desolat« bewerteten Wahlergebnisses nicht bei der Suche nach strukturellen Schwachstellen. Sie beklagte sich auch über eine mangelnde Unterstützung des Bundesvorstands und anderer Landesverbände. Eine der Ursachen für die Wahlpleite sei die »schlechte finanzielle Ausstattung durch die Bundespartei«. Dem Parteivorstand wird zudem vorgeworfen, er habe »mit wenigen Ausnahmen« die Landtagswahl »augenscheinlich ignoriert« – wobei wohl Parteichef Voigt, der immerhin zum Wahlkampf an den Rhein kam, zu den Ausnahmen gerechnet werden dürfte.

Auf die Frage, welche Folgen das Wahlergebnis für den politisch-inhaltlichen Kurs und für das Verhältnis zu parteifreien Neonazis haben könnte, geht der Landesvorstand mit keinem Wort ein. Wenige Tage vor seiner Sitzung war der NS-Flügel der Partei aber schon einmal vorgeprescht. Der stellvertretende Landesorganisationsleiter Ingo Haller empfahl einen ungeschminkt radikalen Kurs, wie er auch in seinem Kreisverband Düren gepflegt wird. Er beklagte »die mangelnde Zusammenarbeit einiger Verbände mit den freien Kräften in ihrer Region«. Es gehe darum, meint er, »den Weg des radikalen Kampfes um die Straße und damit um die Köpfe der Menschen, die uns den Kampf um die Parlamente ermöglichen, weiterzuführen«. Haller: »Es bleibt zu hoffen, dass unsere Politik auch vom Landesvorstand als die einzig sinnvolle erkannt und für die Gesamtpartei in NRW umgesetzt werden wird.« Der Streit darüber dürfte bald folgen. ■

# Strategische Gehversuche – mäßiger Erfolg

Nach dem Scheitern des traditionellen Großaufmarsches der Neonaziszene in Dresden im Februar diesen Jahres (vgl. AIB 86), sollte am 1. Mai in Berlin ein motivierendes Ereignis für die rechte Erlebniswelt geschaffen werden. Hierzu wurde vom Vorbereitungskreis um den Demonstrationsanmelder Sebastian Schmidtke (NPD Berlin) und Neonazis der Berliner Kameradschaftsszene um die Internetseite »NW Berlin« (Nationaler Widerstand Berlin) versucht, ein neues Modell in Sachen rechter Demonstrationsstrategie zu etablieren.

Prämisse der Planung und wichtigste Zielsetzung schien gewesen zu sein, in jedem Fall irgendwie und irgendwo zu laufen und nicht in einem Polizeikessel stehen zu bleiben, falls antifaschistische Gegendemonstrant_innen die Straßen blockieren. An diesem Vorhaben wollte die regionale Neonaziszene um jeden Preis festhalten. Auch wenn dadurch die erhoffte Außenwirkung einer großen, gemeinsamen Demonstration nicht mehr gegeben war und stattdessen der individuelle Aktionsdrang Einzelner eine – zumindest kurzzeitige – Befriedigung finden sollte. Ergebnis dieser neuen »Strategie«: 286 Fest- und Ingewahrsamnahmen bei der Durchführung einer »Spontan«-Demonstration und stundenlanges Warten für etwa 500 angereiste Neonazis am offiziellen Startpunkt der angemeldeten 1. Mai-Demonstration in Berlin-Prenzlauer Berg.



[1] Die Reihen fest geschlossen: Ängstliche Neonazis am 1. Mai 2010 auf dem Kurfürstendamm in Berlin.

## Bundesweite Vorbereitung

Bereits Anfang Februar 2010 lud »Sebastian« von der »Versammlungsleitung Mai 2010« über die »Demoleitung / NW-Berlin« bundesweit zu einem »Koordinierungstreffen 01. Mai« nach Magdeburg ein. Er wollte damit an eine Vernetzung der »Freien Kräfte« bezüglich der (verbotenen) rechten 1.-Mai-Demonstration 2009 in Hannover anknüpfen und eine »gemeinsamen Gestaltung des 1.5.2010« bzw. »weitere Aktionen/Demos etc. in Zukunft« gemeinsam planen.

Nach Beobachtungen regionaler Antifaschist_innen folgten Neonazis u.a. aus Berlin, Brandenburg, NRW und Sachsen-Anhalt der Einladung.

Die Internetseite der Berliner Kameradschaftsszene stellte zu diesem Treffen rückblickend etwas kryptisch fest: »Natürlich gab es berechtigte sorgen, dass die Demo, wie bereits in Leipzig und Dresden im Kessel endet, aber auch um diesen Punkt machte man sich zusammen mit Kameraden aus anderen Bundesländern Gedanken und gelang zu einer Lösung«[1].

## Dezentrales Konzept per SMS-Verteiler

Die Ergebnisse dieses Treffens bzw. besagte Lösung mit praktischer Umsetzung wurden durch die »Demoleitung / NW-Berlin« bereits am 25. April 2010 überregional »an die Gruppen die noch wichtig sind« bekannt gegeben. Die Anreise sollte bundesweit in Gruppen erfolgen, die sich an fünf von Neonazis betreuten Anfahrtstreffpunkten in und um Berlin sammeln sollten. Für Bahnreisende aus Richtung Magdeburg und Leipzig wurde je ein Bahnhof mit exakten Angaben zu Uhrzeit und Gleis benannt. Züge, PKWs und Busse aus dem Norden und Nordwesten wurden an einem Bahnhof vor den Toren Berlins zusammengefasst. Für Busse gab es die Handynummer der »Demoleitung / NW-Berlin« zum Anmelden und auch PKWs konnten sich bei einem Infotelefon ab dem 30. April den genauen Parkplatz verraten lassen. Zwei weitere S-Bahntreffpunkte in Berlin sollten als Sammel-

punkte für regionale Neonazis dienen, die mit dem öffentlichen Nahverkehr anreisen wollten. Von hier aus sollte die Koordination mittels eines zentralen SMS-Verteilers erfolgen. Dieser sollte die Gruppen an den Treffpunkten zueinander geleiten. Sie wurden angewiesen dort so lange zu warten, bis das Kommando zum losfahren kommt.

**»Plan B«**

In den späten Abendstunden des 29. April wurden die »letzten Infos zur Demo« von der »Demoleitung / NW-Berlin« verbreitet. Hier wurde ein »Plan B« bekannt gegeben: Um 11:30 sollte eine SMS mit der Information »wieviel Personen ihr am Treffpunkt seid und wieviel Bullen ihr ca vor Ort habt« an die offizielle und auf allen entsprechenden Internetseiten veröffentlichte Handynummer der Versammlungsleitung geschickt werden. »Danach kommt eine SMS mit der Lage vor Ort und dem weiteren vorgehen«. Zusätzlich wurde die Telefonnummer eines SMS-Verteilers und eines Ermittlungsausschusses benannt. Falls es am angemeldeten Auftaktort schlecht aussieht, würde eine SMS mit »Plan B« an die wartenden Gruppen an den Treffpunkten gehen. Dieser wurde auch gleich mitveröffentlicht: Es handelte sich um drei Karten mit Demonstrationsrouten durch Berlin. »Plan B für Treffpunkt Oranienburg (Busse/PKW)« sah eine Route vom Bahnhof Messe Nord ICC zum Bahnhof Zoologischer Garten durch Berlin Charlottenburg vor. »Plan B für Treffpunkte Südkreuz und Wannsee« sah eine Route vom Potsdamer Platz durch die Berliner Innenstadt zum Bahnhof Friedrichstraße vor. Hierbei sollten gezielt die Landesvertretung Niedersachsens, das Holocaustdenkmal, das Brandenburger Tor und der Reichstag angesteuert werden.

Für den Fall, dass die nötigen S-Bahnlinien blockiert sind, wurde Kartenmaterial mit einer Demonstrationsroute durch Berlin-Schöneberg mitgeliefert. »Es ist auch bei Plan B mit einer gewissen Polizeipräsenz zu rechnen« warnte die »Demoleitung / NW-Berlin« und stellte unmißverständlich klar: »Entschlossenheit ist also das A und O, wir müssen an diesem Tag unser Recht auf Demonstrationsfreiheit durchsetzen«

Falls »alles schief läuft« würde es zu guter Letzt auch noch einen »Plan C« geben, der erst vor Ort bekannt gegeben werde.

**»Plan C« = Plan Chaos?**

Soweit sollte es aber gar nicht erst kommen. Der Umzingelung von etwa 10.000 Antifaschist_innen am angemeldeten Auftaktort in Prenzlauer Berg ausgesetzt und in der Annahme hier keine großen Sprünge, geschweige denn Kilometer zurücklegen zu können, machten sich etwa 320 Neonazis von einigen der benannten Sammelpunkte auf, die neue »Strategie« umzusetzen.

In dem Bewusstsein, dass »eine Demonstration immer nur ein Teil einer Kampagne« ist, stoppten diese ihre gemeinsame Anreise am S-Bahnhof Halensee und formierten sich kurzzeitig auf dem Kurfürstendamm, nachdem die überforderte Polizei, welche die Anreisenden begleiten sollte, ein Aussteigen nicht verhindern konnte. Doch diese geschlossene Formation, konnte trotz im Vorfeld durchgeführtem »Demotraining« in Berlin nur bis zum Erscheinen weiterer Polizeieinheiten bestehen. Der »Marsch der 350« wurde schnell zerstreut und im Anschluss 286 Neonazis zwei Stunden lang eingekesselt, einzeln kontrolliert und dann in Gewahrsam genommen.

Unabhängig dieser eher missglückten Aktion zeigt sich, dass in der Berliner Neonaziszene ein gewisser Kompetenzgewinn stattgefunden hat, was die in Ansätzen konzeptuelle Vorbereitung, das kampagnenartige Vorgehen und die mediale Begleitung betrifft.

Diese Ansätze fußen jedoch weniger auf solider Organisierung oder personeller Stärke. Vielmehr sind sie Ausdruck gestiegenen Selbstbewusstseins, erhöhter Risikobereitschaft sowie der mehrjährigen Erfahrung und der vorbereitenden Schulungen der wenigen vorhandenen Kader. Ob dies langfristig die Berliner Szene aus ihrer relativen Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit holt, darf bezweifelt werden. Durch die erforderliche Konspirativität in Planung und Durchführung ist die Teilnahme verstärkt einem festen Kern vorbehalten. Auch besteht offensichtlich die Unfähigkeit, aus der eigenen Schwäche die Notwendigkeit einer langfristigen ›Aufbau‹-Strategie abzuleiten und umzusetzen, statt nach wie vor den Schwerpunkt auf die Konfrontation mit dem politischen Gegner zu legen. Der ideologische Hang zu einem gewalttätigen Habitus kann zwar mobilisierend wirken, weicht aber in der Praxis schnell einer Ernüchterung, wenn er sich in der Nachbetrachtung an den formulierten Ansprüchen messen lassen muss.

Und so herrscht auch nach dem 1. Mai 2010 szeneintern eher demotivierte Zurückhaltung bei der Bewertung der ›neuen Strategie‹ und der Situation in Berlin. Anders die veröffentlichte Einschätzung aus der Berliner Neonaziszene. Auch wenn ihre Selbstbeweihräucherung anlässlich der »neuen Demotaktik« heroisierend erscheint und eine »Militanz auf der Straße« mehr Wunschdenken als Realität blieb, konnten sie in dem 15-minütigen Sprint doch etwas mehr Strecke zurücklegen, als die wartenden »Kameraden« im Prenzlauer Berg, die glatte fünf Stunden für die 800 Meter vom Auftaktort und wieder zurück brauchten. Die nächsten größeren Neonazidemonstrationen werden zeigen, ob sich diese Art der »Arbeitsteilung« langfristig durchzusetzen vermag. ■

1| bei allen Zitaten Rechtschreibung im Original

# Die Mörder von Alberto Adriano und ihr Umfeld

## Ein rechtes Milieu von (potentiellen) Mördern

Der gebürtige Mosambikaner Alberto Adriano war am 11. Juni 2000 im Dessauer Stadtpark von drei Neonazis so schwer misshandelt worden, dass er drei Tage später offiziell für hirntot erklärt wurde.

Dieser Mord ist, neben drei weiteren an Obdachlosen in Mecklenburg-Vorpommern und dem Sprengstoffanschlag auf jüdische Migrant_innen in Düsseldorf am 27. Juli 2000, Anlass für eine Debatte, die schließlich in dem sogenannten »Aufstand der Anständigen« mündet. Andere Taten finden sich eher in der regionalen Presse wieder, obwohl die Täter in ähnlichen Mord(versuch)-Fällen dem gleichen rechten Milieu entstammen.

### Der Mord an Alberto Adriano

Es ist der Abend des Pfingstsamstag 2000. Der 24-jährige Enrico Hilprecht aus Burxdorf bei Bad Liebenwerda (Brandenburg) macht sich in Bomberjacke, Neonazi-T-Shirt und 14-Loch-Springerstiefeln auf den Weg zu einem »Oi!-Konzert« nach Jessen. Als er begreift, dass er sich im Tag geirrt hat, entscheidet er sich zu einem Besuch der Eltern in Bernburg. In Dessau verpasst er seinen Anschlusszug und trifft beim Warten auf die zwei 16-jährigen Neonazis, Christian R. und Frank M. aus Wolfen. Die beiden haben das selbe Problem – auch sie haben auf dem Weg von Köthen nach Wolfen keinen Anschlusszug. Die Neonazis erkennen sich an typischer Szenekleidung wie einem »CONSDAPLE«-Hemd als »Kameraden« und vertreiben sich gemeinsam die Zeit mit Alkohol. Nachdem sie noch einen schimpfenden Betrunkenen beim Bundesgrenzschutz gemeldet hatten, verlassen sie den Bahnhofsvorplatz, um sich bei »einem Fußmarsch aufzuwärmen«. Unter Rechtsrock-Liedern und Parolen wie »Sieg Heil!«, »Hier marschiert der nationale Widerstand« und »Juden Raus!« ziehen sie Richtung Stadtpark.

Im Stadtpark läuft ihnen gegen 1.45 Uhr Alberto Adriano über den Weg. Der 39-jährige Fleischer wird rassistisch bepöbelt und schließlich angegriffen. Er geht zu Boden und wird minutenlang vor allem gegen den Kopf getreten. Nach kurzer Pause kehren die Täter zu dem bewusstlosen Mann zurück, rauben ihm Uhr, Schlüssel und Geld, treten wieder minutenlang auf ihn ein und entkleiden ihn auch noch. Dass Anwohner_innen die Polizei alarmieren, verhindert zwar nicht die Tat, führt aber zumindest zur sofortigen Festnahme der Männer.

### Der Prozess gegen die Mörder

Schon zehn Wochen später beginnt vor dem Oberlandesgericht Naumburg (es tagt in Halle/Saale) der Prozess. Neben dutzenden Pressevertreter_innen, Angehörigen und Freund_innen des Ermordeten, Antifas und Vertreter_innen aus Politik und Zivilgesellschaft wollen auch Freunde der beiden Wolfener Mörder Adrianos am öffentlichen Teil des Prozesses teilnehmen. Andreas Danger (21) und Marcel D. (16) aus Wolfen singen vor dem Justizzentrum »Alberto hat zu lang' gelebt, doch Franki hat ihn weggefegt« und werden daraufhin festgenommen. Das Urteil wird eine Woche später auf lebenslang für Enrico Hilprecht sowie jeweils neun Jahre Jugendstrafe für Christian R. und Frank M. wegen Mordes lauten.

### Ein weiterer Mord

Am 24. Mai 2001, dem sog. »Männertag«, will der vor dem Adriano-Mord-Prozess auffällig gewordene Andreas Danger zusammen mit Ronny Hackel (21) und Maria B. (18) nach einem Ausflug zum Hexentanzplatz in Thale in der Wohnung von Hackel in Wolfen weitertrinken. Maria B. wird zwei Tage später von ihrer Mutter vermisst gemeldet. Angeblich war sie vom »Nachschubholen an der Tankstelle« nicht zu Ronny Hackel und Andreas Danger zurückgekehrt. Vier Wochen später

werden in der Wohnung Blutspuren gefunden. Ronny Hackel und Andreas Danger werden daraufhin festgenommen. Schließlich führt Danger die Polizei zur Leiche von Maria B. Die beiden Verdächtigen belasten sich gegenseitig. Um zu klären, wer welchen Tatbeitrag geleistet hat, wird auf einer Mülldeponie ein 5.000 Kubikmeter großes Gelände nach Beweisen durchsucht. Das Verfahren wird dadurch mit ca. 1,5 Millionen Euro Kosten eins der bis dahin teuersten der bundesdeutschen Justizgeschichte. Schließlich steht fest: Hackel hatte Maria B. mit Alkohol regelrecht abgefüllt, um sie gefügig zu machen und mutmaßlich zum Sex zu zwingen. Im Machtrausch holt er ein Messer und sticht mindestens siebzehn mal auf die junge Frau ein. Anschließend wird die Leiche entkleidet, im Bad am ganzen Körper rasiert, wieder angezogen und zwei Kilometer durch die Stadt zur Fuhneaue getragen um sie dort zu vergraben. Unterwegs unterhält sich Andreas Danger sogar noch mit einem Bekannten, ohne dass dieser Verdacht schöpft. Hackel wird im Oktober 2003 wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, Andreas Danger wegen Beihilfe zu acht Jahren und sechs Monaten.

### Ein achtfacher Mordversuch

Einen Tag nach dem Fund der Leiche von Maria B., am 28. Juni 2001, findet in Wolfen die Feier zum 16. Geburtstag von Andreas F. statt. Zu den Gästen gehören, wie seine Mutter Karin F. später bei Gericht aussagen wird, 25 bis 30 Leute der »manche würden sagen Naziszene« aus der Region Bitterfeld/Wolfen und aus Staßfurt. Die Mutter dürfte wissen, wovon sie spricht, immerhin war sie zeitweilig für die DVU aktiv. Unter den Gästen die ebenfalls vor dem Adriano-Mord-Prozess auffällig gewordenen Marcel D. und Per »Odin« Meier (19). Zwischen Reichskriegsfahne, Alkohol und Rechtsrock hört Meier davon, dass seine Ex-Freundin Maria B. tot ist. Umgebracht unter Beihilfe des Bruders seines Freundes Marcel D. Angeblich dadurch wird in der Nacht ein lang gehegter Plan in die Tat umgesetzt. Per Meier, Marcel D. und ein 21-jähriger fahren zu einer Tankstelle, befüllen dort einen Benzinkanister und basteln Molotowcocktails. Dann treffen sie in Jeßnitz wie verabredet zwei 16-jährige, und fahren gemeinsam weiter zum »Asia-Shop«. Dort angekommen werfen Marcel D. und Per Meier je einen Brandsatz in das Geschäft. In der darüberliegenden Wohnung schlafen acht Menschen, darunter ein Baby und zwei Kinder. Diese werden durch den Lärm wach und können sich retten. Noch bevor die Feuerwehr eintrifft, gelingt es ihnen die Flammen zu löschen. Der Sachschaden beträgt 50.000 DM. Im August 2002 werden die beiden Haupttäter wegen achtfachen versuchten Mordes zu sechs bzw. vier Jahren Jugendstrafe verurteilt. Die anderen Strafen liegen zwischen 2 Jahren und 9 Monaten und 5 Jahren und 6 Monaten.

### Die politische Einbindung der Täter und ihres Umfeldes

Adrianos Mörder Enrico Hilprecht kann frühestens 2015 mit einer Haftprüfung rechnen. Er beteiligt sich heute aus dem Knast in Brandenburg/Havel heraus an der Erstellung des neonazistischen Blattes »JVA-Report« . Der »Rundbrief für Inhaftierte, Freunde und Kameraden« soll verhindern, dass der Kontakt zu inhaftierten »Kameraden« abbricht.

Sowohl Per Meier als auch Marcel D. sind wieder auf freiem Fuß. Zumindest Per Meier ist nach wie vor aktiv. Als die »Freien Nationalisten Bitterfeld und Dessau« am 3. Oktober 2009 mit einem Aufmarsch durch Bitterfeld ziehen, fungiert er als Anmelder. Als Versammlungsleiter wird er von der zuständigen Polizeidirektion Dessau allerdings nicht akzeptiert, so dass Alexander Weinert (Dessau) übernimmt.

Drei Neonazis (16, 16 und 24) quälen und prügeln einen Afrikaner zu Tode. Der Mann hinterlässt drei kleine Kinder. Seit gestern Prozess.



Die Angeklagten grinsen, als der Staatsanwalt die Anklageschrift verliest.

**Sie zeigen keine Reue** [1]

Andreas F. ist in den Folgejahren mehrmals an rechten Angriffen beteiligt. Im Mai 2003 attackiert er Teilnehmer_innen einer antifaschistischen Demonstration in Bitterfeld. Drei Monate später wird er in der Muldestadt unter den Angreifern auf einen dunkelhäutigen Mann erkannt. Im März 2008 stürzt er in Bitterfeld während einer Feier bei rechten Freunden vom Balkon in den Tod. Bei ihm dürfte durch mehrere DVU-nahe Familienmitglieder eine gewisse politische Anbindung eine realistisch Annahme sein.



Seine Mutter Karin F. trat im April 2007 als Wahlkampfhelferin aktiv in Erscheinung. Damals unterstützte sie dem DVU-Kandidaten und Rechtsanwalt Ingmar Knop (heute Stadtratsmitglied, Bundesvize seiner Partei und Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion Sachsen) bei einem Infostand im Dessauer Kommunalwahlkampf. Zu den Wahlkampfhelfern gehörte außerdem Birgit Fechner - die Tante von Andreas F. und Zwillingsschwester von Karin F. Sie war damals als brandenburgische DVU-Landtagsabgeordnete tätig. ■

[1] v.l.nr.: Frank M., Enrico Hilprecht und Christian R. zeigten vor Gericht kein Zeichen von Reue für den rassistischen Mord an dem 39-jährigen gebürtigen Mosambikaner Alberto Adriano.

Faksimile: »Neue Presse Hannover« vom 23. August 2000

[2] Alberto Adriano war am 11. Juni 2000 im Dessauer Stadtpark von den drei Neonazis so schwer misshandelt worden, dass er kurze Zeit später starb.




# Ein kollektiver, kalkulierbarer Regelverstoß

**Beitrag der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) zu den erfolgreichen Massenblockaden gegen Neonaziaufmärsche am Beispiel Dresden.**

Zwei geplante Großaufmärsche der Neonaziszene am 13. Februar in Dresden und am 1. Mai 2010 in Berlin endeten im Desaster. Jeweils bis zu 15.000 Menschen stellten sich den Neonazis in den Weg. Da sich der antifaschistische Widerstand am 1. Mai in Berlin weitgehend auf das Konzept der Massenblockaden in Dresden bezog, wird hier ausführlich auf die Proteste in Dresden eingegangen.

Die Blockaden am 13. Februar in Dresden werden als richtungsweisend bezeichnet. Weit über die Antifa-Szene hinaus wurde und wird über die Aktion diskutiert. Insbesondere der Prozess, den autonome Antifa und linksreformerische Kräfte – gemeint sind Gewerkschaften, Verbände und Parteien – mit der Zusammenarbeit in Dresden durchlaufen hätten, wird als Erfolg gesehen. Daher lohnt ein Blick auf die Entwicklung der Proteste in der sächsischen Elbmetropole.

Mehrere Jahre protestierten das linksreformerische Spektrum und Antifa-Strukturen getrennt. In Dresden dominierten so genannte »antideutsche« Gruppierungen, die teilweise den Gegner nicht nur bei den Neonazis, sondern beim städtischen Gedenken an die Opfer der Bombardierung und den damit zusammenhängenden symbolhaften Protest gegen Rechts verorteten. Der von linksradikalen Gruppen geprägte bundesweite Zusammenschluss »No Pasarán!« (»sie kommen nicht durch«) versuchte erstmalig bürgerliches und autonomes Lager zusammenzuführen. Im Februar 2009 organisierten das bürgerliche Bündnis »Geh Denken!« und das Antifa-Bündnis »No Pasarán!« noch eigenständigen Protest. Im Anschluss eröffnete »No Pasarán!« jedoch eine Debatte um die Notwendigkeit gemeinsamer antifaschistischer Aktivitäten. Diese Diskussion wurde insbesondere auf der Aktionskonferenz »Dresden Calling« im November 2009 in Dresden geführt.

Neben der Erkenntnis, dass nur eine gemeinsame Aktion aller Nazigegner und massiver politischer Druck

auf die zuständigen Dresdner Behörden, zum Erfolg führen könne, musste auch eine gemeinsame praktische Aktionsform gefunden werden. Bürgerlicher Protest konnte sich bis dahin in der Regel nicht zum Versuch durchringen, den Neonaziaufmarsch tatsächlich zu blockieren. Autonome Antifa-Gruppen mobilisierten indes meist zu Demonstrationen, die von der Polizei stets in räumlicher Distanz zum Neonaziaufmarsch gehalten wurden, oder zu so genannten »dezentralen Aktionen«. Was genau darunter zu verstehen war, blieb offen. Die nebulöse Formulierung legte militantes Vorgehen gegen Neonazis im Umfeld des Aufmarsches nahe – konkreter wurde es meist nicht. Die Partizipationsmöglichkeit schien somit auf den kleinen Kreis derer beschränkt, die sich in festen Strukturen der Antifa-Szene bewegten und darüber hinaus direkte Aktionen zu ihren persönlichen Handlungsoptionen zählten.

Im aus der Aktionskonferenz hervorgegangenen bundesweiten Bündnis »Dresden Nazifrei!« verständigen sich erstmalig antifaschistische Kräfte aller Art – von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden über engagierte Dresdnerinnen und Dresdner bis hin zu autonomen Antifa-Gruppen – auf ein gemeinsames Vorgehen. Personen und Organisationen, die bisher kaum oder sogar keine Berührungspunkte hatten, beschlossen, den Aufmarsch mittels Massenblockaden zu verhindern. Es blieb jedoch die Hürde, dass Blockaden gegen einen genehmigten Neonaziaufmarsch illegal sind – je nach Staatsanwalt können sie als Ordnungswidrigkeit oder sogar als Straftat geahndet werden. Das Bündnis definierte daher das Aktionsniveau und folgenden Aktionskonsens: »Von uns wird keine Eskalation ausgehen. Unsere Blockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern«. Damit wurde ein kalkulierbarer, kollektiver Regelverstoß und eine konkrete Teilnahmemöglichkeit für viele Menschen ermöglicht und gleichzeitig die Spaltung in »gute friedliche« und »böse militante« AntifaschistInnen verweigert.

Diese offen angekündigten Aktionen des zivilen Ungehorsams sorgten zum Einen dafür, dass sich die lokale Politik, Polizei und Staatsanwaltschaft berufen fühlten, repressiv gegen das Blockadebündnis vorzugehen. Zum Anderen hatte das Konzept zur Folge, dass sich bundesweit hunderte Initiativen und Einzelpersonen dem Blockadeaufruf anschlossen und viele tausend Menschen nach Dresden fuhren. Bis zuletzt blieben die angemeldeten Kundgebungen rund um den Bahnhof Dresden-Neustadt verboten. Dies beeindruckte 15.000 Menschen am 13. Februar jedoch nicht: Ganz legal waren die Blockaden ja ohnehin nicht.

Es gelang, die Proteste in Dresden zu einem bedeutenden bundesweiten Ereignis zu machen, weit über das Antifa-Spektrum hinaus. Die Blockaden wurden gegen den entschiedenen Willen des Dresdner Establishments durchgesetzt, das mit einer so genannten Menschenkette explizit eine Konkurrenzveranstaltung zu den Blockaden organisiert hatte. Dies unterscheidet Dresden im übrigen von zahlreichen anderen Städten, in denen in der Regel Protest gegen Neonazis begrüßt wird.

Innerhalb der Antifa-Bewegung war die politische Breite des Bündnisses »Dresden Nazifrei!« umstritten. Einige kritisierten die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften, etwa mit dem Verweis auf SPD und Grüne und deren Unterstützung des Krieges in Afghanistan. Andere bemängelten die fehlende Schärfe in der Abgrenzung zum bürgerlichen Gedenken in Dresden. Klare Positionen und inhaltliche Kritik am inszenierten bürgerlichen Gedenkmythos formulierte jedoch das Bündnis »No Pasarán!« sowie deren Mitgliedsgruppen in Aufrufen und Beiträgen sowie in zahlreichen Veranstaltungen in der gesamten Bundesrepublik. Zudem sei angemerkt, dass rund um den 13. Februar 2010 erstmalig der antifaschistische Protest und nicht der von sächsischen Medien und weiten Teilen der Landespolitik geprägte Trauerdiskurs um das zerstörte Dresden die Berichterstattung dominierte.

Die Erfahrung, dass ganz unterschiedliche Menschen nach Dresden fuhren und massenhaft zivilen Ungehorsam praktizierten, hat die Ausgangslage für autonome Antifa-Gruppen in der gesamten Bundesrepublik erheblich verbessert. Mit dem Verweis »In Dresden hat es doch auch geklappt« ist ziviler Ungehorsam nicht mehr nur ein Anliegen irgendwelcher »Schmuddelkinder«. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Aktionen wie in Dresden nicht ohne weiteres 1:1 in jede andere Stadt kopiert werden können und müssen oder, dass anderorts nicht auch andere Aktionsformen zielführend sein können. ■



**Zum weiterlesen:**

- »7 Thesen zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Dresden« unter: www.dresden-nazifrei.com
- »Better late than never – Rückblick auf die Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden 2010 und Ausblick auf die Aktivitäten 2011« unter www.antifa.de

Kontakt zur ALB: antifa@antifa.de

# Keine Vereinnahmung der Opfer in Mittenwald

Vor acht Jahren haben Antifaschist_innen das Traditionstreffen der deutschen Gebirgstruppe in Mittenwald gestört. Ihre Forderung an die »alten Kameraden«, für ihre Opfer während des Zweiten Weltkrieges eine Gedenkminute einzulegen, beantworteten die Anwesenden mit Tätlichkeiten und Beleidigungen. Acht Jahre später wurde im März ein Denkmal für die Opfer der NS-Gebirgsjäger offiziell eingeweiht.

Nach dem unterbundenen Gedenken 2002 pilgerten jährlich mehrere Hundert Antifaschist_innen zu Pfingsten nach Mittenwald, um gegen die sogenannte Brendten-Feier zu protestieren. Diese vom »Kameradenkreis e.V.« ausgerichtete Selbstbeweihräucherung auf dem Hohen Brendten führte 50 Jahre lang ehemalige Weltkriegsteilnehmer der Gebirgsjäger mit ihren Nachfolgern in der Bundeswehr zusammen. In Mittenwald sah man es mit Stolz und Anerkennung für die »Helden« der Gebirgstruppen vor und nach 1945. Zu Beginn der Proteste war Hermann Salminger nicht nur Bürgermeister des Ortes, sondern auch Sohn des Mittenwalder Ritterkreuzträgers und Oberstleutnant der NS-Gebirgsjäger Josef Salminger, der 1943 in Griechenland von Partisanen erschossen wurde. Salmingers Truppe hatte vorher beim Massaker in Komeno 317 griechische ZivilistInnen, darunter 97 Kinder, abgeschlachtet. Entsprechend dieser engen Verbindung zwischen Mittenwald und »seinen« Gebirgsjägern wurden Demonstrant_innen stets mit großer Feindseligkeit empfangen. Obgleich der auftrumpfende »Volkszorn« der MittenwalderInnen nach Skandalen bei den Gebirgsjägern der Bundeswehr und Gerichtsverfahren gegen alte Wehrmachtstäter immer kleinlauter ausfiel.

Schon am 30. Mai 2009 hatte der »Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege« (AK) zum Abschluss seiner Mittenwald-Kampagne auf spektakuläre Weise ein Denkmal für die Opfer der NS-Gebirgstruppe abgestellt. Das geschmackvolle Denkmal, von dem niemand annahm, dass die Gemeinde es als »Geschenk« annehmen würde, sollte eine erneute Wende herbeiführen. Der neue Bürgermeister des Marktes Mittenwald, Adolf Hornsteiner (CSU), sammelte seinen Gemeinderat mit dem Beschluss hinter sich, das Denkmal, das zunächst rasch abgeräumt worden war, zur Überraschung vieler als Geschenk zu akzeptieren. Das angeschlagene Image der Gebirgsjäger, angebliche Einbrüche im Pfingstgeschäft des Touristenortes und zunehmende überregionale Aufmerksamkeit waren die Triebfedern des Bürgermeisters bei den Verhandlungen mit dem AK, um diesen mit der Annahme des »Geschenks« davon abzubringen weiter in Mittenwald zu demonstrieren.

Bei der protokollarisch bis ins kleinste Detail geplanten Einweihungsfeier in der Aula der Mittenwalder Grund- und Hauptschule, inszenierte Hornsteiner seine Gemeinde als geläutert von der Last jahrzehntelanger Mißachtung der Opfer der Gebirgstruppe. Seine Zerknirschung über die begangenen Verbrechen der Wehrmacht klang so glaubwürdig, dass man hätte meinen können, nun die Absolution nicht weiter verweigern zu dürfen. Landrat Harald Kühn (CSU) war am Vortag extra in die KZ-Gedenkstätte Dachau aufgebrochen, um sich in die rechte Stimmung zu bringen. Das konnte nur der evangelische Geistliche toppen, der monatlich einen Tag dort meditierend verbringe. Abgesehen vom pathologischen Gehalt dieses Bekenntnisses konnte während der Feier der Eindruck entstehen, Sinn der Veranstaltung sei allein, das Wohlwollen des AK zu erringen und in einem Akt der Versöhnung endlich einen Schlussstrich unter alles ziehen zu dürfen.

Nicht in dieses peinliche Schema passte die Rede des Auschwitz-Überlebenden Maurice Cling, der den Tag seiner Befreiung aus den Händen der

Deutschen im April 1945 durch die Amerikaner in Mittenwald erlebte. Als er seine Todesangst schilderte und eine Geste der Menschlichkeit seitens einer unbekannten Mittenwalderin, die ihm zwei rohe Kartoffeln zusteckte, brachen viele in Tränen aus. Dies war der eigentliche Gehalt des Festaktes: Nachdem das offizielle Mittenwald Maurice Cling und zahlreichen anderen ZeitzeugInnen acht Jahre lang die kalte Schulter gezeigt hatte, stand er nun vor den Gemeindeoberen und vielleicht 100 weiteren MittenwalderInnen, konnte seine Geschichte erzählen und bekam dafür jene Anerkennung, die ihm und vielen anderen bisher vorenthalten worden ist.

Der AK hatte sich zwar dazu durchgerungen an dem Festakt teilzunehmen, jedoch nicht ohne in dem Redebeitrag nochmals deutlich auf die Dimension der Verbrechen der NS-Gebirgstruppe hinzuweisen und die ungebrochenen Traditionslinien bis in die heutige Bundeswehr zu betonen. Immerhin finde die Selbstbeweihräucherung der Gebirgstruppe auf dem Hohen Brendten nach wie vor statt: »Ziehen Sie einen Trennstrich zur Traditionspflege der Täter!« forderte der AK. Während dieser Rede verließen die Angehörigen des Kameradenkreises empört den Saal.

Kritiker_innen innerhalb des AK hatten immer wieder darauf hingewiesen, dass die Anwesenheit von Uniformierten für den Anlass völlig inakzeptabel sei. Ein Plenum hatte jedoch am Rande eines Ratschlages in München am Vorabend der Einweihung beschlossen, man werde die Anwesenheit von Bundeswehr-Soldaten »ignorieren« und »ertragen« und das Ganze »in würdevoller Form« hinter sich bringen. Man habe an der von Hornsteiner geschickt eingerührten Veranstaltung »um den Preis der eigenen intellektuellen Entwaffnung« teilgenommen, heißt es dazu in einer kritischen Stellungnahme. Und weiter: »Wenn etwas den AK (...) für uns und manche andere interessant gemacht hat, dann war es der Punkt, das wir endlich damit aufgehört hatten, den für die aktuelle Bundeswehrpraxis wie Politik bedeutenden Mittenwald-Tanz nicht mehr – wie der Rest dieser Gesellschaft – zu ›ignorieren‹. Wir waren seit Mai 2002 auch nicht dazu bereit, diesen zu ›ertragen‹ und in ›würdevoller Form‹ schon gar nicht. Irgendwie hatte ich gehofft, dass es uns in dieser bedeutenden ideologischen Frage gelingen könnte eine elegante Gratwanderung zwischen Fundamentalpolitik dümmster Provenienz und prinzipienlosester Realpolitik hinzulegen. Das ist aber an diesem Punkt völlig missglückt.«

Das stimmt jedoch nicht ganz: Die klaren Worte des Redebeitrages des AK, die genau diejenigen getroffen haben, die damit gemeint waren, haben verhindert, dass der ganze Akt in einem Strudel aus Harmoniesülze versinken konnte. Und auch das Denkmal selbst, dessen Inschriften keine Vereinnahmung dulden, trägt dazu bei, dass die Gratwanderung nicht so vollkommen mißglückt ist, wie in der Nachbereitung behauptet. Die Gemeinde, die in der irrigen Annahme lebte, sie erhalte am Ende dieses Tages die Vergebung, sah sich ernüchtert und Hornsteiner war so perplex, da sein Durchmarsch mißlungen war, dass er nicht merkte, wie blödsinnig sich sein Lamento über die »Krawallmacherei« ausnahm: Ausgerechnet bei einer Feier, die die Krawallmacher vom AK in jahrelanger Kleinarbeit erzwungen hatten. Es sei nun, so meinte er, am AK die ausgestreckte Hand der Versöhnung zu ergreifen, die die Gemeinde diesen hinhalte.

Worum aber war es gegangen seit dem ersten Protest 2002? Doch nicht um Versöhnung, nicht um Schulterschlüsse und die Eingemeindung der Proteste. Dem AK ist es gelungen, die Leugnung der Verbrechen der NS-Gebirgsjäger zu durchbrechen und we-




nigstens in Mittenwald den Opfern jene Achtung zu verschaffen, die ihnen jahrzehntelang verweigert wurde. Aber Mittenwald ist nur ein kleines Kaff irgendwo in den Alpen. Es ging nie um Mittenwald, es ging immer darum, deutlich zu machen, dass die Bundesrepublik bis heute versucht, den Opfern ihres Vorgängerstaates Anerkennung und Entschädigung vorzuenthalten, die Täter zu schützen und neue Kriegseinsätze auf Grundlage einer bereinigten und mit entpolitisierten Denkmalen gesäumten Geschichtsdeutung zu führen.

Auch Maurice Cling ging diese erstickende Umarmung durch Mittenwald, die Bundeswehr und den Kameradenkreis zu weit: Mit klaren Worten weist er die geheuchelte Ergriffenheit des Vorsitzenden des Kameradenkreises, Oberst a.D. Manfred Benkel, zurück und stellt fest: »Diese ›innere Bewegtheit‹ verträgt sich schlecht mit der Feier auf dem Brendten, die ja der Tradition der Gebirgsjäger gewidmet ist. Dass Herr Benkel in Anlehnung an meine Rede dieses Treffen zudem als ›Mahnung‹ verstanden haben will, ist ein schockierender Versuch der Vereinnahmung der Opfer durch die Täter und eine unglaubliche Entstellung des Gedenkens an die Opfer.« Zudem machte er in einer anschließenden Stellungnahme klar, »dass für mich jede Aussöhnung zwischen Tätern und Opfern inakzeptabel ist«. ■

# Der Albtraum eines Lebens im Lager

## Ein Beispiel für eine erfolgreiche asylpolitische Kampagne

So richtig dafür ist niemand mehr. Das Bekenntnis von Parteien und Wohlfahrtsverbänden für das saarländische Flüchtlingslager Lebach fällt nur noch halbherzig aus. Zuletzt hat die Mehrzahl der 800 Flüchtlinge im März die Annahme der Lebensmittelpakete verweigert und öffentlich gegen die Unterbringung im Lager protestiert. Ein Erfolg der Arbeit des Saarländischen Flüchtlingsrates.

Sascha Müller

Das war neu. Als im März 2010 zwei Wochen lang mehrere hundert Flüchtlinge die Annahme der Lebensmittelpakete verweigerte, fanden weder Parteien noch Lagerverwaltung, geschweige denn die Wohlfahrtsverbände die im Lager aktiv sind, einen adäquaten Umgang damit. Dass die Klienten ihres ordnungspolitischen und pädagogischen Tuns eigenständig Forderungen stellen und diese gleich noch öffentlich kundtun, war neu und ungewohnt.

Anlass und zeitlicher Auslöser dieser Proteste war die Initiative eines Flüchtlings, der auf besonders skurrile Weise von der staatlichen Lagerverwaltung schikaniert worden war. Ihm wurde allen Ernstes verboten ein Aquarium zu besitzen. Als er auf einer Pressekonferenz des Saarländischen Flüchtlingsrates (SFR) diesen sinnbildlichen Irrsinn staatlicher Verwaltung und alltäglicher Gängelung öffentlich machte, löste er ein großes Medieninteresse aus. Dies wirkte wie eine Initialzündung und ermunterte andere Flüchtlinge, über Länder- und ethnische Grenzen hinweg, den lange angestauten Unmut zu artikulieren. Als der Innenausschuss des Landtages am 4. März im Rahmen einer Begehung des Lagers mit protestierenden Flüchtlingen konfrontiert war, gingen die Lagerverwaltung und die Abgeordneten noch von einer einmaligen Protestaktion aus. Als am Tag danach die Proteste weitergingen und zum ersten Mal in der Geschichte des Lagers mehrere hundert Flüchtlinge die Annahme von Lebensmittelpaketen verweigerten und Geldleistungen forderten, war klar, dass sich der jahrelang gewachsene Unmut Luft verschaffte. Einige Flüchtlinge leben sechs, acht, zehn und mehr Jahre im Lager. Die zwei Wochen anhaltenden Protestaktionen waren umso bemerkenswerter, weil es für die beteiligten Flüchtlinge die erste gemeinsame politische Aktion war. Dafür mussten sie Sprachgrenzen überwinden und auch ein scheinbar recht banales Problem, das aber gravierende Auswirkungen hat: Sie haben keinen Raum, in dem sie sich treffen können. Trotzdem gelangen die Proteste. Die sofort verstärkte Polizeipräsenz und die Behauptung des Innenministeriums, Flüchtlinge seien genötigt worden sich an den Protesten zu beteiligen, wirkten eher reflexartig und hilflos. Die Nervosität der Lagerverwaltung, des Innenministeriums und der Wohlfahrtsverbände war regelrecht greifbar. Während die einen ihren ordnungspolitischen Einfluss schwinden sahen, wurden die anderen damit konfrontiert, dass noch so gute pädagogische Angebote nicht darüber hinweg täuschen können, dass das Leben im Lager das Problem ist und die Lösung des Problems in Form der Auflösung des Lagers auf der Hand liegt.

### Die Grenzen pädagogischer Problemlösungen

Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände ist ambivalent. Einerseits sind sie Ansprechpartner von Flüchtlingen und helfen in konkreten Lebenssituationen. Allerdings nur, solange das Lagerleben als Ganzes nicht in Frage gestellt wird. Andererseits sind sie in das

System finanzieller Transferleistungen von Staats wegen (z.B. Innenministerium) eingebunden. Das Muster ist bekannt: Ein paar Sozialarbeiterstellen ersetzen in letzter Konsequenz auch die deutlich teurere Variante in Form von Kontrollpersonal in der Lagerverwaltung und reduzieren Polizeieinsätze. Die Betreuungs- und Beratungsangebote der Wohlfahrtsverbände (Caritas, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz) als solche sind durchaus punktuell hilfreich, nur unabhängig sind die Verbände nicht. Sie sind ein Teil des staatlicherseits verordneten Kontrollsystem, wenn auch im Vergleich zu Verwaltung und Ausländerbehörde der angenehmere.

### Das Leben im Lager ist ein Alptraum

»Wenn das Leben im Lager zum Alptraum wird« so nennt der saarländische Flüchtlingsrat seine Aufklärungskampagne, die vor sechs Jahren begann. Erklärtes Ziel dieser Kampagne ist die Abschaffung der Lebensmittelpakete und letztlich die Auflösung des Lagers. Bestenfalls eine vorübergehende Unterbringung von drei Monaten zur Erstorientierung kann sich der Flüchtlingsrat vorstellen.

Wie sieht das Leben im Lager aus? Konzipiert ist das Lager für rund 1.500 Menschen. Aktuell leben knapp über 800 dort. Der Platz, der den Flüchtlingen zur Verfügung steht, ist dadurch aber nicht wirklich größer geworden. Sie leben auf engstem Raum, vier Menschen in einem Zimmer sind eher die Regel als die Ausnahme. Gekocht wird teilweise noch in Gemeinschaftsküchen, die für mehrere Personen vorgesehen sind. Die medizinische Versorgung ist rudimentär, freie Arztwahl ein unerreichbarer Luxus, regelmäßige Kontrollen der Wohnungen inklusive der Schlafzimmer zu den unterschiedlichsten Tages- und Nachtzeiten gehören ebenso zum staatlichen Repertoire, wie das zweimalige Anstehen für Lebensmittelpakete pro Woche. Frei nach dem Motto: »Gegessen wird, was vom Amt kommt«. Dieses regelmäßige Anstehen hat System. Es dient der Kontrolle jeder Lebensregung und der Verhinderung eines »normalen, alltäglichen Lebens«. Auch Duschen wird zu einem Hindernislauf. In den Wohnungen gibt es keine. Geduscht wird in einem Extra-Haus mit strengen Öffnungszeiten. Wer morgens oder abends duschen will, hat Pech: Geschlossen.

### Parlamentarische Mehrheit für Schließung des Lagers

Nimmt man die Aussagen der Parteien im saarländischen Landtag als bare Münze, dann war die Arbeit des SFR erfolgreich: Eine parlamentarische Mehrheit von SPD, Linken und Grünen ist – gemäß ihres Wahlprogramms – für die Abschaffung der Lebensmittelpakete und mindestens die Reduzierung des Aufenthalts auf 3 Monate. Ein beachtlicher Erfolg der Lobbyarbeit des SFR. Allein die parlamentarische Mehrheit kommt nicht zum Tragen. Wie das? Die Grünen haben sich Ende 2009 für eine Jamaika Koalition mit CDU und FDP entschieden. Und wen wundert's, dass die Flüchtlingspolitik dem »harten Koalitionspoker« zum Opfer fiel. Trotzdem: So richtig hinter dem Betrieb des Lagers stehen nicht mehr viele. Die FDP will die Aufenthaltsdauer auf ein Jahr reduzieren und bei den Lebensmittelpaketen über neue Lösungen nachdenken und auch aus der CDU sind bereits vereinzelt solche Aussagen zu vernehmen. Dies war auch der Tenor in der Anhörung des saarländischen Landtags am 27. Mai 2010. Nachdem der Innenausschuss noch im April beschlossen hatte, dass weder ein Vertreter der kurdischen Gemeinde wegen Beobachtung durch den Verfassungsschutz, noch Flüchtlinge aus dem Lager angehört werden sollen, wurde auch dafür eine kluge politische Lösung gefunden: Der Saarländische Flüchtlingsrat, die Aktion 3. Welt Saar und der Deutsch Ausländische Jugendclub




Saarbrücken nahmen die zunächst Ausgeschlossenen auf ihren Tickets mit in die Anhörung. Der Ausschluss einer der missliebigen Personen hätte das Rausgehen aller Personen der drei Organisationen aus der Anhörung bedeutet. Dieses Risiko – oder vielleicht nur das öffentliche Tamtam – wollten die CDU, FDP und Grüne dann doch nicht wagen.

Hinweis: Das Positionspapier des Saarländischen Flüchtlingsrates, der Aktion 3.Welt Saar und des Deutsch Ausländischen Jugendclubs Saarbrücken zum saarländischen Flüchtlingslager Lebach gibt es unter www.asyl-saar.de, www.a3wsaar.de

### Ein Teilerfolg

Das Blatt hat sich gewendet. Alles in allem ist dies ein recht anschauliches Beispiel dafür, wie es gelang, eine zunächst minoritäre Position erfolgreich im offiziellen Politikbetrieb zu verankern und sie mehrheitsfähig zu machen. Aufs Ganze bezogen bedeutet dies keine grundsätzliche Umkehr in der deutschen und europäischen Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen. Es ist ein kleiner Teilerfolg. Nicht mehr und nicht weniger. ■

# »Massenkontrolle aller Afrikaner in Dessau wegen Drogen!«

## Die Polizei Dessau ermittelt in eigener Sache

Mario Bialek

Nach einer Razzia der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost vom 16. Dezember 2009 (siehe AIB # 86) hat die Behörde mittlerweile mit den brisanten Nachwirkungen des Einsatzes zu kämpfen. Den Großeinsatz gegen Betäubungsmittelkriminalität in der Dessauer Innenstadt bewertete die zuständige Polizeidirektion im Anschluss als erfolgreich. Zahlreiche Identitätsfeststellungen und auch ein paar Drogenfunde hatte die Ermittlungsbehörde zu vermelden. Monate später scheint das Ergebnis weit zwiespältiger zu sein als von der Behörde erwartet.

»Die polizeilichen Maßnahmen haben sich mithin nicht gegen die Inhaber des Tele-Cafés gerichtet«, verkündeten Polizeidirektion und Staatsanwaltschaft am nächsten Tag in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Damit reagierten sie prompt auf den Protest antirassistischer Initiativen gegen die Durchsuchung des Tele-Cafés. Offenkundig um gleichlautenden Vorwürfen entgegenzuwirken, verwehren sich die Ladenbetreiber_innen seit längerer Zeit gegen den Handel mit Drogen im eigenen Umfeld. Das war der Polizei bekannt. Der Laden blieb dennoch stets in ihrem Fokus.

Das Tele-Café ist ein Treffpunkt der afrikanischen Community und der »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh«. Mouctar Bah, der die Initiative mit anderen Unterstützer_innen gründete, nachdem Oury Jalloh am 07. Januar 2005 in einer Dessauer Polizeizelle, an allen Gliedmaßen gefesselt verbrannte, war ursprünglich Betreiber des Ladens. Der Tod Jallohs ist bis heute nicht aufgeklärt. Mouctar Bah aber war auf Initiative des Ordnungsamtes im Jahr 2007 die Gewerbeerlaubnis entzogen worden, so dass der Treffpunkt vor der Schließung stand. Nach Übernahme der Geschäfte durch die Deutsch-Afrikanische Initiative ist Bah nun Angestellter.

Im Juli 2009 war öffentlich angekündigt worden, dass Mouctar Bah für sein Engagement zur Aufklärung der Todesumstände Oury Jallohs von der Internationalen Liga für Menschenrechte mit einem Menschenrechtspreis ausgezeichnet werden sollte. Kurz darauf stand die Polizei zur ersten Hausdurchsuchung vor der Tür. Gefunden wurde nichts. Die angeführten Gründe für die Durchsuchung bestätigten sich nicht. Drei Tage nach der öffentlichen Verleihung des Preises im Dezember 2009 und einen Tag vor dem lang erwarteten Revisionstermin zum Fall Oury Jalloh vor dem Bundesgerichtshof, folgte die nächste Razzia, als die Initiative aus Dessau gerade zur BGH-Verhandlung nach Karlsruhe aufbrechen wollte. Nicht nur die Betroffenen zweifeln daran, dass es sich hierbei um Zufälle handelt.

Nur zur »Vermeidung eines möglichen Beweismittelverlustes« hätten Polizeibeamt_innen, laut offizieller Darstellung, am Nachmittag des 16. Dezember 2009 dann das Tele-Café betreten. Ein Verdächtiger hatte sich dorthin geflüchtet. Dass Polizeibeamt_innen beim Betreten des Ladens Anwesende mit »Hört auf zu fressen!« und »Halt die Fresse!« einschüchterten, sollte nicht der einzige Fehltritt in diesen Stunden bleiben. Alle Anwesenden wurden einer Leibesvisitation unterzogen. Auch die Ladenbetreiber_innen, gegen die sich nach offizieller Darstellung der Behörde zu keinem Zeitpunkt Ermittlungen gerichtet hatten, mussten sich bis auf's Letzte ausziehen und abtasten lassen. Eine



Besucherin wurde zudem samt Kleinkind und Kinderwagen durchsucht. Schränke im Laden wurden inspiziert, Videoaufnahmen gefertigt und ein Polizeihund zur Absuche nach Drogen war eingesetzt worden. Erfolglos. Zudem war den Betroffenen weder vorab ein Tatvorwurf oder eine Begründung für die Maßnahmen mitgeteilt, noch im Nachhinein ein Protokoll für die Durchsuchungen ausgehändigt worden.

Für die Polizeidirektion in Dessau-Roßlau ist es nichts Neues, öffentlich in der Kritik zu stehen. Dienstaufsichtsbeschwerden und eine Klage der Betroffenen beim zuständigen Amtsgericht auf Feststellung der Rechtmäßigkeit des Einsatzes, sollten Fakten schaffen. Im Folgemonat war der Fall im Innenausschuss der Landesregierung angekommen. Polizeipräsident Willberg räumte hierbei erstmals ein, dass Teile des Einsatzes nicht rechtmäßig verliefen, und Betroffene vorschnell und unbegründet unter Verdacht gestellt worden waren.

In einer vorliegenden Stellungnahme der Direktion war die Durchsuchung der Mutter samt Kind gerechtfertigt worden, da diese als Konsumentin und Dealerin polizeibekannt sei. Die junge Frau war über diese Informationen schockiert. Später stellte sich heraus, dass derlei Eintragungen im Polizeisystem zu ihrer Person nicht existieren. Er kenne diese Stellungnahme seiner eigenen Behörde nicht, entgegnete Polizeipräsident Willberg bei einer Aussprache mit Betroffenen und Kommunal- und Landtagspolitiker_innen im April. Zwei Führungsbeamte – der Einsatzleiter vom 16. Dezember und der Chef der Kriminalpolizei des Dessau-Roßlauer Reviers – sind mittlerweile versetzt worden. Einen Zusammenhang dementierte die Behörde auf Nachfrage.

Für seine unangemessene Wortwahl habe sich ein Polizeibeamter schriftlich entschuldigt, versicherte Willberg im Innenausschuss – bei den Betroffenen ist eine solche Entschuldigung jedoch bis heute nicht angekommen. In einem Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwaltes Bittmann an die Betreiber_innen des Tele-Cafés räumte dieser wiederum ein, dass die gemeinsame Pressemitteilung mit der Polizeidirektion nach der Razzia teilweise auf unrichtigen Informationen seitens der Polizei beruht hätte und er sich dafür entschuldige.

Zwei weitere Betroffene fassten im April den Entschluss, Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der Polizeimaßnahmen zu stellen. Den Angaben zufolge hätten Beamt_innen sie mit der Ankündigung: »Massenkontrolle aller Afrikaner in Dessau wegen Drogen!« aufgefordert ein Restaurant zu verlassen, »sonst bekommen sie Ärger«. Unter den Augen von Passant_innen mussten sich beide ohne Strafvorhalt auf offener Straße ausziehen und letztlich erfolglos nach Drogen durchsuchen lassen. Die beiden fordern von der Behörde nun Schmerzensgeld für die rechtswidrigen Durchsuchungen. Dienstaufsichtsbeschwerden bleiben für Betroffene oft das einzige Mittel sich zu wehren – und auch das nur gelegentlich erfolgreich.

Ein anonymer Brief, bleibt in aller Regel ein anonymer Brief, dessen Absender und Glaubwürdigkeit nicht überprüfbar sind. Ein solcher, der im Nachgang beim Kreisverband der Partei »Die Grünen« einging, scheint aber ins Gesamtbild des Einsatzes zu passen. Demnach sei von »Kommando- und Gruppenführern« bereits bei der Einweisung Menschen mit dunkler Hautfarbe Grundrechte abgesprochen worden und die Einsatzkräfte angehalten worden: »mit denen könnt ihr machen was ihr wollt, (...) wir müssen was finden«, damit »die Neger wegkommen.«

Imagekampagnen sind im selbsternannten »Land der Frühaufsteher« und des »Hinguckens!« gefragt und bitter nötig. Ein Untersuchungsausschuss der Landesregierung und zahlreiche kleine und größere Polizeiskandale der letzten Jahre zeigen aber, auch der hierarchische Apparat ist nur ein Spiegelbild der Mehrheitsgesellschaft. Weltoffenheit und interkulturelle Kompetenz lassen sich nicht von oben verordnen. Als der damalige Vizechef der Polizeidirektion Hans-Christoph Glombitza im Februar 2007 engagierte Staatsschutzbeamte bei Ermittlungen gegen Rechts ausbremste und u.a. die Landeskampagne »Hingucken! – Für ein demokratisches, tolerantes Sachsen-Anhalt« mit den Worten diskreditierte: »das ist doch nur für die Galerie«, war die Empörung groß. Heute kommt man nicht umhin, zu glauben dass er recht hatte. ■

# Der Wille zur Ausgrenzung

## Zur Debatte um Sarrazin und Sloterdijk

Ende September 2009 erschien in der Berliner Kulturzeitschrift »Lettre International« ein Interview mit dem ehemaligen Berliner Finanzsenator und heutigen Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin, das eine enorme Sprengkraft hatte. Dieser Artikel zeichnet die Debatte nach und zeigt an ihr exemplarisch Funktionsweisen des Ungleichheitsdiskurses auf.

Sebastian Friedrich

Zur Erinnerung: Sarrazin meinte, er müsse niemanden anerkennen, der vom Staat lebe, diesen Staat ablehne und ständig »neue kleine Kopftuchmädchen« produziere. Dies treffe auf siebzig Prozent der türkischen und gar neunzig Prozent der arabischen Bevölkerung zu, die weder integrationswillig noch integrationsfähig seien und außer für den Gemüsehandel »keine produktive Funktion« hätten. Diese Fragmente dürften die meist zitierten in der Diskussion nach Veröffentlichung des Interviews sein. Der Fokus dieses Artikels liegt jedoch nicht auf den zahlreichen weiteren rassistischen Aussagen Sarrazins. Sondern es geht darum, Schlüsse aus der Debatte zu ziehen, in die sich die Diskussion um das Interview einreiht.

### Die Debatte nach den Brand-Sätzen Sarrazins

Sarrazin fand schnell Unterstützung. Der Schriftsteller Ralph Giordano gab ihm »vollkommen recht«[1], der ehemalige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel unterstützte ihn »ohne wenn und aber«[2], der Journalist Henryk M. Broder meinte gar: »Sarrazin hat Recht, man könnte ihm allenfalls vorwerfen, dass er in seiner Analyse nicht weit genug geht.«[3] Die Liste der Befürworter_innen ließe sich noch weiter fortführen. Dem gegenüber standen jedoch zahlreiche Kritiker_innen, die Sarrazin Rassismus und geistige Nähe zur extremen Rechten vorwarfen.[4] Nach einer ersten Welle der polarisierten Reaktionen glätteten sich jedoch schnell die Wogen. In einer zweiten Welle, ca. eine Woche nach Veröffentlichung des Interviews, näherten sich die Positionen an. In den Leitkommentaren der Zeitungen, die Sarrazin vorher noch scharf kritisierten, waren plötzlich auch Sätze wie folgender in der ZEIT zu lesen: »Wir werden euch schneller als Teil dieses Landes akzeptieren, wenn ihr euch mehr reinhängt.«[5] Ein häufiger Mechanismus bei solchen Debatten setzte ein: Ging es zunächst noch um den Rassismus der Mehrheitsgesellschaft, drehte sich kurze Zeit später die ganze Debatte um die vermeintlich mangelnde Integrationsbereitschaft der Betroffenen.

Für viel Aufsehen sorgte eine von Teilen der SPD in Auftrag gegebene Studie. Darin kam der Gutachter Gideon Botsch zu dem Ergebnis, dass die zentralen Passagen im Interview »eindeutig als rassistisch zu betrachten« seien.[6] In der Studie sollten allerdings kaum die angeblichen Fakten oder die fragwürdigen bis nicht vorhandenen Quellen der Sarrazinschen Thesen hinterfragt werden, sondern hauptsächlich die Art und Weise ihrer Präsentation. Es scheint, als verstecken sich die parteiinternen Kritiker_innen nicht nur hinter dem Mantel wissenschaftlicher Objektivität, anstatt selbst die direkte Konfrontation zu suchen, sondern wagen es auch nicht, den eigentlichen Kern der Aussagen Sarrazins anzugreifen. Ein anständiger Aufstand eben.

### Vorbereitung und Unterstützung durch Sloterdijk

Die Debatte um das Sarrazin-Interview entzündete sich nicht im luftleeren Raum. Die breite mediale Öffentlichkeit wurde Sarrazin zuteil, weil die jeweiligen politischen Dominanzen und Konjunkturen dafür günstig waren. Sorgfältig vorbereitet und eingeleitet wurde der Diskurs beispielsweise vom Philosophen Peter Sloterdijk.[7] In der FAZ veröffentlichte er bereits im Juni 2009 einen Artikel, in dem er eine angebliche Umkehrung der Ausbeutungsverhältnisse feststelle. Während »im ökonomischen Altertum« die Reichen auf Kosten der Armen lebten,

1| www.focus.de, 06.10.2009, »Sarrazin hat vollkommen recht«
2| www.welt.de, 14.10.09, »Ich unterstütze Sarrazin ohne Wenn und Aber«
3| www.morgenpost.de, 30.10.2009, Buschkowsky findet Sarrazin-Sprüche realitätsnah
4| google-news
5| www.zeit.de, 8.10.2009, »Unter Deutschen«
6| www.taz.de, 8.01.2010, »Sarrazin besteht Rassismustest«
7| Vgl. Albrecht von Lucke: Sarrazin, Sloterdijk und die neue »bürgerliche« Koalition. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/09, S. 55–63.
8| www.faz.net 13. Juni 2009, »Die Revolution der gebenden Hand«
9| Cicero 11/2009: S. 94–107.

könnte es in der »ökonomischen Moderne« kommen, »dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben.« Es sei an den Leistungsträgern, sich der Ausbeutung durch den Steuerstaat zu widersetzen – die angebrachte Reaktion auf die hiesige Form des »Semisozialismus« wäre ein »fiskalischer Bürgerkrieg«.[8]

Bezugnehmend auf die Debatte um Sarrazin legte Sloterdijk dann im November im konservativen Cicero mit seinem »Bürgerlichen Manifest« nach. Gleich zu Beginn wirft er der Gesellschaft vor, sich in einem »System der Unterwürfigkeit« eingerichtet zu haben. In diesem Zusammenhang erinnert Sloterdijk an den »entlarvenden Vorgang« anlässlich »einiger kantiger Formulierungen« Sarrazins. Auffälligerweise geht er nicht explizit auf die Aussagen Sarrazins ein, verteidigt diesen aber umso energischer, indem er einer imaginierten deutschen »Meinungs-Besitzer-Szene« vorwirft, sich in einen »Käfig voller Feiglinge« verwandelt zu haben. Offensichtlich sind für Sloterdijk die rassistischen Aussagen Sarrazins kein Problem, wirklich gefährlich erscheint ihm angesichts seiner deutlichen Worte die »Epidemie des Opportunismus«, die sich in einer allgemein erwarteten »Sklavensprache« ausdrücke und »Wahrheit« mit Existenzvernichtung bestrafe.[9]

## Diskurs der Ungleichheit

Der »Eliten-Rassismus« Sarrazins und die feuilletonistische Variante eines Sloterdijks haben einen gemeinsamen Nenner, der als »Diskurs der Ungleichheit« bezeichnet werden kann. Ziel dieses Diskurses ist, die Teile der Gesellschaft auszugrenzen, die in der kapitalistischen Logik scheinbar keinen Mehrwert mehr produzieren (können). Im nächsten Schritt folgt die Absprechung eines generellen Werts – mit einem für die Herrschenden interessanten Effekt: Die Betroffenen wehren sich gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung und kämpfen für Teil-

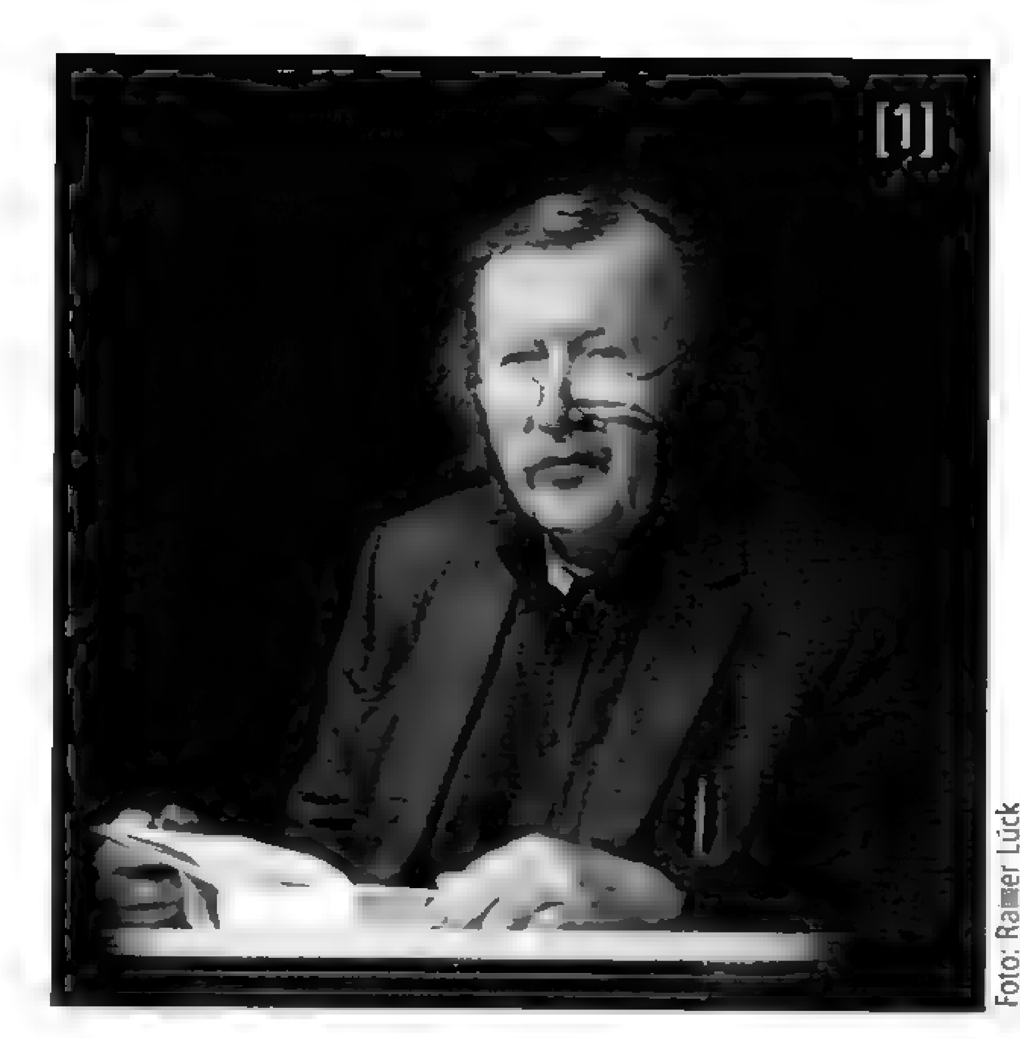
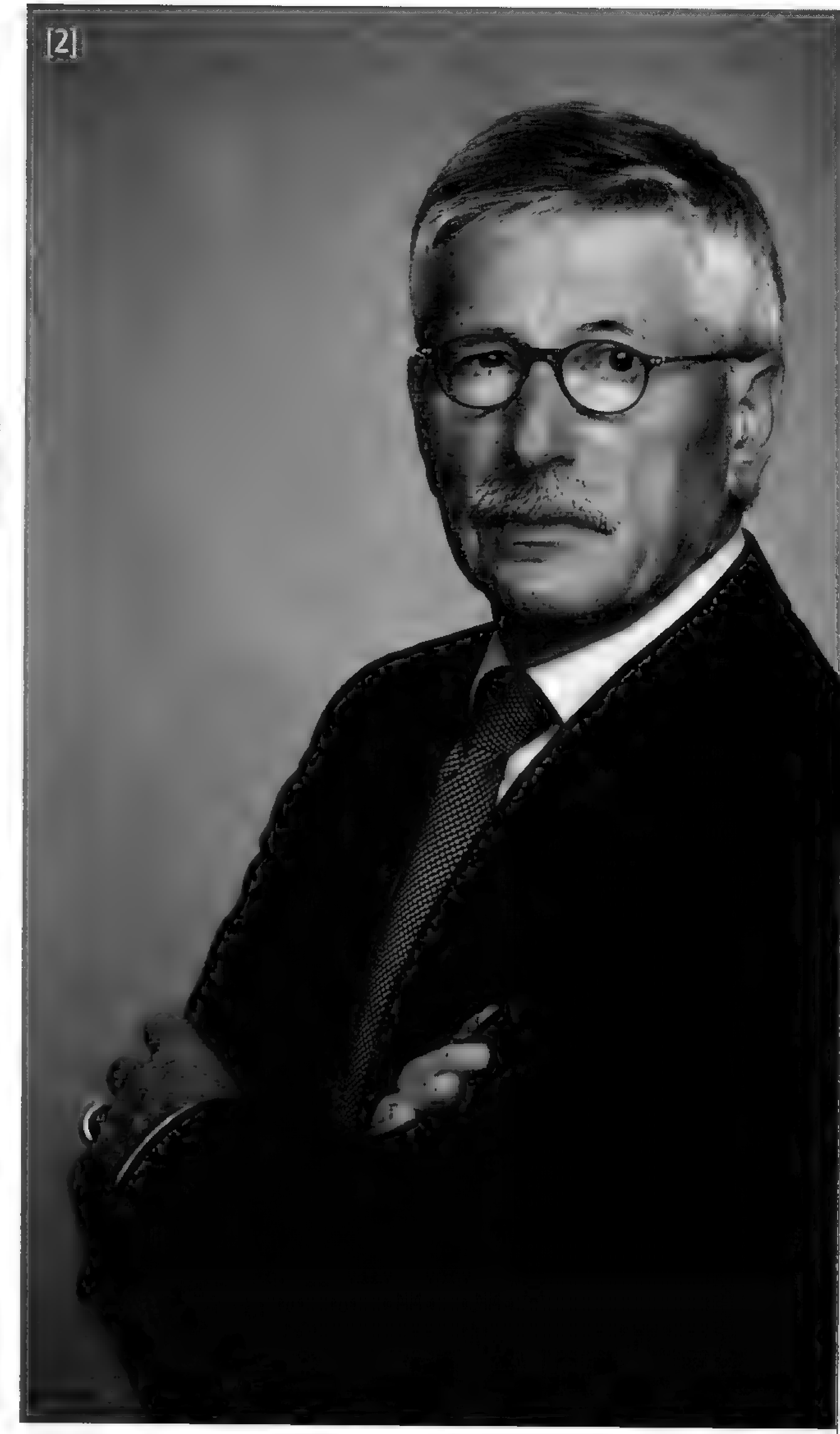


Foto: Rainer Lück

habe am Arbeitsmarkt – im gewissen Sinne also dafür, wieder ausgebeutet zu werden. Die (noch) Ausgebeuteten sollen ihrerseits eine klare Trennlinie zu den Ausgegrenzten ziehen, weil diese in dieser Logik auf ihre Kosten leben. Von diesem Mechanismus des Verhältnisses Ausbeutung und Ausgrenzung sind nicht nur (vermeintliche) Migrant_innen betroffen, sondern auch Hartz-IV-Empfänger_innen, Leiharbeiter_innen etc. Jedoch fallen rassistische Positionen aufgrund der völkisch-nationalistischen Konstante im Selbstverständnis der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft auf fruchtbaren Boden. Die Ideologie der Ethnisierung des Sozialen hat Hochkonjunktur.

Die sogenannte Elite wirkt wesentlich auf den Diskurs ein, verfügt sie doch über weitaus mehr diskursive Ressourcen, um Interpretationen oder soziale Überzeugungen zu beeinflussen. Trotzdem sind alle Personen nicht einfach nur Objekte eines von der Elite aufgedrückten Diskurses. Auch wenn die Zugänge zu einer Veränderung herrschender Diskurse erschwert werden, sind alle Beteiligten immer auch (Re-)Produzent_innen.

Dies ist eine entscheidende Erkenntnis für die Perspektiven antifaschistischer Politik. Es sollte darum gehen, die eigenen Wissens- und Denkstrukturen ständig zu reflektieren und sich dafür zu sensibilisieren, wann mit welchen Aussagen und Handlungen herrschende Ungleichheitsdiskurse bedient und somit Aus-




grenzungen gefördert werden. So werden beispielsweise antimuslimische Argumentationsmuster, die ebenfalls die Funktion der Ausgrenzung durch Imaginierung von Ungleichheit haben, selbst in Teilen sich als radikal links verstehender Personen und Gruppen durch Zuschreibungen reproduziert. Wer jedoch in der Form den Diskurs der Ungleichheit übernimmt, ist machtlos, wenn Leute wie Sarrazin oder Sloterdijk die Inhalte nach Ihrem Gutdünken mit rassistischen Mustern in diesen Diskurs einspeisen.

Um nicht bewusst oder unbewusst hegemoniale, antiemanzipatorische Diskurse zu bedienen, müssten ihre Strukturen und Verschränkungen genauer beleuchtet werden, um sie dann brechen zu können. ■

[1] Der Philosoph und Fernsehmoderator Peter Sloterdijk.

[2] Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank und SPD-Politiker, Thilo Sarrazin.

# Unerwünschte Gedenkstätte

## Umbettung jüdischer Häftlings-Leichen aus Gründen der Kostenreduzierung – eine Verwaltungsangelegenheit

Fried Kummer

Im Leipziger Süden liegt zwischen den Kleinstädten Borna, Frohburg und Bad Lausick der Ort Flößberg. Hier existierte im nahen Wald ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald. In diesem Lager litten von Ende des Jahres 1944 bis zur Evakuierung des Lagers am 13. April 1945 tausende – meist jüdische – Häftlinge unter den harten Arbeitsbedingungen, Hunger und Misshandlungen. Das Lager wurde durch die Leipziger Rüstungsfirma Hugo Schneider Aktiengesellschaft betrieben. Die HASAG verfügte über ein weitmaschiges Netz von Betrieben im Deutschen Reich und im besetzten Polen, in denen zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie Häftlinge aus Konzentrationslagern zur Arbeit unter teilweise katastrophalen Bedingungen gezwungen wurden. Unter Historiker_innen gilt die Firma als das Unternehmen, welches am stärksten in »die Vernichtung durch Arbeit« verwickelt war.

Die amerikanischen Truppen, welche im April 1945 das verlassene Lager im Wald von Flößberg vorfanden, entdeckten zahlreiche Massengräber. In den wenigen Monaten des Bestehens des Lager kamen mindestens 235 Menschen ums Leben. Im Rahmen einer öffentlichen Bestattung wurden 98 Leichen ins nahe Borna verbracht und öffentlich beigesetzt. Bei der Exhumierung und Umsetzung der Leichen wurden aus erzieherischen Gründen die lokalen NSDAP-Funktionsträger gezwungen mitzuwirken. Weitere 38 Häftlingsleichen wurden im Wald nahe dem Lagergelände in Einzelgräbern bestattet.

Seit 2006 bemüht sich die Geschichtswerkstatt Flößberg e.V. um eine Aufarbeitung vor Ort und eine würdige Gestaltung des Ortes. Dabei stand für die Initiative die Vermittlung der weitestgehend unbekannten Geschichte des Außenlagers in der Region im Vordergrund.

Gemeinsam mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) wurde ein Konzept zur Gestaltung des Geländes entwickelt, welches bei einer Podiumsdiskussion am 24. Juni 2009 im Rahmen der Jüdischen Woche in Leipzig vorgestellt wurde. Kernstück dieser Planungen ist die Grabstätte im Flößberger Wald, da sie ein einziger hier verbliebener, sichtbarer Hinweis auf die Existenz des Lagers ist.

Doch die Dinge verliefen anders: nur wenige Tage nach der Vorstellung der Konzeption und dem Beginn einer Spendenaktion zur Realisierung der Gestaltungspläne, stimmte der zuständige Stadtrat der Stadt Frohburg, in welcher Flößberg eingemeindet ist, einer Öffnung der verbliebenen 38 Gräber und Umbettung auf die Grabstätte nach Borna zu. Auslöser war ein Vorstoß des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, welcher im Auftrag des Freistaates Sachsen die Gestaltung und Pflege der Gräber ausführt. Der Volksbund war gezielt mit dem Anliegen auf die Gemeinden Borna und Frohburg zugekommen, beide Grabstätten zu vereinigen. Hintergrund war deren Sanierungsbedürftigkeit. Aus Gründen der Kosteneinsparung und Effizienz hatte der Volksbund beschlossen, eine Zusammenlegung beider Grabstätten vorzuschlagen: dies spare laufende Kosten für die Pflege und es müsse lediglich für einen Ort eine Sanierung finanziert werden. Der Antrag auf Exhumierung der Leichen und Umbettung nach Borna wurde bei der zuständigen Landesdirektion in Chemnitz gestellt.

Den Frohburger Stadträten fiel die Entscheidung offenbar leicht. Durch die Verlegung des Gedenkortes würde unter anderem der Bau einer Zufahrt entfallen, was für die Gemeinde eine erhebliche Kosteneinsparung bedeuten würde. Dass mit einer Umbettung auch eine Entledigung von unangenehmer Geschichte verbunden war, wird wohl bei der Entscheidungsfindung auch eine Rolle gespielt haben.

Eine Diskussion darüber, ob eine durch deutsche Behörden beschlossene Umbettung aus ethischen Gründen schwierig sein könnte, fand während der Entscheidungsfindung der Stadträte nicht statt. Auch dafür,

dass ein konkreter Ort der Erinnerung und eine daran geknüpfte Aufarbeitung vor Ort wichtig ist, gab es keinerlei Bewusstsein.

Erst die Intervention der Geschichtswerkstatt Flößberg, deren Projekt durch die Entscheidung akut gefährdet ist, da sonst kaum sichtbare Spuren vor Ort vorhanden sind, brachte die geplante Umbettung an die Öffentlichkeit. Da ein Gespräch zwischen der Stadtverwaltung Frohburg und der Geschichtswerkstatt kein Einlenken der Verwaltung brachte, ließ die Geschichtswerkstatt im Juli 2009 die Zusammenarbeit ruhen.

Die Landesdirektion Chemnitz prüft derzeit den Antrag auf Umbettung. Aus diesem Grund wurden auch die Stadt Borna sowie der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden um Stellungnahmen gebeten. In Borna wurde im Hauptausschuss – ein Stadtratsbeschluss war nicht erforderlich – beschlossen, dass einer Aufnahme der Leichen nichts im Wege stehen würde. Auch hier gab es keine inhaltliche Diskussion über einen respektvollen Umgang mit Erinnerungsorten und den Opfern von NS-Zwangsarbeit. Der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden steht einer Umbettung eher kritisch gegenüber. Eine Umbettung kann nach halachischen Gesetzen[1] eigentlich nur in Familiengräber von Angehörigen oder nach Israel geschehen.




Foto: Thomas Bergner

Mittlerweile regt sich jedoch weiterer Widerspruch gegen die Umbettung: ein offener Brief anderer Initiativen, welche sich für die Vermittlung der Geschichte von ehemaligen Außenlagern des KZ Buchenwald engagieren, haben sich gegen eine Exhumierung ausgesprochen.

Auch Überlebende des Lagers haben bereits gegen die Umsetzung nach Borna protestiert: In einem offenen Brief an den Bürgermeister der Stadt Frohburg äußerte der Holocaustüberlebende Stephen Casey sein Unverständnis für die Entscheidung. Darüber hinaus haben sich mehrere Landtagsabgeordnete aus der Region öffentlich gegen die Umbettung ausgesprochen. Ein gutes Zeichen, da somit der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden nicht der Einzige bleibt, der gegen das Vorhaben einer kosteneffizienten Entsorgung des Flößberger Gedenkortes Stellung bezieht.

Bleibt abzuwarten, wie sich die Landesdirektion Chemnitz entscheiden wird. Eines ist jedoch sicher: eine Umbettung der Leichen der Zwangsarbeiter wird nicht ohne öffentlichen Protest vonstatten gehen.

Mittlerweile gibt es wieder vorsichtige Annäherungen zwischen der Geschichtswerkstatt und der Stadtverwaltung. Im Rahmen eines öffentlichen Workshops Ende März 2010 wurden die Gespräche mit der Stadtverwaltung wieder aufgenommen. Einig war man sich, dass es einen Erinnerungsort im Flößberger Wald geben muss. Jedoch kam es nicht zu einem Signal, dass der Stadtrat seine schwierige Entscheidung nochmals überdenkt. Vielmehr wurde erneut auf die noch ausstehende Entscheidung an die Landesdirektion Chemnitz verwiesen.

Die Beisetzung in einem großen Grab in Borna sollte nach Lesart der Befürworter der Umbettung neben geringeren Pflegekosten auch mehr Sicherheit vor Zerstörungen bieten. Dass dies wohl eher kein Argument sein kann, zeigten die jüngsten Ereignisse. In der Nacht vor den Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Befreiung wurde das Denkmal für die Toten aus Flößberg in Borna durch Neonazis geschändet. ■

1| Die Halacha ist die rechtliche Auslegung der Tora, der hebräischen Bibel.

# Die Wahrheit ist irgendwo da draußen...

## Die deutsche »Truther«-Bewegung

Ein junger Jenaer Neonazi wurde im Oktober 2009 geoutet: Die Antifaschistische Initiative »Sieben auf einen Streich« stellte der Öffentlichkeit Nico Schneider, Mitglied der Burschenschaft Normannia und der JN, vor. An ihm lässt sich laut der Thüringer Antifagruppe die »Vernetzung rechts-militanter, national-konservativer und studentisch-alternativer Kreise« offen darstellen. Belegt wird dort neben seinen neonazistischen Aktivitäten auch, dass er Mitglied des Stammtisches des infoNetzwerk Thüringen ist.[1]

Eike Sanders

Das infoNetzwerk besteht aus »Infokrieger[n], welche auch Truther genannt werden«. Dies ist sicherlich im Fall von Schneider eine von den LeserInnen als Nebeninformation abgetane Erkenntnis. Doch die »Infokrieger« und ihr Umfeld begegnen uns neuerdings vermehrt in der extremen Rechten: auf dem Szene-Internetportal altermedia standen schon mehrere Artikel, der neonazistische JVA-Report druckte einen Beitrag, sogar die NPD Stade[2] – alle haben die Quelle: infokrieg.tv.

### Themen jenseits der »Massenmedien«?

Die »Nachrichten-Plattform« infokrieg.tv, die es seit 2006 gibt, ist der deutsche Ableger von »infowars.com« – einer US-amerikanischen Webseite des Verschwörungstheoretikers Alex Jones. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 erhielten dessen »Theorien« von überall und zu allen Themen stattfindenden Verschwörungen enormen Auftrieb. Die deutsche Seite, die vom jungen Studenten Alexander Benesch betrieben wird, ergänzt Jones' antikommunistische und verschwörerische Thesen noch um tendenziell antisemitische[3], geschichtsrevisionistische und völkische[4] Inhalte.

Inzwischen hat sich auch im deutschsprachigen Raum ein immer offener auftretendes Konglomerat unzähliger Webseiten und meist loser Gruppen gebildet, die sich unter dem Begriff »Truther«[5]-Bewegung zusammenfassen lässt. An größeren Netzwerken seien hier neben infokrieg.tv und den InfoNetzwerken noch die Anti-Zensur-Koalition erwähnt, die nicht nur Scientologen eine Bühne bietet, sondern auch dem extrem rechten Verschwörungstheoretiker und Antisemiten Jo Conrad. Daneben gibt es viele Gruppen und Webseiten, die sich vor allem um Verschwörungen kümmern, die nur ein Thema betreffen (Chemtrails, Impfkritik, Germanische Neue Medizin, Europa-Politik etc.). Zum Teil sind sie untereinander zerstritten, punktuell treten aber einzelne Personen in verschiedenen Netzwerken auf.

Die StichwortgeberInnen und das Gefolge setzt sich in Deutschland aus »Wahrheitssuchenden« aller Couleur zusammen: alten und jungen AntiimperialistInnen, esoterischen New-Age-VerschwörerInnen, AntikommunistInnen und damit auch manchmal extrem rechten Anti-Antifas und AntisemitInnen – doch die wenigsten sind Neonazis. Die verbindende Klammer ist der Grundansatz, man befinde sich lediglich auf der Suche nach der »Wahrheit« und in Opposition zu den »Massenmedien« der »Eine-Welt-Ordnung«. Mit den Themen 9/11, Impfkritik, Bilderberger-Konferenz (und anderen Geheimbünden), Wirtschaftskrise, Krieg (meist Nah-Ost) und »Globale Elite« werden jedoch die simpelsten antiamerikanischen bis antisemitischen Reflexe bedient.

### Nicht Links gegen Rechts sondern Gut gegen Böse!

Politisch verorten sich die »Infokrieger« außerhalb des »Links-Rechts-Schemas« und explizit gegen dieses. »Gegen politischen Dogmatismus« zu sein ist indes eine Prämisse, die v.a. auch junge Leute, die Ein-Punkt-Politik (z.B. Datenschutz wie in der Pira-

1| http://atf.antifa.net/nico-packt-aus/index3f01.html?option=com_content&view=section&layout=blog&id=13&Itemid=62
2| http://www.npd-stade.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=2053&Itemid=151; zuletzt 21.5.2010
3| So zieht der Artikel »Die globale Elite selbst ist der Urheber des UFO-Verschwörungskultes« von Paul Joseph Watson/Alex Benesch 24.03.2008 die extrem antisemitische Zeitung bzw. Webseite von Clay Douglas als Quelle heran. (http://infokrieg.tv/ufo_hoax_2008_03_24.html; zuletzt am 21.5.2010)
4| So bewirbt infokrieg.tv auch das Buch »Das Deutschlandprotokol« von Ralf U. Hill. Hill – der auch von der (Ex-)DDR als »Mitteldeutschland« spricht und von der BRD als »GmbH« – in einem Interview mit Benesch und Hofer zum Ideal der nationalen Souveränität: »Man muss auch dazu sagen, dass jedes Volk einfach seine Wurzeln hat, ja. Das sind

tenpartei) betreiben, anspricht und sie – so absurd das klingen mag – politisiert.

Das Gefühl, weder rechts noch links zu sein ist zum einenden Moment geworden. Niemand fragt, aus welcher politischen Positionierung heraus man denn eine gemeinsame Diskussionsgrundlage hätte. Ein konstruktiver Diskurs geschweige denn ein emanzipatorischer Gesellschaftsentwurf kann so nicht entstehen. Das Nicht-Rechts-Sein beschränkt sich in den meisten Beiträgen lediglich darauf, sich gegen vermeintliche Verleumdungen »der Kommunisten« zu erwehren, wobei eine inhaltliche Analyse meist ausbleibt. Im Gegenteil wird vehement nach links polemisiert: »Da der Antifaschismus in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg aber ohne Faschismus auskommen muss, sucht [...] er ihn überall und zimmert sich so ein neues Feindbild [...] So ist »Faschist« heute nicht mehr die Bezeichnung für einen Anhänger des ehemaligen sozialistischen Funktionärs, ehemaligen Antikriegsaktivisten und späteren Ministerpräsidenten Italiens Benito Mussolini, sondern jeder der nicht in das verzerrte Weltbild der Linksextremisten passt.«[6] Sich selbst als eine bedrohte Minderheit stilisierend, wird im Namen des Guten (»Wahrheit«) der Kampf gegen das Böse (»Manipulation«/Lüge) geführt. So schleudert infokrieg.tv selbst den Vorwurf »Faschismus!« ungeachtet von historischen Fakten und Inhalten in alle Richtungen.

## Patchwork-Wahrheiten für Zweifelnde

Sich selbst systemkritisch gebend ist die politische Analyse der Welt bei infokrieg.tv doch denkbar simpel: »Die westlichen Industrienationen [leben] überhaupt nicht in einem kapitalistischen System, sondern in einer von privaten Zentralbanken gesteuerten Planwirtschaft«[7]. Es gibt keine philosophische oder (politik-)wissenschaftliche Schule oder Denkrichtung, nach deren Logik die Ereignisse und Facetten der Welt in Beziehung zu einander gesetzt werden. Allein der Leitspruch cui bono (wem nützt es?) wird zum Grundprinzip erhoben: Die Welt ist kein komplexes Herrschaftssystem, sondern ein System der Herrscher und der Marionetten und der verdummten Masse. Diese bösen Mächte werden personalisiert und sitzen in vielen Verschwörungsfiguren an der US-amerikanischen Ostküste. Das allgemeine apokalyptische Setting des Informationskrieges legitimiert auch immer wieder die Erfindung von falschen Fakten und das Wegwischen offensichtlicher Widersprüche – lieber eine falsche Wahrheit als das Eingeständnis, sich nicht alles selbst erklären zu können.[8]




Dass in der »Truther-Bewegung« mehrere, sich komplett widersprechende »Wahrheiten« nebeneinander existieren können, wird entweder ignoriert oder als Qualitätsmerkmal und Pluralität (im Gegensatz zu »Faschismus«) verkauft. Es entstehen Patchwork-Wahrheiten nach dem wikipedia-Prinzip: Die Wahrheit ist die Summe der Einzelwahrheiten, auch wenn sie widersprüchlich sind. Hierfür wird eine gemeinsame Plattform geboten und der/die InfokriegerIn kann sich mit all den anderen mutigen ZweiflerInnen verbündet fühlen. Allein der Prozess des Zweifelns, Fragens und Suchens nach der Wahrheit macht einen zum besonderen Menschen in Abgrenzung zu der »verdummten« Masse.

## Ausblick

Sicher ist, dass es sich um ein wachsendes, weitverzweigtes und dennoch ausdifferenzierendes Netzwerk oder Milieu handelt, das sich hauptsächlich im virtuellen Raum abspielt und dessen politische Präsenz derzeit eher marginal ist. Dennoch ist ein gewisser missionarischer Eifer festzustellen: »Infokrieger« schreiben ihre Messages (9/11 – Inside Job – www.infokrieg.tv) mit Kreide auf die Straßen Berlins, sie verteilen Umsonst-DVDs, kleben Aufkleber. In der Praxis stellt sich das Problem, dass richtige und wichtige Kritik wie die am »Überwachungsstaat« auch von infokrieg.tv besetzt wird. Infokrieg.tv und ähnliche Seiten liefern allerdings nicht nur eine völlig stupide Welterklärung, sondern halluzinieren neben der obligatorischen jüdischen Verschwörung auch immer wieder kommunistische Verschwörungen. Eine konsequente Abgrenzung – nicht nur auf gemeinsamen Demonstrationen – lassen viele Teile der sich irgendwie als links oder antikapitalistisch begreifenden »Truther« jedenfalls immer noch vermissen. ■

Zuerst erschienen im monitor, Rundbrief des apabiz, Nr. 43, Dezember 2009.

ethnische Wurzeln, das sind kulturelle Wurzeln, Sprache, einfacn wie sie sich geben. Und wer seine Identität verliert und keine Wurzeln mehr hat und nicht mehr weiß, wer er ist, der ist auch sehr manipulierbar« (43:29 – http://www.videogold.de/infokrieg-videocast-16032008-mit-ralf-hill-autor-des-deutschland-protokoll-und-mehr/; zuletzt am 6.12.2009). Benesch: »Gerade Zuwanderung ist ein beliebtes Mittel um Chaos zu stiften« (http://infokrieg.tv/2009_11_22_alternative_medien_2von4.html; zuletzt am 21.5.2010)

5| Engl: truth = Wahrheit

6| von: »Freigeist«: »Antifaschismus und andere Lebenslügen« (23.Nov 09): http://infokrieg.tv/2009_11_23_antifaschismus.html; zuletzt am 21.5.2010

7| Benesch: http://infokrieg.tv/2009_12_01_piratenpartei.html; zuletzt am 21.5.2010

8| An dieser Stelle sei auf die Zeitschrift »Skeptiker«, herausgegeben von der Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften, verwiesen, die z.B. im Heft 4/08 physikalisch belegt, warum das WTC 7 auch ohne Sprengung einstürzen konnte.

# Die Niederschlagung des Kapp-Putsches

## Zum 90. Jahrestag des einzigen Generalstreiks und größten antifaschistischen Abwehrerfolges der deutschen Geschichte

Bernd Langer



[1] Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt (1 v.l.) bei der Abnahme eines Vorbeimarsches der Brigade Ehrhardt in Berlin.

Foto: Bundesarchiv

Im Jahr 1919 wird in Deutschland jede Hoffnung auf die Weiterführung der Revolution zerschlagen. Allein der Januaraufstand in Berlin und das folgende Märzmassaker kosten weit über 2.000 Menschen das Leben. Ähnlich ist es der Münchner Räterepublik ergangen, der in Bremen, in Braunschweig und anderen Städten. Die linken Strukturen haben einen schweren Schlag erhalten. Viele wichtige Aktivisten sind tot, verhaftet oder auf der Flucht, die KPD ist verboten. Unter dem neuen KPD-Vorsitzenden Paul Levi wird der linksradikale Flügel im Oktober 1919 aus der Partei gedrängt, die daraufhin die Hälfte ihrer 100.000 Mitglieder verliert. In Berlin sind es sogar 80 Prozent des Mitgliederbestandes.

In diese Phase der politischen Schwäche kommt es zu einem der größten antifaschistischen Erfolge der Geschichte. Er zeigt sich in einer spontanen Massenmobilisierung zur Rettung der Republik und endet in einer weiteren tragischen Niederlage der revolutionären Bewegung.

### Hakenkreuz am Stahlhelm

Ende 1919 zählt die vorläufige Reichswehr einschließlich noch bestehender Freikorps 250.000 Mann. Aufgrund der Versailler Friedensbedingungen ist Deutschland gezwungen, seine Armee auf 100.000 Soldaten zu reduzieren. Damit geht es für viele Offiziere und Soldaten um ihre ökonomische Existenz. Putschgerüchte machen die Runde. Auch in der Marinebrigade Ehrhardt, einer Art Elitefreikorps, rumort es.

Einen besonderen Freund hat die Einheit in General Lüttwitz, unter dessen Befehl die Freikorps ab Januar 1919 aufgestellt wurden. Der erzreaktionäre »Vater der Freikorps« ist persönlich mit dem rechtsgerichteten Beamten und Politiker Wolfgang Kapp bekannt. Als am 29. Februar 1920 die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt befohlen wird, organisiert der Verband auf seinem Übungsplatz Döberitz demonstrativ eine Parade. Auch Lüttwitz ist anwesend und anscheinend tief bewegt. In kopflosem Aktionismus verlangt er nach der Zeremonie in einer persönlichen Unterredung mit dem Reichspräsidenten, die Truppenreduzierung nicht durchzuführen, sondern stattdessen die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen. Ebert und Reichswehrminister Noske (beide SPD) lehnen diese Forderungen ab und erwarten ihrerseits den Rücktritt des Generals. Als Lüttwitz sein Amt nicht aufgeben will, entzieht Noske ihm die Kommandogewalt. Unverzüglich fährt Lüttwitz nach Döberitz und spricht am 12.März 1920 mit Ehrhardt: »Der Augenblick zum Handeln ist gekommen. Rücksichtslos will die Regierung alle Verbände auflösen«, Am Abend desselben Tages marschiert die Marinebrigade in Richtung Berlin. Um ihre völkische Gesinnung zu zeigen, haben sich die Soldaten vorn auf ihre Stahlhelme Hakenkreuze gemalt.

Währenddessen findet in Berlin eine Lagebesprechung statt. Noske will die Reichswehr gegen die Putschisten einsetzen. Daraufhin erwidert General Seeckt, Chef des Truppenamtes: »Es kann doch keine Rede davon sein, daß man Reichswehr gegen Reichswehr kämpfen läßt. Truppe schießt nicht auf Truppe.«

Wohl oder übel muss Noske der Regierung verkünden, dass sie schutzlos ist. Der Reichspräsident, der Reichskanzler und die sozialdemokratischen Minister fliehen über Dresden nach Stuttgart, der Vizekanzler und die restlichen Minister bleiben in Berlin.

Bevor die Regierungsspitze die Hauptstadt verlässt, ruft sie zum Generalstreik auf. Das in revolutionärer Wortwahl gehaltene Papier unterzeichnen nur Sozialdemokraten. Jedoch distanzieren sie sich gleich wieder davon und es wird nie aufgeklärt, wer diese Proklamation eigentlich verfasst hat. Aber das ist nebensächlich, denn der Aufruf und die Flucht der Regierung aus Berlin stellen in dieser Situation die einzig richtigen Schachzüge dar.

In den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 übernehmen die 4.000 Soldaten der Marinebrigade die Kontrolle über die Reichshauptstadt und Kapp erklärt sich zum Staatsoberhaupt. Doch jetzt, als die Putschisten scheinbar die Macht in ihren Händen halten, offenbart sich ihr politischer Dilettantismus: Außer für den Einmarsch in Berlin existiert keine Planung – und nicht einmal die Politiker, die man absetzen will, werden festgenommen. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich das Militär nicht mitreißen. Da es außerdem nicht gelingt, den Beamtenapparat für sich zu gewinnen, ist die Machtübernahme von vorne herein gescheitert.

### Alle Räder stehen still

Die Führungsrolle bei der Abwehr des Kapp-Putsches fällt den Gewerkschaften zu. Der ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund), die AfA (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) und der DBB (Deutsche Beamtenbund) bilden eine »Reichszentrale« für den Streik. Vieles erinnert an den November 1918. Indes haben die Linken nicht vergessen, wer Ebert und Noske sind. Die USPD, die Berliner Gewerkschaftskommissionen und die Zentrale der Betriebsräte organisieren eine eigene »Zentrale Streikleitung Groß-Berlin«, zu der wenig später auch die KPD stößt.

Den Drahtziehern des Staatsstreichs wird schnell klar, dass ihr Unternehmen gescheitert ist. Sie zeigen sich verhandlungsbereit. Es scheint, als könne der Kapp-Putsch ohne Blutvergießen beendet werden. Dass es anders kommt, liegt unter anderem an dem überraschend erfolgreichen Generalstreik, der am Montag, den 15. März 1920, das gesamte Land erfasst hat. Geschätzte 12 Millionen Menschen sind im Ausstand, es ist der größte Streik in der deutschen Geschichte. Bis weit ins Bürgertum reicht die Solidarität gegen den Rechtsputsch. Spontan bilden sich Aktionsausschüsse oder Vollzugsräte. In vielen Gebieten des Reiches entstehen zudem bewaffnete Arbeiterformationen, um mögliche Aktivitäten von Putschisten im Keim zu ersticken.

### Verwirrende Nachrichtenlage

Am 17. März räumt zunächst Kapp seinen Stuhl und geht ins Exil nach Schweden. Wenig später reicht General Lüttwitz seinen Rücktritt ein, den ihm der Reichskanzler bei vollen Pensionsansprüchen gewährt. Neuer Chef der Heeresleitung wird Generalmajor Hans von Seeckt, dem die heikle Aufgabe zufällt, den Rückzug der Marinebrigade aus Berlin durchzusetzen. Freikorpsführer Ehrhardt: »Seeckt fragte mich im Ernst: ›Kann ich mich auf die Brigade im Kampf gegen den Bolschewismus stützen?‹ Ich sicherte es ihm zu.« Von Seeckt äußert daraufhin: »Ich gebe der 2. Marine-Brigade die Zusicherung, daß ein Haftbefehl gegen ihren Kommandeur, [...] nicht durchgeführt wird.«

Aufgrund dieser Abmachung wird der Rückzug eingeleitet. Formal gesehen gehört die Marinebrigade ab diesem Zeitpunkt zu den Regierungstruppen. Den Soldaten macht das keine Probleme, ohne Zögern wechseln sie auf Befehl ihrer Offiziere die Seiten. Ihr politisches Bewusstsein erschöpft sich im Gehorchen.

Damit ist der Staatsstreich zusammengebrochen und eigentlich könnte der Streik beendet werden, doch in weiten Teilen des Landes wollen die

→

[1]



Foto: Bundesarchiv

[2]




Foto: Bundesarchiv

[3]




[1] Kapitän Ehrhardt (links, im Auto sitzend) beim Einmarsch der Marinebrigade am 13. März 1920 in Berlin.

[2] Truppen der Putschisten riegeln das besetzte Regierungsviertel ab, hier Posten am Wilhelmplatz.

[3] Demonstration gegen den Kapp-Lutwitz Putsch 1920 in Berlin.

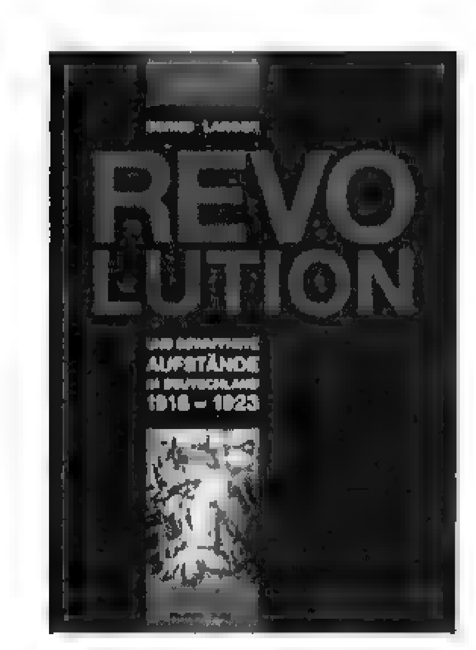



➔ Arbeiter den Ausstand erst aufgeben, wenn das monarchistische Offizierskorps entmachtet und zumindest die Sozialisierung der Schlüsselindustrien erfolgt ist. Außerdem ist mit dem Streik ein Prozess in Gang gesetzt worden, in dem linksradikale Aktivisten das Heft in die Hand zu nehmen versuchen.

Um die Entwicklung in den Griff zu kriegen, ist es für die Regierung von größter Wichtigkeit, den Generalstreik umgehend zu beenden. Gegen den Willen von USPD und anderen linkssozialistischen Organisationen wird für den 20. März das Ende des Ausstandes verkündet.

Viele Arbeiter und Beamte nehmen die Arbeit wieder auf – die Streikfront hat einen schweren Schlag erhalten. Gleichzeitig gehen die Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern mit freien Gewerkschaftsbünden, USPD und anderen weiter. Es herrscht eine verwirrende Nachrichtenlage.

Ist der Generalstreik abgebrochen oder nicht? Durch das Nichterscheinen der Zeitungen entstehen Informationsdefizite. Wenn die Proletarier überhaupt etwas glauben, dann sind es die Verlautbarungen ihrer Parteien, die ein ganz eigenes Bild der Lage zeichnen. Dass sich die Putschtruppen am 17. März der Regierung unterstellt haben, ist weitgehend unbekannt. Gerüchte und Stimmungen werden ausschlaggebend für das Handeln. Die Folge sind bewaffnete Konfrontationen aus Unkenntnis der Lage und die brutale, rechtsstaatlich legitimierte Rache der Freikorps.




**Bernd Langer: Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918–1923.** AktivDruck-Verlag, Göttingen 2010, 380 Seiten, 19,80 Euro

## Die Rote Ruhrarmee

Im Umland von Berlin, im mitteldeutschen Industriegebiet, in Thüringen, dem Erzgebirge-Vogtland, der Niederlausitz und Teilen Schlesiens kommt es zu lokalen Gefechten, als Reichswehr und Freikorps anrücken. In Halle, wo Kasernen von bewaffneten Arbeitern eingeschlossen werden, spielt sich eine regelrechte Schlacht ab. Sechsundachzig Menschen werden getötet.

Die weitaus größte Aufstandsbewegung entwickelt sich im Ruhrgebiet, wo die Umstände für die Arbeiter günstiger sind als im übrigen Reich. Denn auf Grund des Versailler Vertrages muss fast das gesamte »Revier« vom Militär geräumt werden.

General Watter, der für dieses Gebiet militärisch verantwortlich ist, will die spontane Streikbewegung eindämmen. Zu den Maßnahmen des Generals zählt die Besetzung der Stadt Wetter durch das Freikorps Lichtschlag. Die Truppe macht kein Hehl aus ihren Sympathien für den Putsch und fährt mit schwarz-weiß-roter Fahne in den Bahnhof ein. Das führt binnen kürzester Zeit zu einem Gefecht mit kampfentschlossenen Proletariern, die das Freikorps am 15. März aus der Stadt vertreiben. Ähnliche Szenen spielen sich auch an anderen Orten ab, ein allgemeiner, bewaffneter Aufstand beginnt, der das Ruhrgebiet am 23. März unter die Kontrolle revolutionärer Arbeiter bringt. Allerdings ist die Rote Ruhrarmee keine tatsächliche Armee. Zum größten Teil handelt es sich bei den geschätzten 50.000 bis 100.000 Kämpfern um Weltkriegsveteranen, die in Einheiten aus 70 bis 100 Mann unterteilt sind, und von gewählten Führern befehligt werden.

## Das Ende

Während im Ruhrgebiet Arbeitertruppen die Festung Wesel belagern, tritt Reichswehrminister Gustav Noske am 22. März zurück. Daraufhin beenden auch freie Gewerkschafter und USPD am 23. März den Generalstreik.

Im Ruhrgebiet zeigt sich deutlich, dass die Rote Ruhrarmee keinen Generalstab hat, der in der Lage ist, große Operationen zu koordinieren. Zudem treten Munitionsmangel und Nachschubprobleme auf.

In dieser Situation versucht der preußische Innenminister Severing, mit den Aufständischen Verhandlungen aufzunehmen. Doch viele Vollzugsräte sind nicht über die Gespräche informiert oder lehnen sie ab. Auch die Rote Armee will nicht verhandeln – noch ist sie auf dem Vormarsch, erst soll Wesel fallen! Allerdings läuft sich der Angriff auf die Zitadelle am 24. März endgültig fest und für die Aufständischen beginnt sich das Blatt zu wenden.

Ab dem 25. März verhängt die Reichsregierung eine Blockade für Rohstoffe und Lebensmittel. Die entstehende Not im Aufstandsgebiet ist nur mit der während des Krieges zu vergleichen. Das Ruhrgebiet ist isoliert.

Schließlich erlauben die Alliierten den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet. Daraufhin gehen viele Vollzugsräte am 2. April auf ein letztes Ultimatum der Regierung ein und demobilisieren ihre Einheiten. Trotzdem setzt sich die, bereits stark durch Selbstauflösung geschwächte, Rote Ruhrarmee gegen den Einmarsch der Regierungstruppen zur Wehr. Bis zum 7. April dauern die Kämpfe, bei denen nach Schätzungen mindestens 2.000 Menschen ums Leben kommen.

Dessen ungeachtet leistet im weit entfernten Vogtland eine Rebellentruppe um Max Hoelz bis zum 17. April weiter bewaffneten Widerstand. Dann flüchten die letzten Rebellen vor der Reichswehr über die tschechische Grenze nach Böhmen.

### Konsequenzen

Nach dem Ende des Kapp-Lüttwitz-Putsches werden die Freikorps aufgelöst und in die neue Reichswehr integriert. Wolfgang Kapp stirbt, bevor ihm der Prozess wegen Hochverrats gemacht werden kann. Ehrhardt taucht in München unter. Zusammen mit früheren Angehörigen der Brigade gründet er die konspirativ agierende Organisation Consul (OC), die bald durch Attentate auf führende Politiker von sich Reden macht.

Linksradikale werfen der KPD nach dem Kapp-Putsch eine inkonsequente Haltung vor und gründen am 3. April 1920 die KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland). Kurz darauf hat die KAPD 80.000 Mitglieder und ist damit größer als die KPD. Die neue kommunistische Partei lehnt jede Beteiligung an Wahlen und jede Zusammenarbeit mit reformistischen Gewerkschaften ab. Stattdessen propagiert sie die direkte Aktion und den bewaffneten Kampf. Mit Bombenanschlägen und Banküberfällen setzen Parteimitglieder diese Gedanken in den nächsten Monaten in die Tat um. Aufgrund ihrer radikalen Strategie und zahlreicher Spaltungen versinkt die KAPD aber binnen weniger Jahre in die politische Bedeutungslosigkeit.

### Scheitern revolutionärer Ambitionen

Der Generalstreik zeigt beeindruckend, dass es in Deutschland 1920 keine Mehrheit für eine Rückkehr zur Monarchie oder eine Rechtsdiktatur gibt. Die Massen verteidigen die Republik – deshalb kann die SPD nach dem Scheitern des Putsches den ADGB schnell zur Aufgabe des Ausstandes bewegen. Dem gegenüber ist die Linke nicht in der Lage, einen wirkungsvollen Generalstreik aufrecht zu erhalten. Nur in Teilen des Proletariats finden radikalere Forderungen Widerhall, weshalb auch Versuche, sich mit bewaffneten Aktionen durchzusetzen, keinen Erfolg haben.

Die nähere Analyse zeigt, dass die Konfrontationen zum überwiegenden Teil erst nach dem Scheitern des Kapp-Putsches (ab dem 17. März) ausbrechen und fast immer durch Angriffe von Arbeitermilizen ausgelöst werden. Es wird deutlich, dass bei den gewaltsamen Zusammenstößen lokale Führer – oft in Verkennung der Realität – nach eigenen Vorstellungen agieren und die Konfrontation so weit wie möglich treiben, ohne den politischen Gesamtkontext zu beachten. Die Linke verfügt weder über eine Strategie, noch über ein Konzept oder eine Führung.

Insgesamt ist unverkennbar, dass im linken Proletariat eine breite Strömung existiert, die den bewaffneten Kampf will. Einen Ausdruck findet das in der Gründung der KAPD. Die Strategie eines bewaffneten Umsturzes nach Vorbild der Bolschewiki in Russland kann aber unter den gegebenen Voraussetzungen nicht erfolgreich sein. ■

Bernd Langer, geboren 1960 in Bad Lauterberg im Harz, ist seit 1977 autonomer Antifaschist. In diesem Zusammenhang war er an der Norddeutschen Antifakoordination beteiligt und seit Ende der 80er Jahre maßgeblicher Initiator für die Entwicklung autonomer Bündnispolitik mit etablierten politischen Organisationen wie Gewerkschaften, den Grünen etc. in Göttingen. Er war Mitbegründer der Autonomen Antifa (M) bzw. der AA/BO und der kulturpolitischen Initiative Kunst und Kampf (KuK), bekannt für ihre Plakate, Bilder und Agitpropaktionen. Darüber hinaus publizierte er zahlreiche Artikel und Broschüren zu den Themen antifaschistischer Widerstand und »Revolutionärer Antifaschismus«.

1997 erschien Langers Buch »Kunst als Widerstand«, das 1998 in einer überarbeiteten und aktualisierten Fassung in englischer Sprache unter dem Titel »Art as Resistance« herauskam. 2004 folgte sein autobiographischer Roman »Operation 1653 – stay rude, stay rebel«. 2009 brachte er im Zuge einer Ausstellung im Tacheles den Katalog »Die Kunst geht weiter« heraus, im März 2010 veröffentlichte er »Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918–23«.

Bernd Langer ist nach wie vor politischer Aktivist und lebt heute in Berlin.

# Mit Terrorgesetzen gegen Antifa-Recherche

## Die antifaschistische Szene in Dänemark gerät zunehmend in den Fokus von Ermittlungen nach den 2006 eingeführten »Terrorgesetzen«

Seit 2006 hat Dänemark verschärfte Terrorgesetze, die zunehmend gegen linke politische Aktivist_innen eingesetzt werden. Kürzlich sind zwei Antifas, die zu den Aktivitäten der dänischen Neonaziszene recherchieren, von der Sicherheitspolizei über längere Zeit überwacht und schließlich verhaftet worden.

Anne Jessen
für Demos und Antifa-Net aus Kopenhagen

### Antifaschistische Recherche wird zur terroristischen Tat erklärt

Am 28. Februar 2010 wurde der erste der beiden Antifas in Kopenhagen wegen des Verdachts auf Hacking, Gewalt gegen politische Gegner und Terrorismus verhaftet. Dazu kam die Vermutung der finanziellen Unterstützung einer Organisation, welche die Gesellschaftsordnung stören könnte. Ihm wird vorgeworfen, Daten über Neonazis gesammelt und diese auch militant agierenden Antifas zur Verfügung gestellt zu haben. Diese Verdächtigungen reichten aus um gegen ihn, den Terrorparagrafen anzuwenden. Es folgte die Verhaftung eines weiteren Antifas am 16. April. Aufgrund des selben Tatverdachts kamen die Beschuldigten in isolierte Untersuchungshaft. Zwar sind beide Anfang Mai 2010 nach 68 bzw. 21 Tagen wieder entlassen worden, doch die Vorwürfe gegen sie werden weiterhin aufrecht erhalten und ihnen drohen somit Haftstrafen von etlichen Monaten. Die betroffenen Antifas warten nun auf die Anklageschrift.

### Eskalation in Århus

Der Grund für das zunehmende Interesse der Sicherheitspolizei ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Dänemarks zweitgrösster Stadt, Århus, die Neonazi-Szene in den letzten Jahren stetig gewachsen ist. Gewalt gegen Linke und Immigrant_innen war und ist hier ein wachsendes Problem (siehe AIB # 81). Antifaschistische Gruppen haben politisch gegen die zunehmende Gewalt der Neonazis mobilisiert. Polizei und Presse reagierten, indem sie kritiklos die Neonazi-Gewalt und die politische Mobilisierung dagegen als »Bandenkonflikt« zwischen links- und rechtsextremen Gruppierungen bezeichneten. Ende April 2010 kam es nach einer Auseinandersetzung von Antifas mit dem lokalen DNSB-Neonazifunktionär[1] Daniel Carlsen in Århus zu Festnahmen von Antifaschist_innen aus der Region. Auch hier wurde zunächst Untersuchungshaft beantragt.

### Dänemark auf Terroristenhatz

Seit Dänemark im Jahr 2006 eine verschärfte Terrorgesetzesgebung eingeführt hat, sind Mitglieder verschiedener linker Organisationen wegen finanzieller Unterstützung von ausländischen Guerilla-Bewegungen, die auf der Terrorliste der EU stehen, zu Haftstrafen verurteilt worden. So wurden Aktivist_inn von »Fighters & Lovers«, einer Solidariätsgruppe für die kolumbianische FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens / Volksarmee) und die palästinensische PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) zu Haftstrafen von bis zu 6 Monaten verurteilt. Die Unterstützung bestand hierbei im Verkauf mit FARC- und PFLP-Logos bedruckter T-Shirts, deren Erlöse ausdrücklich nur für nicht-bewaffnete Aktivitäten verwendet werden sollten. Dennoch beschäftigt sich nun das Oberste dänische Gericht mit dem Ver-

1| DNSB steht für »Dänemarks Nationalsozialistische Bewegung«, eine militante Neonazigruppierung.




[1]

[1] Die Linke fest im Blick: Antifaschist_innen stehen in Dänemark unter starker polizeilicher Beobachtung und werden immer häufiger nach den im Jahr 2006 eingeführten »Terroristenparagraphen« verfolgt.

»Coax«, commons.wikimedia.org

ein, welcher auf diese Weise Terrorgruppen unterstützt haben soll. Ein Teil des überschaubaren Verkaufserlöses von etwa 3400 Euro sollte einer Radiostation der FARC und einer Plakatdruckerei der PFLP zugute kommen. Sechs Vertreter_innen von »Fighters & Lovers« sind deshalb – nach einem Freispruch in erster Instanz – nunmehr zu Strafen zwischen zwei und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Verurteilt wurde auch ein leitendes Mitglied von »Oprør« (Aufruhr), eine Organisation, die aus Protest gegen die Terrorgesetze gegründet wurde, und die Gesetzgeber mit verschiedenen Solidaritätsaktivitäten herausfordert. Auch hier lautete die Begründung des Urteils, dass man eine verbotene Terrororganisation (FARC) finanziell unterstützt habe. Gegen eine dritte Organisation bestehend aus früheren dänischen kommunistischen Widerstandskämpfer_innen und KZ-Überlebenden (Horserød-Stutthof Verein) wird nun ebenfalls wegen finanzieller Unterstützung der FARC-Guerilla ermittelt. Demonstrativ überweist der Verein bereits seit Jahren Spenden an die FARC und hatte das Justizministerium darüber sogar informiert, um die dänischen und europäischen Anti-Terror-Gesetze bewusst als Präzedenzfall zu verletzen. Hierbei handelt es sich um Vereinsmitglieder, die über 70 Jahre alt sind.

## Ausblick

Das oben erwähnte aktuelle Beispiel staatlicher Repression, die Verhaftungen und die monatelange Isolationshaft von Antifas, deren Prozess noch bevorsteht, ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die dänische Regierung hatte das T-Shirt-Urteil mit Spannung erwartet, da sie daraus das weitere Vorgehen gegen vermeintliche Terrorist_innen oder deren Unterstützer_innen ableiten wollte. Doch selbst der dänische Justizminister Brian Mikkelsen musste in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage im Parlament einräumen, dass »Terrorismus auch im Verhältnis zur Legitimität der Machthaber« gesehen werden müsse und zu überlegen sei »ob der jeweilige Staat auf den Prinzipien von Demokratie und Menschenrechte basiert oder nicht«. Dänemark bleibt trotz offensichtlicher Schwächen bei der soliden Begründung ihrer Terrorstenjagd bei seiner politischen Linie jede linke politische Arbeit – sei es antiimperialistisch, antirassistisch oder antifaschistisch - potentiell als Terror zu kategorisieren und zu kriminalisieren. ■

# Freiheitskämpfer auf Tauchstation

## Hollands Rechtspopulisten nach den Kommunalwahlen

Jeroen Bosch für Alert! und Antifa-Net aus Amsterdam

Bei den Wahlen im März diesen Jahres war die Partij voor de Vrijheid (PVV) des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders in der Stadt Almere stärkste Fraktion im Kommunalparlament geworden. Nun stehen Wilders' Leute in der Kritik, weil sie ihren Pflichten nicht nachkommen. Nach der Wahl war die PVV ins Gespräch mit allen Parteien getreten, mit Ausnahme der Fraktion »Lebenswertes Almere«, die den Dialog mit einer »faschistischen Partei« verweigerte. Alle Parteien beendeten die Gespräche mit der PVV bald wieder, da diese an ihren Plänen festhält, die als Maßnahmen gegen die angebliche »Islamisierung« unter anderem ein Kopftuchverbot und die Bildung von Bürgerwehren vorsehen.

Die Wähler_innen werfen der Partei nun vor, die anderen Parteien mit ihrer rassistischen Linie zu vergraulen und sich der parlamentarischen Verantwortung so bewusst zu entziehen. In Den Haag, wo die PVV zweitstärkste Kraft geworden ist, schlossen die Sieger von der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA) die Rechtspopulisten sofort nach der Wahl von der Regierungskoalition aus und machten deutlich, dass keine Zusammenarbeit mit einer Partei möglich ist, die Kopftücher aus öffentlichen Gebäuden wie z.B. Bibliotheken verbannen will. Die PVV hatte außerdem einen Baustopp für Moscheen und ein Ende des islamischen Religionsunterrichts gefordert. Bei Parteiversammlungen übte sich Geert Wilders in Schadensbegrenzung und erklärte, das Kopftuch sei »nicht nicht verhandelbar«. Dieses Manöver scheiterte und öffnete Tür und Tor für Anschuldigungen, man gebe leichtfertig Wahlkampfversprechen auf.

Während die PVV vor den Parlamentswahlen sinkenden Umfragewerten gegenübersteht, wurden die Koalitionsgespräche in Almere wieder begonnen. Während der Verhandlungen reiste Geert Wilders unter falschem Namen in das deutschen Eifelstädtchen Monschau, um eine kurze Auszeit zu nehmen. Seine Tarnung flog auf, als er einen »kleinen Nervenzusammenbruch« erlitt. Als der Rettungswagen an seinem Hotel eintraf, kam es laut der niederländischen Tageszeitung Volkskrant zu einer »irritierenden Situation« zwischen Wilders' Leibwächtern und der deutschen Polizei. Dies verärgerte die Monschauer CDU-Bürgermeisterin Margareta Ritter anscheinend sehr, ihre Distanzierung von Wilders war jedenfalls deutlich: »Wer wie Wilders die niederländische Integrationsdebatte mit giftigem Rechtspopulismus belastet und bei der Forderung nach dessen Verbot den Koran mit Hitlers ›Mein Kampf‹ vergleicht, der ist in Monschau nicht willkommen!«

In einem offiziellen Statement erklärte sie, Diskriminierung und Rassismus hätten in der Stadt nichts zu suchen und Meinungsfreiheit müsse stets mit sozialer Verantwortung einhergehen.

Eine weitere Niederlage erlitt Wilders, als bekannt wurde, dass das US-amerikanische Christian Action Network (CAN), das als Ko-Produzent von Wilders neuem Dokumentarfilm »Islam Rising: Geert Wilders's warning to the West« aufgetreten war, extrem homophobe Ansichten vertritt. Wilders teilte mit, er sei sich bewusst, dass das CAN gegen das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehen eintrete und teile diese Meinung nicht. Nichtsdestotrotz könne das CAN aber natürlich einen Film mit ihm drehen. Einer der Ko-Produzenten hatte sogar verlautbart, Schwule seien »Perverse und Kinderschänder, die morden und schreckliche Krankheiten verbreiten«. Wegen dieser peinlichen Affäre wurde die für den 1. Mai in Los Angeles geplante Premiere des Films abgesagt. Wilders zog sich schleunigst von dem Projekt zurück und hofft, dass nun schnell Gras über die Sache wächst.

Wilders hatte versucht, die Aufmerksamkeit für ihn und seine Partei konstant auf einem hohen Niveau zu




[1]

halten, indem er sein Programm nur Stück für Stück der Öffentlichkeit preisgab. Ende März hatte die PVV angekündigt, die Militärpolizei gegen »kriminelle Einwanderer« einsetzen zu wollen, diesen die niederländische Staatsangehörigkeit zu entziehen und sie in in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Diese Forderung stieß allerdings nicht auf das gewünschte Medienecho.

Auf größeres Interesse stießen die Aktivitäten von Hero Brinkman, Ex-Polizist und Parlamentsabgeordneter der PVV aus Amsterdam, der seinem Nachbarn mit einem Vorschlaghammer gedroht hatte. Brinkman hatte im Vorfeld einen Barkeeper im Café Nieuwspoort in Den Haag angegriffen, einem Treffpunkt von Regierungsmitgliedern und Journalist_innen. Nach den Vorfällen sah er sich gezwungen, ein Alkoholproblem einzuräumen. Wegen dieses Falls kamen auch frühere Probleme Brinkmans mit der Polizei ans Licht. Wilders verbot ihm schließlich, mit der Presse zu reden und degradierte ihn für die Parlamentswahl am 9. Juni auf einen niedrigeren Listenplatz.

Die offizielle Bekanntgabe der Kandidatenliste dürfte für weitere Negativschlagzeilen sorgen: Obwohl die Kandidaten von der PVV und Wilders eingehend überprüft und persönlich gebrieft wurden, stehen einige der Kandidaten dem angestrebten seriösen Image der Partei ziemlich entgegen. So rangierte zum Beispiel auf Platz 5 der Liste Gide Markuszower, Sprecher des niederländischen Ablegers der rechten israelischen Likud-Partei. Markuszower hatte gefordert, Mitglieder der niederländischen jüdischen Gemeinde zu exkommunizieren, sollten sie den Schlussfolgerungen des Goldstone-Berichts zustimmen, in dem eine von der UN eingesetzte Kommission sowohl der Hamas als auch der israelischen Armee Kriegsverbrechen angelastet hatte. Markuszower wurde außerdem im Jahr 2008 von der Polizei festgenommen, weil er bei den Amsterdamer Feiern zum 60. Jahrestag der Gründung Israels eine geladene Waffe mit sich führte.

Auch Mellony van Hemert, Nummer 9 der Liste, ist nicht viel besser. Ihr Verleger zog kurz vor der Veröffentlichung ihr Buch über einen bekannten Kindermörder zurück, weil er dem Inhalt nicht traute. Es kam heraus, dass van Hemert sich in ihrem Lebenslauf auf der PVV-Webseite fälschlicherweise als Psychologin ausgegeben und behauptet hatte, einen Doktortitel zu besitzen. Binnen weniger Tage zog sie ihre Kandidatur zurück und verweigerte jeden weiteren Kommentar zu der Angelegenheit. Ebenso die PVV.

Am besten würde der PVV ein Duell um den Posten des Premierministers mit Job Cohen gefallen, dem neuen Chef der PvdA. Cohen war früher Bürgermeister von Amsterdam und gilt als Favorit für das – nach der Königin – höchste Amt im Staate. Er genießt breite Sympathie und wird als Mittler zwischen den Kulturen angesehen. Ebenso bekannt ist er allerdings auch als Hardliner in Sachen Immigration, er gilt als Architekt der Verschärfung der Einwanderungsgesetze in den 1990er Jahren. ■

[1] Magga Ritter, Bürgermeisterin des Eifelstädtchens Monschau, erklärte Geert Wilders zur unerwünschten Person.
Screenshot von: www.ritter2009.de

[2] Der Niederländische Rechtspopulist Geert Wilders mit Eistüte.


[2]
flickr.com/photos/jaccodeboer



# It`s tea time?

## Die »Tea Parties« in den USA

Leonard Zeskind und Devin Burghart
für IREHR und Antifa-Net

Nach einem Jahr hitziger Debatten verabschiedete das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika am 21. März 2010 ein Gesetz, welches einige Tage später dazu führte, dass Barack Obama die Gesundheitsreform auf den Weg bringen konnte.

Noch am Tag zuvor hatten Mitglieder sogenannter »Tea Parties[1]« vor dem Capitol demonstriert, um die neue Gesetzgebung zu stoppen. In einer Reihe verschiedener rassistischer Übergriffe, die noch immer diskutiert werden, beschimpfte ein Demonstrant die schwarzen Mitglieder des »Black Congressional Causus« beim verlassen ihrer Büros als »Nigger«. Unter ihnen befand sich der Bürgerrechtsaktivist John Lewis aus Georgia. Der Kongressabgeordnete Emanuel Cleaver aus Missouri wurde bespuckt. Als wollten sie ihre Niederträchtigkeit noch unterstreichen, behaupteten die Verantwortlichen, dass nichts Unlauteres geschehen sei und der Abgeordnete der Demokratischen Partei sich die Geschichte wohl ausgedacht habe: »Selbst ein Rassist ist medienbewußt genug, das N-Wort nicht in der Öffentlichkeit zu benutzen,« verteidigte ein Sprecher sich gegen Anschuldigungen, dass Tea Party Mitglieder ihre tatsächlichen rassistischen Überzeugungen versteckt hielten.

### Gegen die Gesundheitsreform

Am Tag der Abstimmung über die Gesundheitsreform drohte Alan Wilson der demokratischen Senatorin Patricia Murray mit dem Tode.

Zur gleichen Zeit verhaftete das FBI Gregory Giusti in Californien, der Nancy Pelosi bedroht hatte. Die Republikanerin Pelosi ist Sprecherin des Abgeordnetenhauses und an dritter Stelle der Staatsführung nach dem Präsidenten und dessen Vize. In ähnlichen Fällen flogen auch Steine gegen Büros der demokratischen Partei in Wichita, Kansas und anderswo.

Am 23. März 2010 wurden neun Mitglieder der Huaree-Miliz in Michigan wegen aufrührerischer Verschwörung angeklagt, nachdem sie einen Polizisten getötet und dann die Teilnehmer der Trauerfeier militant angegriffen hatten. Die Gruppe, die sich selbst als christlich bezeichnet, ist eine der am besten bewaffneten und aggressivsten Post-Millenniums-Milizen.

Am 2. April 2010 schickte die Gruppe »Guardians of the free republic« Briefe an 30 Gouverneure, in denen ihr Rücktritt gefordert wird. Anderenfalls würden sie »mit Gewalt enthoben«. Die Ideologie der Gruppe beinhaltet die Annahme, dass alle Entscheidungen, die der Kongress oder der Präsident fällen, nicht verfassungskonform sind. In Michigan veranstaltete die »Southeast Volunteer Miliz« ihr eigenes »Offenes Familienpicknic und Tea Party«. Offen durften dabei vor allem Waffen zur Schau getragen werden. Rund 100 Personen nahmen an dieser Veranstaltung in einem staatlichen Naturpark teil.

Indem die Veranstaltung als Tea Party bezeichnet wurde, rückt sich die Miliz selbst näher an die bürgerliche Tea Party Bewegung, die die amerikanische Politik im vergangenen Jahr stark beeinflusst hat.

Al Gerhart, Mitglied einer Tea Party in Oklahoma forderte kürzlich sogar die Gründung einer Miliz zum Schutz des Staates vor der Regierung. Gerhart gründete dazu die Oklahoma Constitutional Alliance, um Tea-Party-Gruppen zu vereinigen. Mindestens ein Senator signalisierte bereits seine Unterstützung für das Vorhaben. Andere, die sich an das Bombenattentat von Oklahoma vor 15 Jahren[2] erinnerten, wiesen es zurück. Es hat offenbar keine Aussicht auf Erfolg.

Nicht alle Tea Parties sind jedoch Milizen. Eine differenziertere Sicht auf die Bewegung ergab sich durch Umfragen. Rund 13 Prozent der Wähler bezeichnen sich als Teil der Tea Party Bewegung. Das sind ca. 19 Millionen Erwachsene. Rund 5 Prozent gaben an, Geld an Tea Parties gespendet oder an Protesten aktiv teilgenommen zu haben. Der harte Kern der Bewegung, die sich als Mitglieder auf verschiedenen Websites eingetragen haben, dürfte sich zahlenmäßig zwischen den beiden Gruppen bewegen.

Momentan teilt sich die Tea Party Bewegung in fünf Fraktionen. Die Tea Party Nation, angeführt vom Rechtsanwalt Judson Phillips aus Nashville und seiner Frau Sherry, ist die am stärksten wahrnehmbare. Diese Gruppe ist mit einer der wichtigsten Websites der »Birthers« verbandelt, einer Gruppierung, die dem Glauben anhängt, Barack Obama sei kein gebürtiger US-

1| Die Tea Party Bewegung ist eine rechte Protestbewegung in den Vereinigten Staaten, die 2009 in Reaktion auf Bankenrettungsversuche und Konjunkturpakete damit begonnen hat, ihre Anhänger gegen Steuerpolitik und andere Maßnahmen der Bundesregierung in Washington wie zum Beispiel die Gesundheitsreform zu mobilisieren. Der Name der Bewegung bezieht sich auf die Boston Tea Party von 1773. Damals kippten amerikanische Revolutionär_innen im Hafen von Boston Teepakete der britischen East India Trading Company ins Meer. Die Aktion ging in die Geschichtsbücher ein und gilt als wichtiger Schritt auf dem Weg zur amerikanischen Unabhängigkeit 1776.

2| Am 19. April 1995 verübte Timothy McVeigh mit mehreren Mittätern aus dem Umfeld der extrem rechten Michigan Militia einen Anschlag auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma City, bei dem 168 Menschen starben.

Amerikaner. Außerdem hat die Tea Party Nation Verbindungen zu christlichen Nationalisten. Die Tea Party Patriots sind die größte der Fraktionen und betreiben die wirkungsvollste Basisarbeit. Sie sind in Georgia ansässig und ihr Sprecher hat enge Verbindungen zu Beratungsunternehmen der Republikanischen Partei.

Die 1776 Tea Party[2] (bekannter als teaparty.org) ist vor allem wegen ihres Präsidenten Dale Robertson bekannt, der Steuerzahler als »Niggars« bezeichnet hatte und in einer offiziellen Email Barack Obama als Zuhälter dargestellt hatte. Diese Gruppe hat ihr Hauptquartier in der Region um Houston.

Die »Freedom Works Tea Party« stammt aus Washington DC und dient als Vorfeldorganisation der Gruppe FreedomWorks um Dick Armey. Sie wurde bisher vor allem dafür genutzt, öffentliche Gelder an lokale Gruppen umzuleiten. ResistNet ist das offizielle soziale Netzwerk der Gruppe Grassfire Nation aus Iowa und wird von dem privaten Internetanbieter Grassroots Action betrieben. Mitglieder von resistNet haben viele lokale Tea Party Aktionen organisiert und es sind viele Ortsgruppen in dem Netzwerk vertreten. Tea Party Express wurde von dem kalifornischen Politischen Aktionskommittee »Our Country Deserves Better« gegründet und organisiert vor allem überregionale Bustouren für Tea Party Anhänger. Nur ein kleiner Prozentsatz der Tea Party Anhänger bezeichnet sich als Demokraten oder hat nach eigenen Angaben für Obama gestimmt. Der große Rest besteht zu ungefähr gleichen Teilen aus Republikanern und Independents. Als Independents werden jene Wähler bezeichnet, die sich weder den Demokraten noch den Republikanern zuordnen. Ungefähr die Hälfte stammt Umfragen zufolge aus Kleinstädten und ländlichen Gegenden. Vorstadtbewohner machen die überwältigende Mehrheit der nicht in ländlichen Gebieten lebenden Tea Party Anhänger aus. Es handelt sich


flickr.com/theqspeaks


flickr.com/theqspeaks

hierbei um etablierte Mittelklasseangehörige, die eher einen Sticker »Hupe, wenn ich Deine Hypothek bezahle« auf ihr Auto kleben, als dass sie an Demonstrationen teilnehmen und Arbeitsplätze fordern würden. Laut einer Umfrage von CNN haben 66% der Tea Party Anhänger ein Jahreseinkommen über 50.000 US-Dollar, eine andere Umfrage spricht sogar von über 75.000 Dollar.

Die Tea Party ist eine weiße Bewegung. Südstaatenflaggen und Rufe nach Sezession[3] sind an der Tagesordnung. Die Bewegung wird getragen von der Mentalität weißer Vorstadtbewohner, die Angst vor der multikulturellen Realität der Innenstädte haben. Nur 18% der Anhänger denken, dass Schwarze »sehr hart arbeiten«, wie eine Studie der Universität Washington zeigte. 68% hingegen äußerten Zustimmung zu dem Satz »Wenn Schwarze härter arbeiten würden, wären sie genauso wohlhabend wie Weiße«. Die übrige Öffentlichkeit ist aufgeklärter, was soziale Ungleichheit aufgrund von Rassismus angeht – aber noch lange nicht genug, um die vielgerühmte aber bis jetzt unerreichte »Gesellschaft ohne Rassen« Wirklichkeit werden zu lassen. In der Tat sind Rassisten und Fanatiker von Anfang an Teil der Bewegung.

Aktivisten des Council of Conservative Citizens, einer weißen nationalistischen Organisation, die seit der Zeit der Rassentrennung besteht, haben Tea Party Aktionen in Mississippi und an der Westküste von Florida organisiert. Don Black, Betreiber der Neonaziwebseite Stormfront, hat ein Tea Party Diskussionsforum eingerichtet um Neonazis zu motivieren, an der »neuen weißen Bewegung« teilzunehmen. Zuguterletzt spielen auch Paul Topete und seine Band Pokerface eine wichtige Rolle. Topete ist seit langem für seine antisemitischen Äußerungen bekannt, und nahm unter anderen den britischen Holocaustleugner David Irving in Schutz. Laut Topete haben »die Rothschilds 1776 die Illuminaten aufgebaut, um die christliche Basis der westlichen Zivilisation zu untergraben«.

Die Ansichten von Pokerface waren bereits 2008 hinlänglich bekannt, weshalb Ron Paul in seinem Wahlkampf um den Posten als republikanischer Präsidentschaftskandidat einen geplanten Auftritt der Band abgesagt hatte. Ein Jahr später, am 3. Juli 2009 spielte die Band jedoch als Hauptact einer Tea Party Demonstration in Washington DC. Laut dem antifaschistischen Blog ladylibertyslamp.wordpress.com haben Mitglieder der Band dort auch als Ordner gearbeitet und Logistik zur Verfügung gestellt. Dem ultrarechten Ron Paul zu fanatisch, sind sie der Tea Party Bewegung gut genug. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese rechte Basisbewegung weiter entwickelt. ■

2| 1776 ist das Gründungsjahr der Vereinigten Staaten. In diesem Jahr wurde die Unabhängigkeitserklärung veröffentlicht.

3| Streben nach Ablösung von einem Staat, in diesem Fall der Wunsch nach einem unabhängigen weißen Staat auf dem Territorium der USA

# Jock Palfreeman in Bulgarien zu 20 Jahren Haft verurteilt

Jock Palfreeman ist ein junger Australier, der nach ungefähr zwei Jahren Untersuchungshaft im Zentralgefängnis in Sofia (Bulgarien) am 2. Dezember 2009 des vorsätzlichen und des versuchten Mordes aus »antisozialen« Beweggründen für schuldig gesprochen wurde. Jock hatte sich bei einem rassistischen Überfall gegen Roma spontan entschlossen dem Betroffenen zu helfen und sich gegen die Angreifer gestellt. Er wurde zu 20 Jahren Haft und 450.000 Leva (ca. 230.000 Euro) Geldbuße verurteilt. Jocks Freunde und seine Eltern, Dr. Simon Palfreeman und Helen Palfreeman, halten das für ein politisches Urteil, von einem Mord aus niederen Bewegründen könne keine Rede sein.

Ende Dezember 2007 war Jock in Sofia unterwegs. Ziemlich spät in dieser Nacht bemerkte er eine Gruppe von mindestens 15 Männern, die zwei Roma angriffen. Bei dieser größeren Gruppe handelte es sich um Fußballhooligans mit neonazistischen Tendenzen und dieser Angriff war offensichtlich eine rassistische Attacke. Roma sind in Bulgarien von schwerwiegender Verfolgung betroffen. Jock ging dazwischen und die Roma konnten flüchten. Die Gruppe wandte sich nun Jock zu und attackierte ihn mit Pflastersteinen. Er verteidigte sich mit einem Messer, wobei ein Angreifer getötet und ein anderer verwundet wurde. Schlecht für Jock, dass es sich bei dem Getöteten um einen Angehörigen einer wohlbekannten bulgarischen Familie handelte, die hohes Ansehen genießt. Er wurde der Ermordung von Andrej Monov und der Verwundung des Angreifers Antoan Zahariev für schuldig befunden. Monovs Vater ist ranghoher Mitarbeiter der bulgarischen Regierung und arbeitete früher für die Polizei.

## Besuch in Sofia

Jock, damals 21, diente 2007 in der britischen Armee und absolvierte in Yorkshire seine Erstausbildung. Er entschied sich Weihnachten mit Freunden im Dorf Madjare, 50 km südlich von Sofia, zu verbringen, wo er im Jahr zuvor für sechs Monate gearbeitet hatte. Er kannte sich in Bulgarien entsprechend gut aus. Zwei Tage nach Weihnachten fuhren Jock und seine Freunde nach Sofia, weil ein Mitglied der Gruppe am nächsten Tag nach England zurückflog. Sie buchten sich in einer Jugendherberge ein und gingen mit anderen Travellern in die Stadt. Zwei Personen waren mit Jock in der Nacht zum 28. Dezember 2007 unterwegs, ein junger bulgarischer Mann, den sie an diesem Abend erst kennen gelernt hatten und eine weitere Bekannte. Der Bulgare wollte in einen Club gehen und sie machten sich auf den Weg dorthin. Die drei bemerkten eine Gruppe junger Männer, welche die Straße entlang rannten. Der Bulgare identifizierte sie als Anhänger des Fußballvereins Levski Sofia. Kurz darauf sah Jock die gleiche Gruppe von etwa 15 jungen Männern, wie sie zwei andere Personen jagten. Ein Mann lief in Richtung Sveta Nedelja Kirche, der andere lag am Boden und wurde getreten. Jock lief hinterher um zu helfen, während seine Gefährten versuchten per Handy Hilfe zu holen. Jock beschrieb das Opfer auf dem Boden später als jungen Mann mit einem dunklen Teint. Er lief auf die Angreifergruppe zu und stieß sie beiseite. Als die Angreifer sich daraufhin ihm zuwandten, nahm Jock ein Messer aus seiner Tasche. Er habe nicht die Absicht gehabt, es zu benutzen, er wedelte mit ihm herum, um die Angreifer zu verängstigen. An diesem Punkt zog sich die Hooligangruppe zunächst zurück. Jock drehte sich um und kümmerte sich um den Jungen auf dem Boden. In diesem Moment wurde Jock erneut attackiert, die Gruppe verfolgte ihn und bewarf ihn mit Steinen.

## Vor Gericht

Zwei Jahre später wurde er für sein Handeln verurteilt. Das Gerichtsverfahren war geprägt von einer Missach-

tung der Verfahrensordnung und Jocks Rechten sowie dubiosen Praktiken, wie verschwundenem Filmmaterial, beeinflußten Zeug_innenaussagen, dem Ausbleiben der Vernehmungen von Schlüsselzeug_innen, Absprachen innerhalb der Hooligan-Gang und bei der Polizei. Andere entlastende Beweise wurden vom Gericht abgelehnt. Die Anklage bestritt, dass die Attacke auf den Roma stattgefunden habe und bezeichnete Jock als »Psychopath« und »professionellen Killer«. Jocks Stellungnahme nach seiner Verurteilung: »Die Entscheidung des Stadtgerichts Sofia vom 2. Dezember 2009 steht im völligen Widerspruch zu allen verfügbaren Beweisen, die dem Gericht vorgelegt wurden. Angesichts aller neutralen Augenzeug_innenberichte, den Aussagen der Polizei, forensischer Untersuchungen, psychologischer Untersuchungen, Blutalkoholtestergebnissen und den Überwachungsvideoaufnahmen, die meine Aussage Wort für Wort bestätigen, hat mich das Gericht trotzdem des Angriffs auf eine Gruppe ohne vorhergehende Provokation und ohne Grund und des vorsätzlichen Mordes an einem Mann sowie des versuchten Mordes an einem anderen für schuldig erklärt. Das ist nicht nur eine Scheußlichkeit des Rechtswesens und gegen mein Recht auf einen fairen und objektiven Prozess, sondern bedeutet gleichzeitig auch grünes Licht für Fußballhooligans mit ihren Attacken auf andere Mitglieder der Gesellschaft, vor allem ethnische Minderheiten, die in Bulgarien, der EU und der ganzen Welt Hauptziele solcher Gruppen sind, weiterzumachen.« Auch das europäische antirassistische Netzwerk UNITED for Intercultural Action fordert einen neuen, fairen Prozess für Jock. Zwei Gutachten wurden vom Gericht in Auftrag gegeben. Sie beinhalteten psychometrische und psychologische Tests. Sie schlossen daraus, Jock sei nicht von Natur aus eine aggressive oder gewalttätige Person und verfüge über einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit.




[1] Jock Palfreeman wurde in Bulgarien zu 20 Jahren Haft verurteilt, weil er einen rassistischen Angriff verhindern wolte.

Im Februar 2010 wurde Jock auf unbestimmte Zeit in Isolationshaft verlegt.

Isolation bedeutet, dass er keinen Kontakt zu anderen Inhaftierten hat und keinen Zugang zu Büchern, Radio oder Fernsehen bekommt. Er kann weder arbeiten noch studieren oder die Gefängnissporthalle benutzen. Alle Mahlzeiten muss er in der Zelle zu sich nehmen. Die einzige Möglichkeit diese zu verlassen sind die 90 Minuten, in denen er alleine Übungen im Gefängnishof machen kann. Jocks Haftbedingungen sind das Ergebnis eines im Juni 2009 eingeführten Gesetzes, das besagt, dass jede_r ausländische Gefangene_r, dem/der eine Gefängnisstrafe von mehr als 15 Jahren bevorsteht, unter solchen Haftbedingungen untergebracht werden soll, bis ein endgültiges Urteil über sie/ihn gefällt wurde. Bis jetzt wurde Jock vom Stadtgericht verurteilt, jedoch wurde Einspruch eingelegt: zuerst in einer Anhörung beim Oberen Gerichtshof und später vielleicht auch beim Obersten Gerichtshof. Sollte der Berufungsprozess, wie zu erwarten, weitere zwei Jahre andauern, könnte Jock für diese Zeit in isolierter Haft bleiben. ■

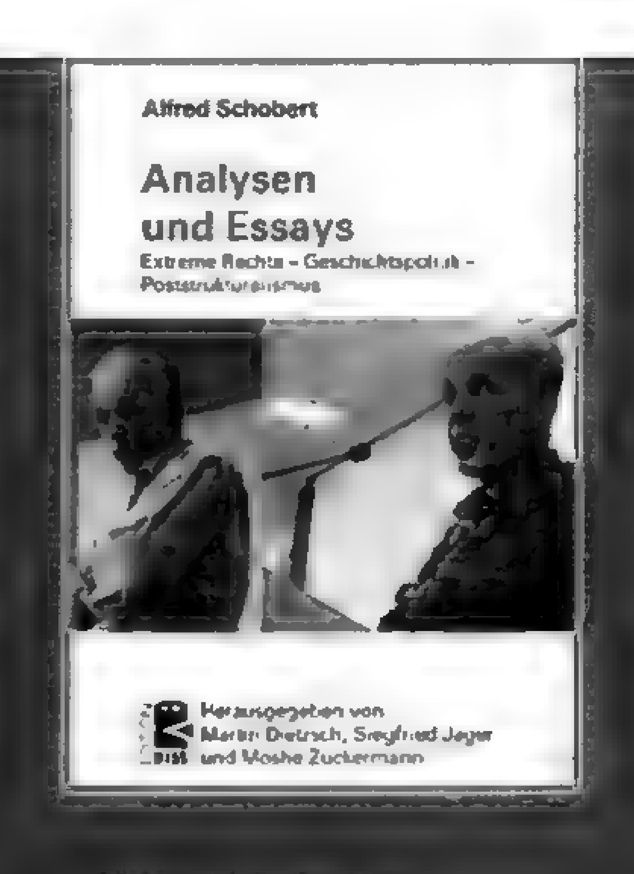
Jock freut sich über Post:
Jock Palfreeman
Sofia Central Prison
21 Gen. N. Stoletov Bul.
Sofia 1309
Bulgarien

Mehr Informationen unter www.freejock.net

Brecht bezeichnete jene Intellektuelle, die ihre politische Emanzipation aufgaben, als »Kopflanger« der herrschenden Klasse. Manche »Intellektuelle« handeln jedoch wider vermeintlicher Wahrheiten, sprechen gewissermaßen gegen den Strich. Einer von ihnen war Alfred Schobert (1963-2006). Beim Unrast Verlag erschien kürzlich ein Sammelband von 30 ausgewählten Texten zu den Themenbereichen Extreme Rechte, Geschichtspolitik und Poststrukturalismus.

Ein Schwerpunkt des ersten Themenbereichs liegt in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in Frankreich. Gleich mehrere Arbeiten befassen sich mit der Nouvelle Droite um deren »Weltanschauungsbastler« Alain de Benoist. Andere Arbeiten greifen nachwievor aktuelle Debatten in der (radikalen) Linken auf, wo sich scheinbar zwei Gruppen polar gegenüberstehen. Schobert mahnt in diesem Zusammenhang, nicht einem »binären Reduktionismus« zu verfallen. Im Themenbereich »Geschichtspolitik« sticht besonders die Arbeit zu Finkelsteins Holocaust-Industrie hervor. Schobert kritisiert insbesondere Finkelsteins dürftige Argumentation, die hinter Jahrzehnte währende Debatten zurückfalle. Zudem wird gezeigt, dass der Begriff offenbar von Holocaust-Leugner David Irving übernommen wurde, der bereits im 1990 von einer gigantischen »Holocaust-Industrie« fabulierte. Ein weiterer Schwerpunkt in den Arbeiten Schoberts besteht im Aufdecken von Normalisierungsversuchen. So etwa Martin Walser mit seiner Friedenspreis-Rede 1998, die keineswegs ein Ausrutscher oder die Folge eines Altersrechtsrucks war. Die kritischen Auseinandersetzungen mit Link, Foucault und zur Rezeption der Schriften von Derrida im Kapitel »Poststrukturalismus« eignen sich zudem als Einführungen in wissenschaftliche Debatten.

Im vorliegenden Band werden nicht einfach vermeintliche Wahrheiten präsentiert, sondern aktives Lesen gefördert und somit Strukturen aufgezeigt, aktives Mitdenken gefördert und gefordert. Somit gelingt die Verbindung zwischen (poststrukturalistischer) Theorie und (politischer) Praxis. Kurzum: Ein sehr empfehlenswertes Buch, denn Schobert spricht nicht einfach, sondern fordert zum Sprechen auf. ■




**Alfred Schobert: Analysen und Essays. Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus.**
Unrast Verlag, Münster 2009.

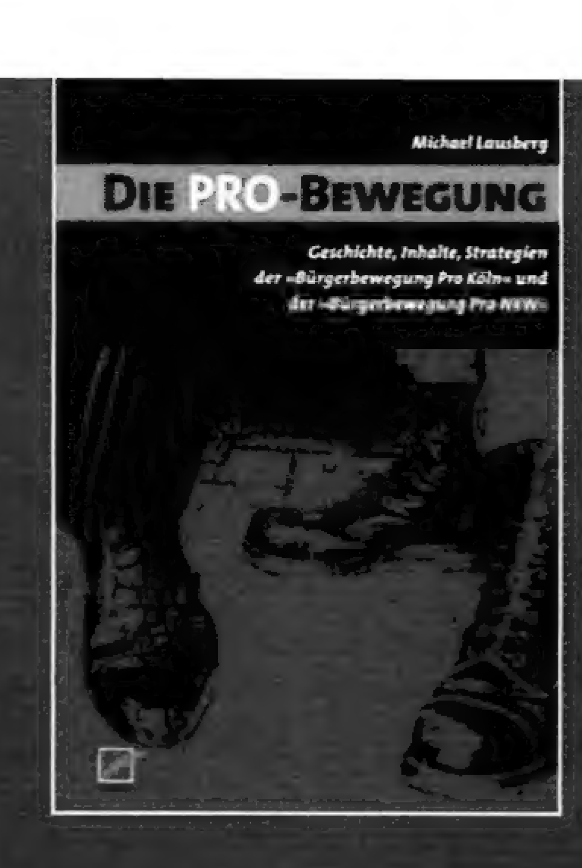
**Regina Mühlhäuser: Eroberungen. Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941–1945**
Hamburger Edition, März 2010, 416 Seiten




Das weitverbreitete Phänomen sexueller Gewalttaten von Wehrmacht und Waffen-SS in der Sowjetunion, aber auch deren dortige intime Beziehungen in der Zeit von 1941-1945 sowie den damaligen Umgang offizieller Stellen mit beidem untersucht die neuerschienene Studie von Regina Mühlhäuser »Eroberungen«. Anhand von Feldpostbriefen einfacher Soldaten, Schriftverkehr zwischen Leitstellen und anderen Behördenakten sowie Berichten und Selbstzeugnissen der einheimischen Bevölkerung beleuchtet sie den noch relativ unerschlossenen Bereich von Sexualität im Krieg.

Die Studie von Mühlhäuser ist nicht nur ein weiterer Beitrag in der Erforschung der Verbrechen der Wehrmacht im Allgemeinen, und somit auch der Dekonstruktion des Mythos der sauberen Truppe, sondern auch für den Teilbereich von sexueller Gewalt und ihrer Verwobenheit mit Männlichkeitsvorstellungen.

Entgegen verbreiteter Annahmen, denen zufolge aufgrund der durch die NS-Führung propagierten Rassevorstellungen sexuelle Beziehungen mit »Fremdvölkischen« durch die deutschen Besatzer keine Thema gewesen seien, zeigt Mühlhäuser, dass sowohl sexuelle Gewaltverbrechen keine Ausnahme waren, als auch andere Formen intimer Zusammentreffen, wie Prostitutionsbesuche und sogar längerfristige Beziehungen mit Einheimischen vorkamen. Zudem wurde den Soldaten durch den »Kriegsgerichtsbarkeitserlass« der deutschen Militärführung, wonach die lokalen Truppenführer über die Ahndung von Vergehen ihrer Untergebenen entscheiden konnten, Gelegenheitsräume für das straflose Begehen von sexuellen Übergriffen geschaffen. Insgesamt eine sehr erhellende und aufschlussreiche Studie, die nicht nur Interessierten vom Fach, sondern auch denjenigen, die sich einen thematischen, wissenschaftlich-fundierten Überblick verschaffen wollen, zu empfehlen ist. ■




**Michael Lausberg: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der »Bürgerbewegung Pro Köln« und der »Bürgerbewegung Pro NRW«**
Unrast Verlag, 165 S., 13 Euro

Verwunderlich war es nicht, als die 1,4 Prozent von Pro NRW bei der NRW-Wahl zu einem »Achtungserfolg« umgelogen wurden (siehe Artikel S. 24). Ist doch »Pro Köln« für das Spucken großer Töne bekannt. Doch wer und was verbirgt sich hinter dem Mutterschiff »Pro Köln« und ihrer Ausdehnung »Pro NRW«?
Nun hat Michael Lausberg mit »Die Pro-Bewegung« das zweite Buch zu dieser vermeintlichen Erfolgsgeschichte aus dem Sumpf der extremen Rechten vorgelegt. Es ist eine sehr umfangreiche Sammlung von allem was diese beiden Organisationen veröffentlicht haben sowie das was andere über sie publizierten. Quelle ist vor allem das Internet, wenn es um deren Selbstauskünfte geht. Diese sind gerade bei der Pro-Bewegung mit Vorsicht zu genießen.
Für LeserInnen, die sich noch gar nicht mit der »Pro-Bewegung« beschäftigt haben, ist die Publikation zu empfehlen. Wer sich schon ein wenig eingehender mit dieser selbsternannten »Bürgerbewegung« auseinandergesetzt hat, wird enttäuscht sein. Alle analytischen Gedanken zu Rechtspopulismus in Deutschland oder dem Neuen an dieser Organisationsform der extremen Rechten finden sich schon in anderen Veröffentlichungen. So ist es kein Zufall, das fast alles Interessante, das über reines Aufzählen und Abbilden hinausgeht, aus den verschiedenen Publikationen von Alexander Häusler zum Thema paraphrasiert ist.
So widmet sich Lausberg auf weniger als vier Seiten nur in Stichpunktform dem »Begriff des Rechtspopulismus«. Sehr wenig für ein Buch über eine Organisation, die sich selbst als »rechtspopulistisch« bezeichnet.
Kaufen sollte sich dieses Buch, wer in ein paar Jahren nachvollziehen will, was diese Organisation in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens gemacht hat sowie vollkommene NeueinsteigerInnen in das Thema, die aber nun mit Pro-Aktivitäten vor ihrer Haustür konfrontiert sind. Allen anderen sei, wie oben erwähnt, Häuslers »Rechtspopulismus als Bürgerbewegung« empfohlen. ■

FK

## Lagebericht Rechtsextremismus in Niedersachsen. Neonazis zwischen Harz und Küste

Die niedersächsische Landtagsfraktion der Linken hat zeitgleich mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes des Bundeslandes im April einen alternativen Lagebericht zur örtlichen rechten Szene vorgestellt. Anlass dafür sahen die Autor_innen im strategischen Verharmlosen regionaler Neonazi-Strukturen durch das Innenministerium, das Informationen über diese nur widerwillig weitergebe, Vorfälle umdeute und im VS-Bericht lediglich blanke Statistiken liefere. Diesen wollen sie mit der Handreichung „um die zivilgesellschaftliche Sichtweise" erweitern.
Mit Unterstützung lokaler Akteur_innen wie Bürger_inneninitiatven, Antifa-Gruppen und Journalist_innen werden in der 60-seitigen Broschüre sehr umfangreich verschiedene Schwerpunktregionen Niedersachsens untersucht, die exemplarisch für Organisations-, Aktions- und Erscheinungsformen der extremen Rechten seien. So werden konkrete Gruppierungen wie die »Kameradschaft 73« aus Celle, die Braunschweiger »Burschenschaft Thormania« und natürlich die niedersächsische NPD beleuchtet, dabei Schlüsselfiguren, Treffpunkte, Vernetzungs- und Kooperationsbestrebungen sowie Auftreten analyisiert. Aber auch Schnittstellen zurbürgerlichen Mitte werden thematisiert und Good-Practise- bzw. Negativbeispiele für den Umgang mit örtlichen Erscheinungsformen der extremen Rechten vorgestellt. Insofern ist die ausführliche Broschüre eine gelungene Überblicksdarstellung mit Handlungsempfehlungen, die vor allem Engagierten in Niedersachsen zu empfehlen ist. ■

**Fraktion Die Linke Niedersachsen: Lagebericht Rechtsextremismus in Niedersachsen. Neonazis zwischen Harz und Küste**
info@linksfraktion-niedersachsen.de,
60 S., kostenlos

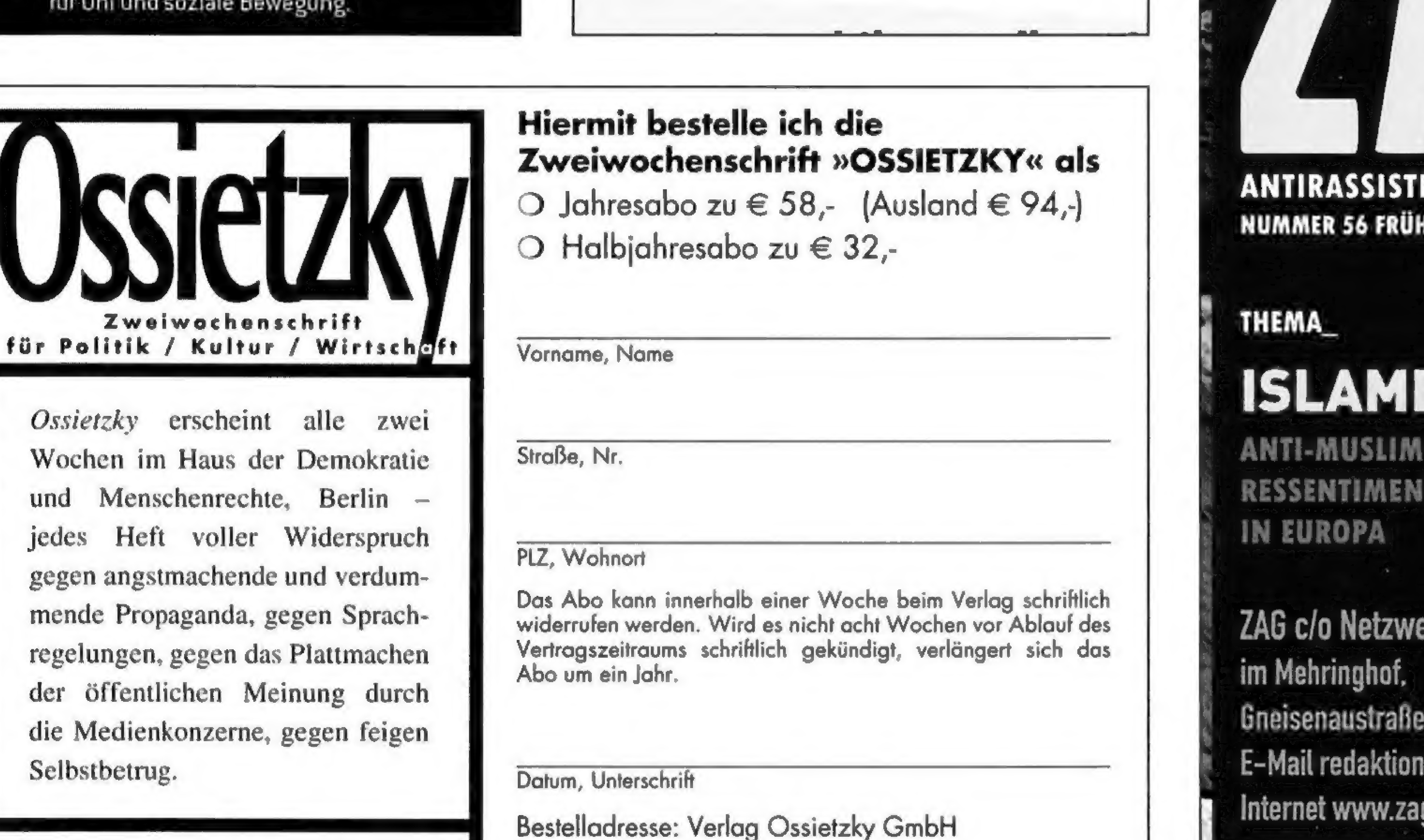


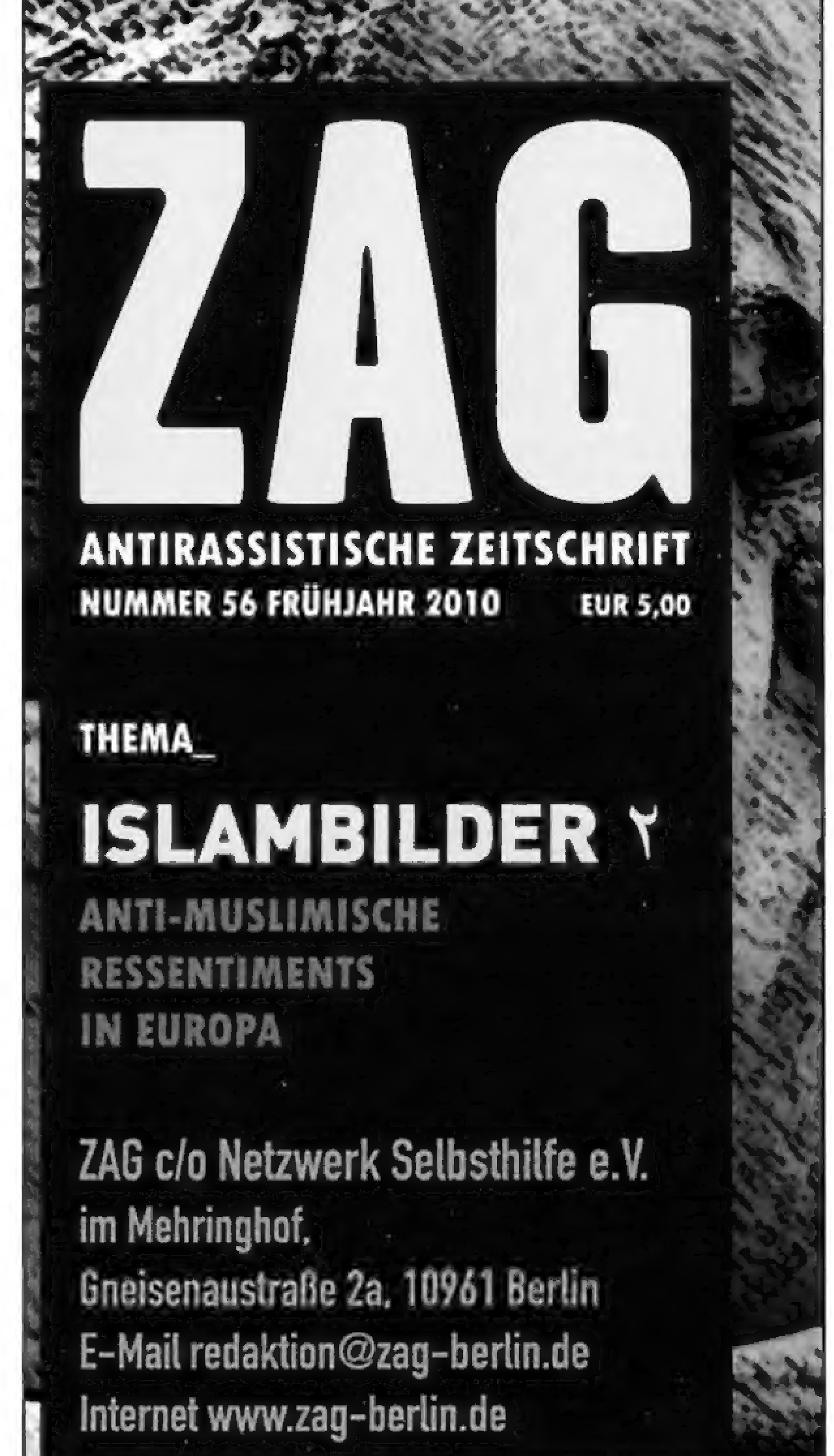






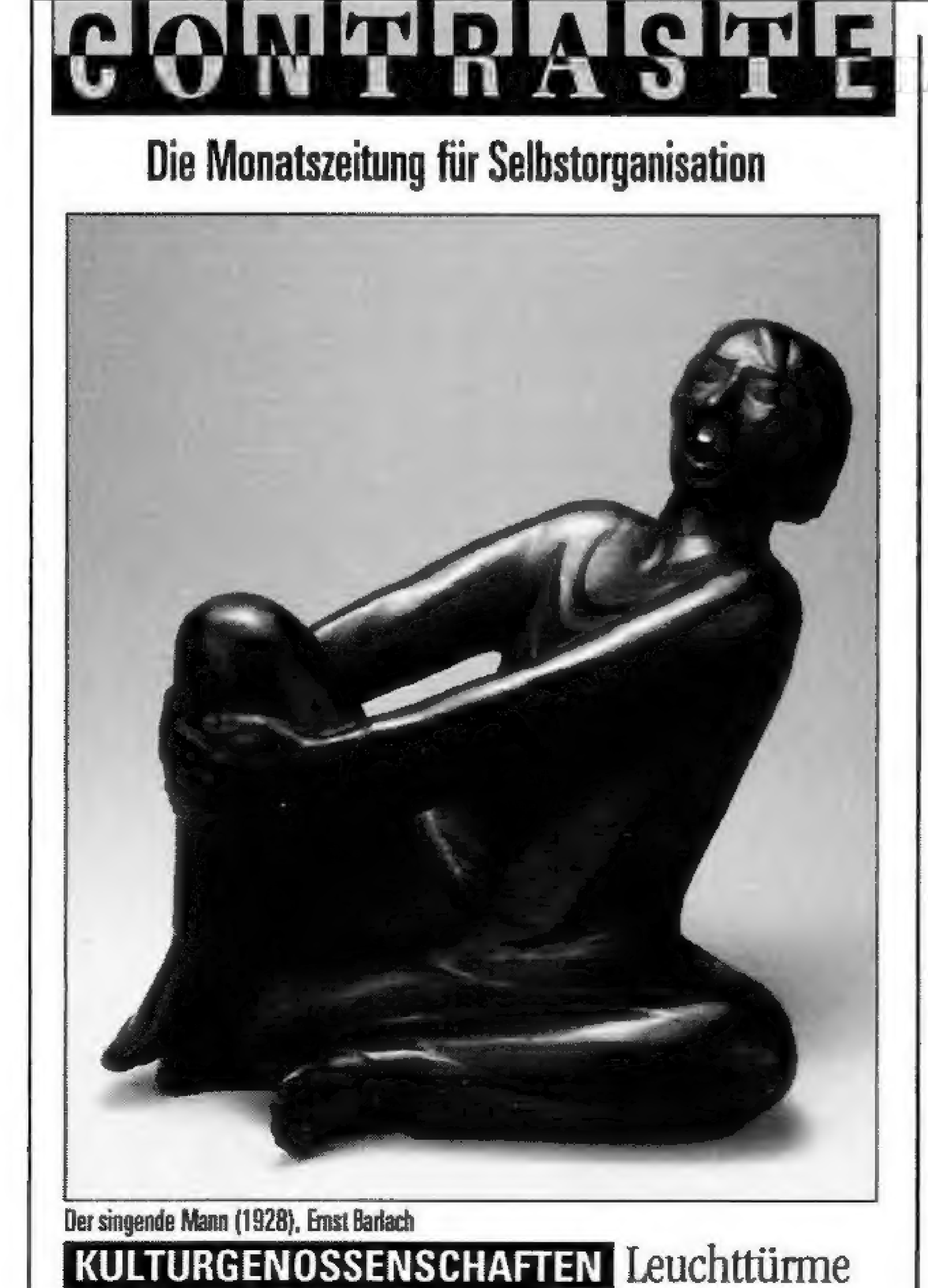




CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Der singende Mann (1928), Ernst Barlach

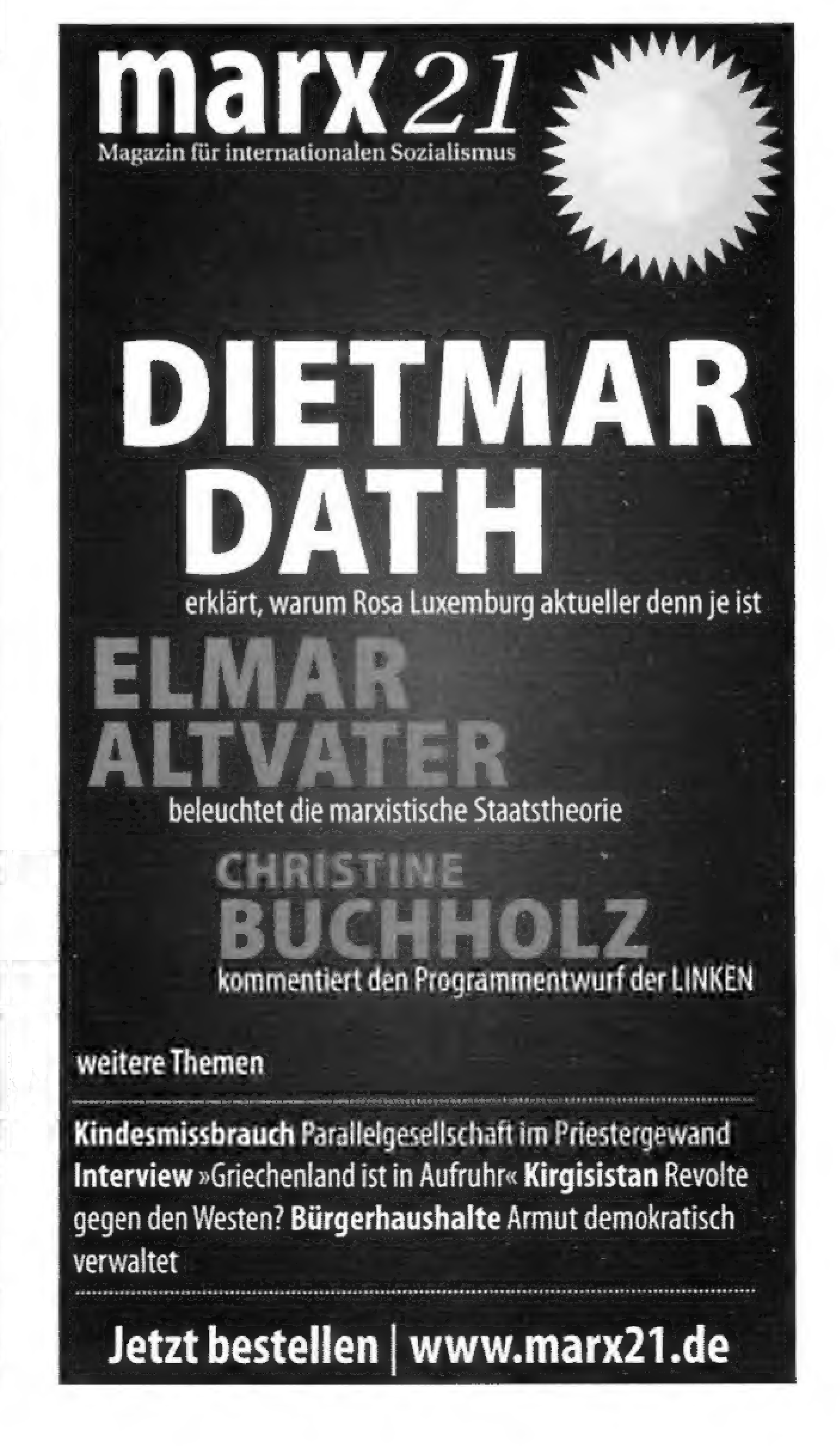
KULTURGENOSSENSCHAFTEN Leuchttürme zukunftsfähiger Kultur · Kommerzialisierungsdruck: Kulturvielfalt erhalten · Dresden: Kunst im Kollektiv – die Geschichte einer Künstlergemeinschaft · Ansbach: Theaterwunder in der fränkischen Provinz · Programmkino Aalen eG: Wenn Bürger die Kultur selbst in die Hand nehmen · digiCULT-Verbund: Von der Karteikarte zu digitalen Kulturlandschaften GENTRIFICATION Hamburg: »Recht auf Stadt«-Bewegung REGIONALENTWICKLUNG Regionalwährungen als Alternative zum Geldsystem · Das »Dessauer Modell«: Versuch über ein Jahrzehnt ROMA & SINTI Glücksökonomie: »Ich verdiene überall meine Brötchen, sogar in der Wüste« u.v.m.

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org



# Abonniert

## das Antifaschistische Info Blatt




Impressum

**Antifaschistisches Info Blatt**
22. Jahrgang
Nummer 87 | 2.2010

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

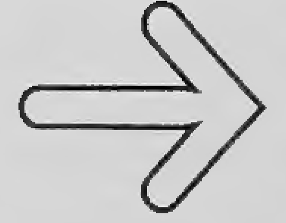
**Redaktion**
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

**Konto AIB**
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

**Bildrechte**
Alle Bildrechte liegen bei den jeweiligen genannten oder uns bekannten FotografInnen. Nicht in allen Fällen können die UrheberInnen der verwendeten Fotos von uns ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Alle Reproduktionen wurden vom AIB erstellt.
Die in der Publikation verwendeten Symbole, welche nach § 86 StGB verboten sind, werden zu dokumentarischen und aufklärerischen Zwecken genutzt. Sie dienen nicht der Verharmlosung oder der Propaganda, sondern werden im Sinne des § 86a StGB Abs. 3 verwendet.



### Abokonditionen

**Preise***

| | |
|---|---|
| → für 5 Ausgaben im Abo | 15,50 Euro |

**Weiterverkauf**

| | |
|---|---|
| → ab 3 Exemplaren je | 3,10 Euro |
| → ab 5 Exemplaren | 20% Rabatt |
| → ab 50 Exemplaren | 25% Rabatt |

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

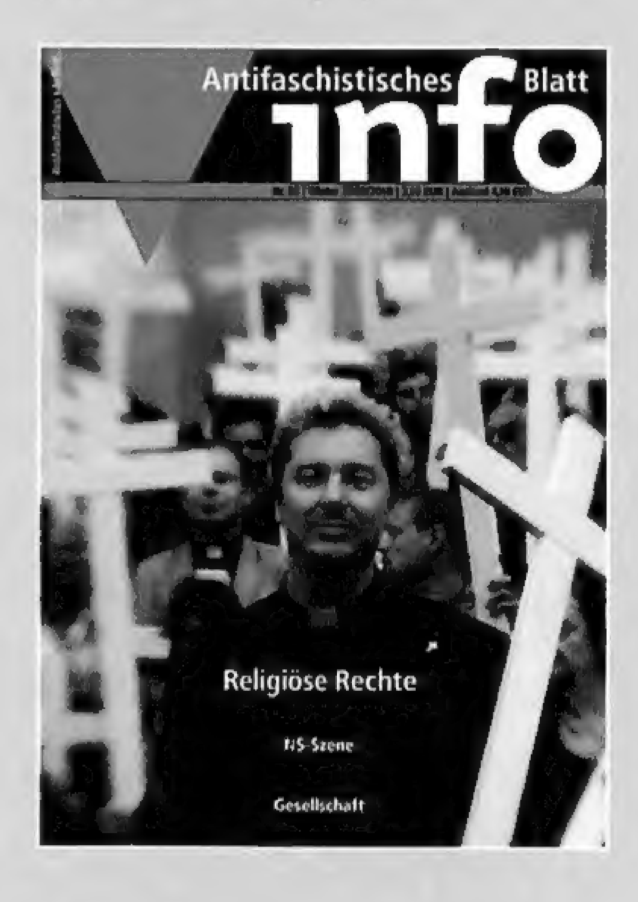
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.




**AIB 86**
Extremismus – Hochkunjunktur eines ideologischen Konzepts, Dresden stellt sich quer, Prozess gegen John Demjanjuk




**AIB 85**
Religiöse Rechte; Neonazis unterwandern Bandidos MC; Die neue Bundesfamilienministerin Kristina Köhler

Absender_in

____________________

____________________

____________________

____________________

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

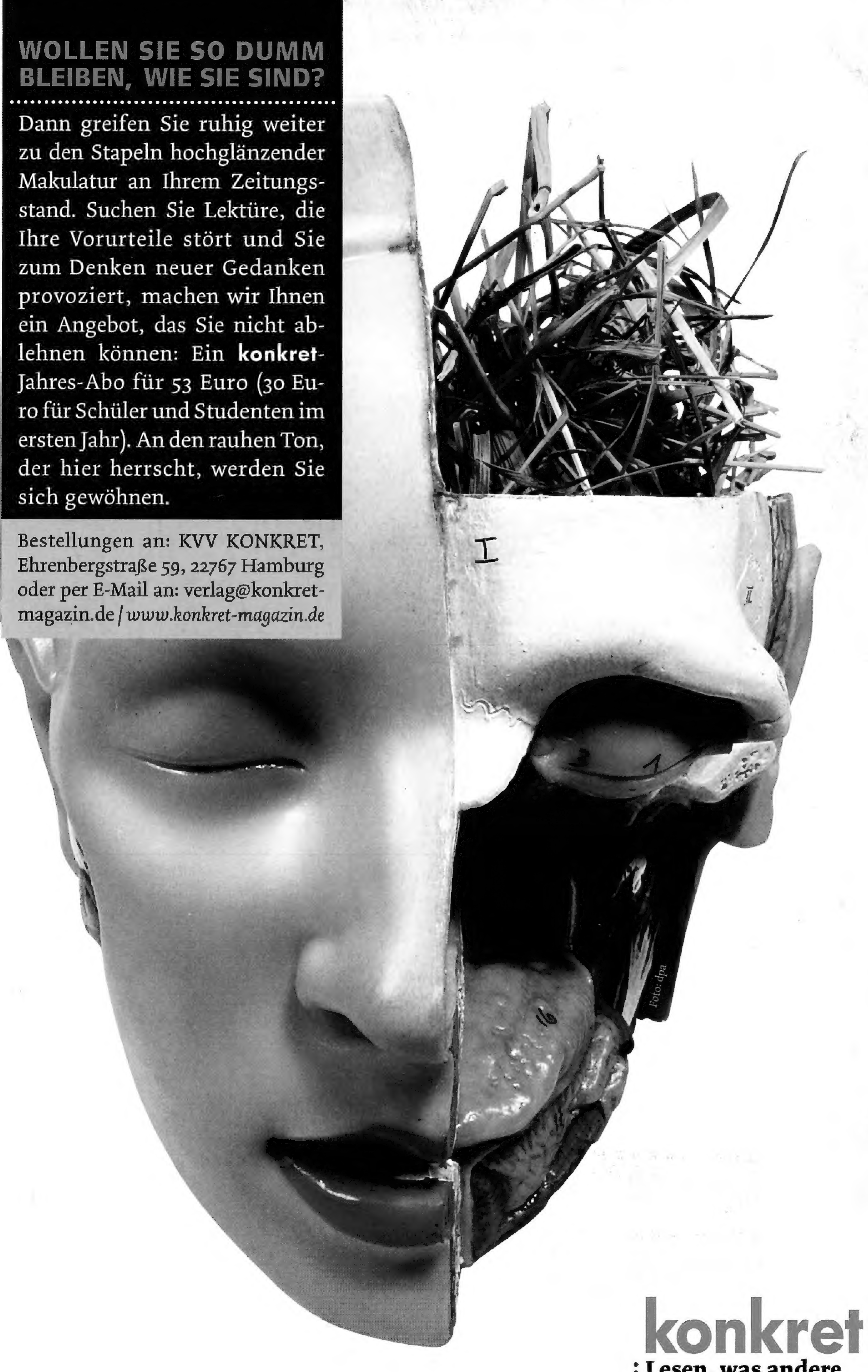
Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Empfänger_innen

**Antifaschistisches Info Blatt**

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


WOLLEN SIE SO DUMM BLEIBEN, WIE SIE SIND?
Dann greifen Sie ruhig weiter zu den Stapeln hochglänzender Makulatur an Ihrem Zeitungsstand. Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein konkret-Jahres-Abo für 53 Euro (30 Euro für Schüler und Studenten im ersten Jahr). An den rauhen Ton, der hier herrscht, werden Sie sich gewöhnen.
Bestellungen an: KVV KONKRET, Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg oder per E-Mail an: verlag@konkret-magazin.de / www.konkret-magazin.de
Foto: dpa
konkret
: Lesen, was andere nicht wissen wollen